

Die steuerliche Belastung
des gewerblichen Mittelstandes in Frankreich
und ihre wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen

Dissertation
vorgelegt
der
Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der
Johannes-Gutenberg-Universität
in
MAINZ
zur
Erlangung des Grades eines
Doktors der Staatswissenschaften
(Dr. rer. pol.)

von
Diplom-Volkswirt
THEO METZEN

1962

Die steuerliche Belastung
des gewerblichen Mittelstandes in Frankreich
und ihre wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen

Dissertation
vorgelegt
der
Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der
Johannes-Gutenberg-Universität
in
MAINZ
zur
Erlangung des Grades eines
Doktors der Staatswissenschaften
(Dr. rer. pol.)



von

Diplom-Volkswirt

THEO METZEN

Berichterstatter: Prof. Dr. Montaner

Prof. Dr. Bosch

Tag der mündlichen Prüfung: 20. Dezember 1962

Die steuerliche Belastung des gewerblichen
Mittelstandes in Frankreich und ihre wirt-
schaftlichen und sozialen Auswirkungen

Dissertation,

vorgelegt der Rechts- und Wirtschaftswissen-
schaftlichen Fakultät der Johannes Gutenberg-
Universität in Mainz, zur Erlangung des Grades

eines

Doktors der Staatswissenschaften

(Dr. rer. pol.)

von

Diplom-Volkswirt
Theo Metzen

Berichterstatter: Prof. Dr. Montaner
Prof. Dr. Bosch

Tag der mündlichen Prüfung: 20. Dezember 1962

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Einführung und Begriff des gewerblichen Mittelstandes	
A. Einführung	9
B. Begriffliche Abgrenzung des gewerblichen Mittelstandes	10
1. Die soziologischen Grundbegriffe	10
a) Schicht, Schichtung, Gruppe	10
b) Der Stand	12
c) Die Klasse	15
2. Der gewerbliche Mittelstand	17
a) Mittelstand, Mittelklassen oder Mittelschichten?	17
b) Alter und neuer Mittelstand	20
c) Gewerblicher oder wirtschaftlicher Mittelstand?	21
II. Der gewerbliche Mittelstand in Frankreich	
A. Die Stellung des gewerblichen Mittelstandes in der französischen Volkswirtschaft	25
1. Die Zahl der Betriebe	26
2. Umsatz und Gewinn	31
3. Die Zahl der Beschäftigten	31
B. Zur sozialen und politischen Bedeutung des gewerblichen Mittelstandes in Frankreich	34
III. Der gewerbliche Mittelstand in Frankreich als Steuerzahler und Steuerträger	
A. Begriff der Steuerbelastung und Methoden ihrer Feststellung	41
1. Der Begriff der Steuerbelastung	41

	Seite
2. Methoden zur Feststellung der Steuerlast	42
a) Das steuerrechtliche Verfahren	43
b) Das steuerstatistische Verfahren	43
B. Das Steuerwesen in Frankreich	46
1. Geschichtliche Entwicklung	46
2. Die Staatssteuern	51
a) Proportionalsteuer	51
b) Allgemeine Einkommensteuer	55
c) Körperschaftsteuer	58
d) Mehrwertsteuer	59
e) Dienstleistungsteuer	61
f) Sonstige Verbrauchsteuern	61
g) Registerabgaben und Stempelsteuern	61
3. Die Lokalsteuern	63
a) Zuschläge zur Gewerbesteuer, Grundsteuer und Wohnungsteuer	63
b) Lokale Umsatzsteuer	66
4. "Taxes parafiscales"	67
5. Beurteilung des französischen Steuerwesens	68
C. Die Steuerlast des gewerblichen Mittelstandes in Frankreich	75
1. Die Steuerüberwälzung	75
2. Die Steuerhinterziehung	78
3. Die Belastung durch die Einkommensteuer	83
a) Gewinnsteuer	83
1) Die Gewinnsteuer der Handwerker im steuerrechtlichen Sinne	84
2) Die Gewinnsteuer der Händler und Fabrikanten	96
b) Allgemeine Einkommensteuer	101
c) Gesamtbelastung durch die Einkommensteuern	107

	Seite
4. Umsatzsteuern und gewerblicher Mittelstand	111
a) bis zur Reform von 1954/55	111
b) nach der Reform von 1954/55	113
5. Die Belastung durch die Gewerbesteuer	115
6. Sonstige Steuern, Gebühren und Beiträge einschließlich der "Taxes parafiscales"	117
7. Steuerkontrollen und Steuerstrafen	119
8. Vergleich der steuerlichen Belastung der Einkommen von Handwerkern, Händlern und Fabrikanten	123
a) mit Einkommen aus unselbständiger Arbeit	125
b) mit sonstigen Einkommen	127
9. Die Rangfolge der Einkommensteuerbelastung	128
10. Vergleich der Steuerbelastung mittelständi- scher und großer Unternehmen	129
a) in der Produktion	129
b) im Handel	130
11. Ergebnis der Untersuchung	131
IV. Die Auswirkungen der steuerlichen Belastung des gewerblichen Mittelstandes	
A. Die wirtschaftliche und soziale Lage des gewerblichen Mittelstandes nach dem Zweiten Weltkrieg	135
1. Die Zahl der Betriebe	135
2. Umsatzentwicklung	139
3. Einkommensverhältnisse	142
4. Die Gesamtentwicklung	143
B. Die allgemeinen Gründe für die wirtschaftliche und soziale Lage des gewerblichen Mittelstan- des	146
1. Die Zentralisation der staatlichen und wirtschaftlichen Verwaltung sowie des Verkehrswesens	146

2. Die räumliche Struktur der französischen Wirtschaft	147
3. Bevölkerungswanderung	150
4. Inflation	152
5. Staatsauffassung und Wirtschaftsgesinnung im gewerblichen Mittelstand Frankreichs	155
C. Die Auswirkungen der Besteuerung auf die wirtschaftliche und soziale Lage des gewerblichen Mittelstandes	160
1. Die wirtschaftlichen Auswirkungen	160
2. Die sozialen Auswirkungen	163
D. Die Poujade-Bewegung	165
1. Entstehung, Ausbreitung und Niedergang	165
2. Hintergründe und Ziele	167
3. Beurteilung der Poujade-Bewegung	174
V. Schlußbetrachtungen	179
Abkürzungsverzeichnis	182
Tabellenverzeichnis	183
Literaturverzeichnis	186

I.

Einführung und Begriff des gewerblichen
Mittelstandes

A. Einführung

In den hochindustrialisierten Ländern der westlichen Welt führt die wirtschaftliche und politische Entwicklung zu soziologischen Strukturwandlungen. Insbesondere verringert sich der soziale Abstand der mittleren Bevölkerungsschichten zur Arbeiterschicht merklich.

Die Mittelschichten versuchen, dieser Gefahr der sozialen Nivellierung zu begegnen. Sie vertrauen dabei jedoch nicht so sehr ihrer eigenen Leistungskraft, sondern bemühen sich um staatliche Hilfsmaßnahmen.

Das gilt vor allem für die mittelständischen Gewerbetreibenden. Sie sind mit der Besteuerung unzufrieden und fühlen sich durch die Großunternehmen bedroht. Daraus folgt die Forderung nach Steuererleichterungen, Konzentrationsverboten und staatlichen Förderungsmaßnahmen wie Subventionen, Mittelstandskrediten und Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

In Frankreich führte die Entwicklung 1953 zu einer Steuerstreikbewegung (mouvement Poujade), die zeitweise die Form einer Ablehnung gegen den Staat annahm ¹⁾.

Die vorliegende Schrift soll offenlegen, wie der französische gewerbliche Mittelstand absolut und im Vergleich zu anderen Bevölkerungsschichten besteuert wird und welche wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen diese Besteuerung für ihn hat.

Diese Dissertation umfaßt im wesentlichen den Zeitraum von 1948 bis 1958. Damit ist die wichtigste Zeitspanne der Nachkriegsbesteuerung erfaßt. Die Regierung führte in diesen Jahren zwei Steuerreformen durch. 1948 schuf man das heutige Einkommensteuersystem. 1954/55 wurde die Umsatzbesteuerung grundlegend geändert und die Mehrwertsteuer (taxe sur la valeur ajoutée) eingeführt.

1) Ausführliches über diese Bewegung findet sich im vierten Kapitel, Abschnitt D.

Seit 1958 ist eine wesentliche Änderung der Besteuerung nicht eingetreten. Damit ist auch die steuerliche Belastung des gewerblichen Mittelstandes im großen und ganzen gleichgeblieben.

Der wirtschaftliche Aufschwung Frankreichs seit dem Amtsantritt de Gaulles läßt vermuten, daß die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Besteuerung für den gewerblichen Mittelstand weniger bedrohlich geworden sind.

B. Begriffliche Abgrenzung des gewerblichen Mittelstandes

1. Die soziologischen Grundbegriffe

Die technisch-wirtschaftliche Entwicklung des 19. und des 20. Jahrhunderts sowie die beiden Weltkriege haben in zahlreichen Ländern die traditionelle gesellschaftliche Gruppierung verändert. Daher ist die Frage berechtigt, ob es heute noch Stände, vor allem, ob es noch einen **M i t t e l s t a n d** gibt. Bei der Klärung dieser Frage ist es angebracht, von der Erörterung der soziologischen Begriffe Schicht, Gruppe, Stand und Klasse auszugehen.

a) Schicht, Schichtung, Gruppe

Die Gesellschaft¹⁾ ist in **S c h i c h t e n** gegliedert, die das Bild eines "vertikal aufgebauten Sozialgebildes"²⁾ vermitteln. Es besteht ein Verhältnis der Über- und Unterordnung. Die zu einer Schicht gehörenden Personen haben **e i n** Merkmal gemeinsam, das sie von allen anderen Mitgliedern der Gesellschaft unterscheidet. Sie befinden sich in gleichartiger oder ähnlicher Lage. Je nach der Wahl des Unterscheidungsmerkmals erhält man eine unterschiedliche **S c h i c h t u n g** der Gesellschaft. Zum Beispiel gehören Angestellte bei der Schichtung der Gesellschaft nach dem Lebensstandard meist zu einer niedrigeren Schicht als bei der Gliederung

1) Unter Gesellschaft wird hier die in einem Staate lebende Volksgemeinschaft verstanden.

2) v. Wiese, Leopold, Art. "Klasse und Stand", Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 6, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1957, S. 2.

nach dem öffentlichen Ansehen. Schichtung heißt Gliederung der Gesellschaft nach dem typischen Status, den Soziallagen ihrer Mitglieder. Die Soziallagen oder die Merkmale, an die sie im geschichtlichen Sonderfall geknüpft sind, werden dabei nicht näher bestimmt¹⁾

Im Gegensatz zur Schichtung stellt die Gruppierung eine horizontale Anordnung dar. Sie spiegelt keine soziale Abstufung wider. Unterscheidungsmerkmale der *G r u p p e n* sind die gemeinsamen Grundsätze und Interessen, nach denen sich die Gruppenmitglieder richten. Zudem besitzen die Gruppen oft eine Organisation, welche das Verhalten der Gruppenmitglieder bestimmt. V. N e l l - B r e u n i n g sieht das Wesen der Gruppe mehr in der gleichen Funktion ihrer Mitglieder. Er definiert: "Menschen, die im Ganzen der Gesellschaft an der gleichen Funktion beteiligt und dadurch untereinander leistungsverbunden sind, bilden im sozialen Organismus gesellschaftliche Gruppen"²⁾. Indem er das leistungsgesellschaftliche Verbundensein betont, legt v. N e l l - B r e u n i n g den Begriff der Gruppe etwas enger aus, als es hier geschieht. Ein wesentlicher Unterschied besteht jedoch nicht.

Bei der Analyse einer Gesellschaft sollte man von der Schicht als Grundeinheit ausgehen. Dabei führt die Anordnung der Schichten, die Schichtung, nach verschiedenen Merkmalen zu unterschiedlichen Gesellschaftstypen. Zum Beispiel zeigt die Schichtung nach der Berufsart das Bild einer (berufs)ständischen Gesellschaft, die Schichtung nach dem Produktionsverhältnis den Typ der Klassengesellschaft. Doch ergeben sich dabei keine reinen Typen: denn mit G e i g e r kann man sagen: "Ständische Gesellschaft heißt dann nicht, daß es keine Klassen im Marxschen Sinne gebe, sondern daß die Schichtung nach dem Produktionsverhältnis minder scharf hervortrete als die nach der Berufsart. Klassengesellschaft dagegen heißt nicht, daß die Berufsstände ausgelöscht sind, sondern nur, daß sie an Bedeutung gegenüber dem Produktionsverhältnis zurücktreten."³⁾

1) Geiger, Theodor, Art. "Schichtung", Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1955, S. 439.

2) v. Nell-Breuning, Oswald, Art. "Berufsständische Ordnung", Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1955, S. 52.

3) Geiger, Theodor, a.a.O., S. 439.

Zusammenfassend betrachtet der Verfasser eine Vielzahl von Gliedern einer Gesellschaft, die sich in gleicher oder ähnlicher Lage befinden, als *Schicht*. Eine Gruppe ist eine Vielzahl von Menschen mit gemeinsamen Grundsätzen und Interessen. Schichten gliedern die Gesellschaft vertikal, Gruppen horizontal.

b) Der Stand

Die Definitionen des Begriffes "Stand" sind vielfältig.

*Bernsdorf*¹⁾ definiert Stände als "gesellschaftliche Teilgruppen, die ziemlich streng voneinander abgeschlossen sind". Er führt das indische Kastensystem als Beispiel an. Während

Bernsdorf in seiner Definition die Stände einer reinen ständischen Gesellschaft erfaßt, stellt *Bouman*²⁾ mehr auf die heutige Gesellschaft ab, wenn er sagt: "Stand ist jede Gruppierung, die in dem Bewußtsein gewisser Vorrechte lebt und dabei Anspruch auf ein gewisses gesellschaftliches Prestige erhebt".

Im Gegensatz zu *Bouman* hält *v. Wiese* Leistung und Stellung im Staat für wesentlich, denn nach ihm sind die Stände Gesellschaftsschichten, denen die wirklichen (oder vorgegebenen) Leistungen (Arbeit, Berufstätigkeit) und ihre sozial übliche, geschichtlich bedingte Einschätzung zugrunde liegen. Politische Gesichtspunkte, besonders das Urteil über die Staatsinteressen, überwiegen bei ihrer Anordnung³⁾.

Wie *Bouman* sieht *Cox*⁴⁾ das besondere Merkmal des Standes in der klaren Abgrenzung von anderen Gruppen durch Gewohnheitsrecht und statutarisches Recht. Allgemein und nicht zeitgebunden ist *v. Nell-Breunings* Formulierung.

1) Bernsdorf, Wilhelm, Art. "Herrschaftliche Gesellschaftsform", Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1955, S. 175.

2) Bouman, P.J., Allgemeine Gesellschaftslehre, Eine Einführung in die Soziologie, in: Soziale Forschung und Praxis, Auslandsreihe Bd. 1, Dortmund o.J., S. 69.

3) v. Wiese, Leopold, Art. "Klasse und Stand", a.a.O., S. 2.

4) Cox, O.C., Estates, Social Classes und Political Classes, in: American Sociological Review, Jg. 10 (1945), S. 467.

Er erfaßt den Stand als "gesellschaftliche Großgruppe, die fest in der Gesellschaft steht, ihren rechtlich anerkannten oder tatsächlich gesicherten Standort hat oder jedenfalls in irgendeiner beachtlichen Weise verstetigt ist"¹⁾.

Jeder der genannten Autoren betont in seiner Definition ein anderes Wesensmerkmal. V. N e l l - B r e u n i n g s Ausführungen an anderer Stelle²⁾ sind geeignet, mehr Klarheit zu bringen. Danach haben die Begriffe "Stand", "Ständewesen", "Ständische Ordnung" je nach ihrer Anwendung unterschiedliche Bedeutung. "Im politischen Bereich erscheint das Ständische uns Heutigen vorzugsweise als das Gegenstück zum Parteipolitischen: Abkehr vom Parteienstaat strebt hin zu irgendeiner Art von Ständestaat. Im gesellschaftlichen Bereich dagegen bildet der Stand den Gegenbegriff zur Klasse; die kritische Auseinandersetzung mit der Klassengesellschaft entwickelt das Ordnungsbild einer ständisch geordneten Gesellschaft. Im wirtschaftlichen Bereich neigen Gruppen, die aus irgendwelchen Gründen zur individualistisch-kapitalistischen Wirtschaftsweise und zu einer in Katalaktik und Denken in Marktformen sich erschöpfenden Auffassung der Wirtschaft in Gegensatz stehen, vielfach dazu, sich ständischer Gesinnung zu rühmen und ihre Einrichtungen als ständische Institutionen zu preisen."³⁾

Um der Wirklichkeit gerecht zu werden, schlägt v. N e l l - B r e u n i n g vor, auf strenge Begriffsbildung und Systematik zu verzichten. Es bleibe nur übrig, einige der wichtigsten Ordnungen darzustellen, die sich entweder selbst als ständisch bezeichnen oder üblicherweise so bezeichnet werden⁴⁾.

Hier seien zwei Haupttypen kurz gekennzeichnet: die herrschaftsständische und die berufsständische Ordnung.

1) v. Nell-Breuning, Oswald, Art. "Stand und Ständewesen", Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1955, S. 525.

2) ders., Art. "Ständischer Gesellschaftsaufbau", Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 10, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1957, S. 6.

3) ebenda.

4) ders., S. 7.

in der herrschaftsständischen Ordnung sind verschiedene Stände aneinander über- und untergeordnet. Sie erfüllen führende oder ausführende Aufgaben im Gesellschaftsaufbau. Die Herrschaftsstände sind zugleich Geburtsstände, d. h. die Zugehörigkeit zu ihnen wird durch Abstammung erworben¹⁾. Als Beispiele für die herrschaftsständische Ordnung können die Gesellschaftsordnungen des europäischen Mittelalters angesehen werden.

Gegenüber stellt die berufsständische Ordnung eher ein Zukunftsbild der menschlichen Gesellschaft dar. "Der Grundgedanke ist, daß die Gesellschaft einer außerordentlichen Vielfalt wirtschaftlicher und außerwirtschaftlicher Leistungen und Dienste bedarf. An jeder dieser Leistungen ist eine Vielzahl von Menschen beteiligt, leistungsgemeinschaftlich verbunden"²⁾. V. N e l l - B r e u n i n g³⁾ führt als Beispiel die Zusammenarbeit von Ärzten, Pflegekräften, Gynäkologen, Pharmazeuten und Laborantinnen im Dienste der Gesundheit an. Die Leistungsgemeinschaften sind, soziologisch gesehen, Gruppen. Sie werden als Berufsstände bezeichnet⁴⁾.

Ausgehend von der Gleichordnung der Gesellschaftsglieder in der modernen Gesellschaft betrachtet der Verfasser hier in Übereinstimmung mit B e r n s d o r f , B o u m a n , C o x und V. N e l l - B r e u n i n g S t ä n d e als Gruppen, deren wesentliches Merkmal der fast gewohnheitsrechtliche Anspruch auf Vorrechte ist. Diese haben ihren Ursprung in besonderen zeitentprechenden Verpflichtungen der Gemeinschaft gegenüber.

) v. Nell-Breuning, Oswald, Art. "Stand und Ständewesen, a.a.O., S. 525.

) ders., Art. "Ständischer Gesellschaftsaufbau", a.a.O., S. 9.

) ders., Art. "Berufsständische Ordnung", a.a.O., S. 53.

) v. N e l l - B r e u n i n g behandelt das Thema der berufsständischen Gesellschaftsordnung ausführlich und eingehend an anderer Stelle.

Vgl. v. Nell-Breuning, Oswald, Art. "Berufsständische oder leistungsgemeinschaftliche Gesellschaftsordnung", Wörterbuch der Politik, Bd. 1, 2. Aufl., Freiburg 1958, Sp. 79 ff.

c) Die Klasse

V. W i e s e ¹⁾ bezeichnet Klassen als "Interessenvereinigungen, die vorwiegend auf Zusammenhängen oder Unterschieden in der Verfügung über wirtschaftliche Güter (Vermögen, Einkommen, Besitz) beruhen. In der Hauptsache haben sie ökonomische Wurzeln. Die Tatsache, daß sie auch in andere Bezirke des sozialen Lebens hinein wirken, leitet sich von der Mittelpunktstellung der Wirtschaft her, deren Einflüsse auf das gesamte menschliche Dasein ausstrahlen".

Ähnlich definiert B o u m a n ²⁾: "Klassen beruhen hauptsächlich auf wirtschaftlichen Gegensätzen und sind mehr der Ausdruck von Besitz oder Einkommen als von Gemeinschaft oder gemeinschaftlichem Handeln". Beweggründe der Klassenbildung sind also nicht Weltanschauung oder bestimmte Idealvorstellungen, sondern es geht hier um materielle Ziele, nämlich um eine andere Verteilung der zur Verfügung stehenden Güter.

Daher betrachtet v. N e l l - B r e u n i n g ³⁾ die Klassengesellschaft als aus (Groß-) Gruppen zusammengesetzt, von denen wenigstens eine die bestehende Ordnung nicht als Verwirklichung des Gemeinwohls anerkennt, sie darum bekämpft und in der zu schaffenden neuen Ordnung auch für sich selbst eine sinnvollere Einordnung erstrebt.

Wenn auch eine Einteilung der gesamten Gesellschaft in mehrere Klassen möglich ist, so ist es doch bezeichnend, daß die Umgangssprache, zumal in Deutschland, noch heute den Begriff der Klasse für die beiden Schichten der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufspart ⁴⁾. Diese Beschränkung auf zwei Klassen folgt aus der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Technische Erfindungen schufen veränderte Produktionsmethoden und -verhältnisse. Diese wiederum führten zu krassen Einkommensunterschieden und damit zu sozialen Gegensätzen.

1) v. Wiese, Leopold, Art. "Klasse und Stand", a.a.O., S. 2.

2) Bouman, P.J., a.a.O., S. 49.

3) v. Nell-Breuning, Oswald, Art. "Stand und Ständewesen", a.a.O., S. 526.

4) Dahrendorf, Ralf, Soziale Klassen und Klassenkonflikte, Stuttgart 1957, S. 5.

Hatte sich im Mittelalter das Einkommen in einer hierarchisch geordneten Ständegliederung nach der sozialen Stellung gerichtet, so zieht in der bürgerlichen Gesellschaft die Höhe des Einkommens die soziale Stellung nach sich¹⁾. Es entstand eine neue "Aristokratie"²⁾, die der Unternehmer, von denen die Arbeitnehmer weitgehend abhängig waren.

Entsprechend ihrer Auffassung von der wirtschaftlichen Entwicklung gab es für M a r x und seine Anhänger nur zwei Klassen: Kapitalisten und Arbeiter. "Kapitalisten sind nach marxistischer Ideologie die Besitzer von Produktionsmitteln, und zwar erstens die Grundbesitzer als Bodeneigentümer, und zweitens die Besitzer von produzierten Produktionsmitteln (Fabrikanlagen usw.). Ihnen stehen gegenüber die Arbeiter, die im Wirtschaftsprozeß lediglich als Verkäufer ihrer Arbeitskraft gegen Lohn auftreten."³⁾ Die auf der materialistischen Auffassung beruhenden Klassentheorien bedeuten nach B ü l o w⁴⁾ "soziologisch eine Absolutsetzung des wirtschaftlichen Determinismus und eine von der Entwicklung in der Industrie her gesehene Deutung der sozialen Schichtung und ihrer Veränderung in dem Sinne, daß die sozialen Klassen Träger des gesellschaftlichen Geschehens sind".

Der Verfasser schließt sich dem Klassenbegriff v. W i e s e s an und betrachtet K l a s s e n als Interessenvereinigungen, die hauptsächlich auf gemeinsamer Auffassung über die Verteilung wirtschaftlicher Güter beruhen.

1) Bülow, Friedrich, Art. "Gesellschaft", Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1955, S. 169.

2) ebenda.

3) ebenda.

4) ders., Art "Soziologie", Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1955, S. 503.

2. Der gewerbliche Mittelstand

a) Mittelstand, Mittelklassen oder Mittelschichten?

Bisher sind über 200 Definitionen des "Mittelstandes" bekannt geworden¹⁾. Schon diese Tatsache erhellte, wie wenig sich Ökonomen, Historiker, Soziologen und Politiker über den Begriff "Mittelstand" einig sind. Ist es ein Stand oder sind es mehrere Stände? Oder umfaßt der "Mittelstand" gar Klassen?

Die Vielzahl der Definitionen zeigt, daß eine eindeutige Begriffsbestimmung schwierig, wenn nicht unmöglich ist. Objektive Merkmale, wie Höhe des Einkommens, Stellung im Produktionsprozeß, Besitz oder Nichtbesitz von Produktionsmitteln, reichen nicht aus. Bei einem Lösungsversuch sollte man zunächst von subjektiven Merkmalen ausgehen: Wer rechnet sich zum "Mittelstand"? Wer hat das Bewußtsein und den Willen, zu dieser Großgruppe innerhalb der Gesellschaft zu gehören? Es sind Bauern, Handwerker, kleinere und mittlere Fabrikanten, Einzelhändler, Gastwirte, selbständige Agenten und Makler, die Angehörigen der freien Berufe, Beamte, Angestellte und zum Teil auch Facharbeiter.

Die einzelnen Gruppen zählen sich auf Grund verschiedener Merkmale zum "Mittelstand". Angestellte und Facharbeiter legen ihrer Einschätzung Einkommen und Lebensführung zugrunde, die Gewerbetreibenden Selbständigkeit und Besitz, die freien Berufe Ansehen und Tradition.

Die Schichtung der gesamten Gesellschaft nach den genannten Merkmalen läßt den "Mittelstand" als "mittlere" Schichten erscheinen. Man kann also für "Mittelstand" den allgemeinen Ausdruck "Mittelschichten" verwenden.

Untersucht man den "Mittelstand" nach Merkmalen des Standes und der Klasse, so stellt man fest, daß er beides aufweist. Zum Beispiel bilden Ärzte, Rechtsanwälte und Beamte Stände.

1) Vgl. Moulin, Léo, und Aerts, Luc, Les classes moyennes, Essai de bibliographie critique d'une définition, in: Revue d'histoire économique et sociale, 1954, Nr. 2, S. 168.

ie zeigen Standesbewußtsein, genießen Ansehen, pflegen die Tradition und besitzen als besondere Standesinstitutionen Ehren- und disziplinargerichte. Ebenso stellen die Bauern einen Stand dar. ie leben standesbewußt und trennen sich nur zögernd von den überlieferten Lebens- und Wirtschaftsformen. Der vermeintliche Anspruch auf Vorrechte zeichnet sich bei ihnen deutlich ab.

eniger eindeutig ist die Stellung der selbständigen Gewerbetreibenden. Merkmale des Standes treten weder in den einzelnen Gruppen noch in der Gesamtheit klar hervor. Es fehlt weitgehend das ausgeprägte Bewußtsein, einem Stand anzugehören. Zudem paßt der dauernde Zu- und Abgang, der Auf- und Abstieg, wie er gerade bei diesen Gruppen üblich ist, nicht in das Bild von der "verstetigten Ruhe Lage"¹⁾ des Standes. Interessenvereinigung und Kampf, die Kennzeichen der Klasse, treten mehr in Erscheinung als Standesmerkmale. Die selbständigen Gewerbetreibenden führen einen "Zweifrontenkrieg": Sie müssen sich gegen die Forderungen der Arbeitnehmer und die Bedrohung durch die Großbetriebe wehren. Beides kann ihre wirtschaftliche Existenz und damit ihre gesellschaftliche Stellung vernichten. Daher überwiegt bei diesen Gruppen, zumal in einer Wettbewerbswirtschaft, das Leistungsdenken. Ständische Anschauungen erweisen sich als nicht mehr zeitgemäß.

trifft die Bezeichnung "Mittelstand" für die selbständigen Gewerbetreibenden schon nicht ganz zu, so ist sie für die Angestellten und Facharbeiter vollends verfehlt.

Die unteren Angestellten müssen den einfachen Arbeitern gleichgestellt werden²⁾. Was die Anforderungen an Wissen, geistiges Beieiligtsein, Intelligenz, Wendigkeit, bisweilen auch an fachliches Können, betrifft, bleibt ihre Leistung im allgemeinen weit hinter der Leistungsanforderung an Facharbeiter zurück. Man kann nicht behaupten, die Verantwortung dieser Gruppe von Arbeitnehmern sei größer als die von Arbeitern, denen oft wertvolle Produktionsmaschinen anvertraut werden.

) v. Nell-Breuning, Oswald, Art. "Stand und Ständewesen", a.a.O., S. 526.

) Vgl. Heyde, Ludwig, Art. "Angestellter", Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 1, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1957, S. 198.

Falls man sie nicht zur Klasse der "Kapitalisten" rechnet, bilden die leitenden Angestellten eher eine "Mittelklasse" als einen "Mittelstand". Jedoch auch diese Bezeichnung trifft nicht ganz zu. Es fehlen die typischen Merkmale der Klasse. Diese Gruppen fühlen sich nicht interessenverbunden. Sie sind nicht organisiert und setzen sich gegenüber ihren Arbeitgebern nur jeder für sich selbst ein.

Wie die mittleren Angestellten unterscheiden sich die Facharbeiter hauptsächlich durch ihre Kenntnisse und ihr Einkommen von den unteren Angestellten und den einfachen Arbeitern. Fachwissen, Einkommen und entsprechende Lebensführung allein kennzeichnen jedoch weder einen Stand noch eine Klasse.

Bei fast allen Gruppen, die sich zum Mittelstand zählen, zeigt sich, daß sie weder eindeutig Stände noch Klassen sind. Einige tragen mehr die Kennzeichen des Standes, andere mehr solche der Klasse. Streng genommen dürfte man also weder von einem "Mittelstand", noch von "Mittelständen", noch von "Mittelklassen" sprechen. Die zutreffendere, weil allgemeinere Bezeichnung ist "Mittelschichten".

Dieser Sachverhalt wird am ehesten von Bülow's Definition erfaßt. Er sagt¹⁾: "Mittelstand ist der Inbegriff derjenigen sozialen Schichten, die das Bindeglied zwischen der wirtschaftlichen Aristokratie, insbesondere dem Unternehmertum, und den Arbeitern bilden und deren Interessenvertretung in Abwehr gegenüber dem Kapitalismus und der Verproletarisierung zu einer Mittelstandesbewegung geführt hat".

Die französische Bezeichnung "classes moyennes" kommt der Wirklichkeit ziemlich nahe, zumal in Frankreich der Klassenbegriff nicht auf den Gegensatz von Arbeitnehmern und Arbeitgebern abzielt. Der englische Begriff "middle class" ist nicht wirklichkeitsnäher als die deutsche Bezeichnung "Mittelstand". Er ist das Ergebnis einer Einteilung der Gesellschaft, die sich hauptsächlich auf den Gegensatz von Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse gründet und die dazwischen stehenden Gruppen als "Mittelklasse" bezeichnet.

1) Bülow, Friedrich, Art. "Mittelstand", Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1955, S. 338.

In der vorliegenden Arbeit wird der Begriff "Mittelklassen" nicht verwendet, weil er im Deutschen nicht gebräuchlich ist und der Klassenbegriff zu mancherlei Mißverständnissen Anlaß geben kann¹⁾. Dagegen wird, trotz der möglichen Einwendungen, die Bezeichnung "Mittelstand" gebraucht, wie es in der Umgangssprache in Politik und Wirtschaft üblich ist.

b) Alter und neuer Mittelstand

Aus der geschichtlichen Entwicklung hat sich eine Zweiteilung des Mittelstandes in den "alten" und den "neuen" Mittelstand ergeben. Selbständige Inhaber gewerblicher und landwirtschaftlicher Mittel- und Kleinbetriebe sowie die freien Berufe bilden den alten Mittelstand, der auch als Mittelstand im engeren Sinne bezeichnet wird. Seine Kennzeichen sind: Selbständigkeit und Eigentum, oftmals verbunden mit Familientradition und konservativer Lebensführung. Eine ökonomisch-funktionelle Definition des selbständigen alten Mittelstandes geben M o u l i n und A e r t s ²⁾: "Zum selbständigen Mittelstand gehören alle, die einen industriellen, handwerklichen, bäuerlichen, kaufmännischen oder freien Beruf als Leiter des Unternehmens und hauptsächlich mit eigenem Kapital oder dem ihrer Familien ausüben".

Die höheren und mittleren Angestellten, ein Teil der Beamten und nach ihrem Einkommen auch die Facharbeiter bilden den neuen Mittelstand. Im Vergleich zum alten Mittelstand fehlt den Angehörigen des neuen Mittelstandes die Selbständigkeit. Hierin unterscheiden sie sich nicht von den Arbeitern. Da auch die Grenzen des Einkommens fließend sind, ist über die Zugehörigkeit zum neuen Mittelstand schwer zu entscheiden. Ausschlaggebend bleibt letzten Endes ein subjektives Merkmal, nämlich der Wille und das Bewußtsein, zum Mittelstand zu gehören.

1) Dahrendorf, Ralf, a.a.O., S. 1.

2) Moulin, Léo, und Aerts, Luc, a.a.O., Nr. 3, S. 301. Dieses wie alle folgenden ins Deutsche übertragenen fremdsprachlichen Zitate wurden vom Verfasser übersetzt.

c) Gewerblicher oder wirtschaftlicher Mittelstand?

In den Bemühungen, zu einem eindeutigen Begriff des Mittelstandes zu kommen, zeichnet sich ein Streben nach Konkretisierung insofern ab, als versucht wird, den gewerblichen oder auch wirtschaftlichen Mittelstand zu definieren¹⁾. Gemeint ist der selbständige Mittelstand ohne Landwirtschaft und freie Berufe. Somit gehören zum gewerblichen Mittelstand zahlreiche Betriebe der industriellen Herstellung und Verarbeitung, das gesamte Handwerk, die Mehrzahl der Betriebe des Groß- und Einzelhandels, des Versandhandels, des Vermittlergewerbes, Teile des Bank- und Versicherungsgewerbes, des gewerblichen Personen- und Güterverkehrs, Dienstleistungsbetriebe wie etwa Hotel- und Gaststättengewerbe usw.²⁾

Wenn in den Ausführungen der folgenden Kapitel vom "gewerblichen Mittelstand" die Rede ist, so werden darunter die Gewerbetreibenden der hier aufgezählten Wirtschaftsbereiche verstanden. Inhaber von Großbetrieben gehören nicht dazu.

Gemeinsame Merkmale des gewerblichen Mittelstandes sind Selbständigkeit und Einsatz eigenen Kapitals. Selbständig sein heißt, persönliche Verantwortung übernehmen und Risiken eingehen.

Für den alten und damit auch den gewerblichen Mittelstand ist "die organische Verbindung von Arbeit und Betriebsmitteln und damit die Eingliederung des Leiters und Eigentümers in den Arbeitsprozeß wesentlich"³⁾. Diese Merkmale gelten als Zeichen einer inneren Haltung. Hinzu kommen Größenmerkmale wie Zahl der Beschäftigten, Höhe und Art des Kapitaleinsatzes und Umsatzhöhe. Großbetriebe kommen nicht in Betracht, selbst wenn sie von einem selbständigen Unternehmer geleitet werden.

1) Albrecht, Karl, und Schüren, Peter, Der Mittelstand zwischen Bedrängnis und Bewährung in der sozialen Marktwirtschaft, Heft 12 der Schriftenreihe der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf, Düsseldorf 1957, S. 14.

2) ebenda.

3) Bülow, Friedrich, Art. "Mittelstand", a.a.O., S. 339.

Trotz der genannten gemeinsamen Merkmale ist auch der gewerbliche Mittelstand keine einheitliche Gruppe. Er besteht aus mehreren Schichten. Daher wäre es auch hier zutreffender, von "gewerblichen Mittelschichten" statt von "gewerblichem Mittelstand" zu sprechen. Anzahl und Bereich der Schichten hängen von den Merkmalen ab, die man der Schichtung der Gesellschaft im einzelnen Fall zugrunde legt. Gründet man die Schichtung auf Einkommen, Lebensführung und gesellschaftliches Ansehen, so stellen die "gewerblichen Mittelschichten" keinen einheitlichen Block dar. Sie sind vielmehr von anderen Schichten durchsetzt. Für einen geschlossenen gewerblichen Mittelbereich ist die Kluft zwischen den äußeren Schichten, z. B. zwischen mittleren Industriellen und kleinen Handwerkern, zu groß. Man kann mit Recht annehmen, daß der Schichtabstand zwischen kleinen Gewerbetreibenden und Arbeitern viel geringer ist als zwischen diesen Gewerbetreibenden und mittleren Industriellen.

II.

Der gewerbliche Mittelstand in Frankreich

A. Die Stellung des gewerblichen Mittelstandes in der Französischen Volkswirtschaft

In Frankreich hat die amtliche Statistik die für eine moderne Volkswirtschaft erforderliche Genauigkeit noch nicht erreicht. Vor dem zweiten Weltkrieg gab es nur die Volkszählungen als wesentliche primär-statistische Erhebungen. Fast alle statistischen Veröffentlichungen beruhten auf sekundär-statistischem Material¹⁾. Während des Krieges begann die deutsche Besatzungsmacht, eine umfassende Statistik aufzubauen; aber nach der Befreiung wurde alles wieder aufgegeben²⁾, einmal, weil es von der verhaßten Besatzungsmacht geschaffen war, zum anderen, um den Staat nicht zuviel Einblick in die privaten Angelegenheiten zu gewähren. Seit 1951/52 beginnt das Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques³⁾ verlorenen Boden wiederzugewinnen, es kann jedoch in diesen wenigen Jahren nicht den Stand der Statistik in den USA, England oder Deutschland erreichen. Auch heute noch ist das I.N.S.E.E. in seiner Tätigkeit eingeengt, da ausreichende gesetzliche Ermächtigungen fehlen.

Im "Troisième Plan de modernisation et d'équipement"⁴⁾ wird von der Regierung zugegeben, daß die Stärke des Handwerks zahlenmäßig kaum zu schätzen sei. Da die nötigen Unterlagen fehlten, seien weitgehende Angaben über Produktion usw. unmöglich. Das gilt auch für die Industrie. Ausnahmen sind der Kohlenbergbau und die Eisen- und Stahlindustrie. Für diese Bereiche stellt die Montanunion ab

1) Vgl. Lüthy, Herbert, Frankreichs Uhren gehen anders, Zürich-Stuttgart-Wien, 1954, S. 49.

2) Vgl. Rives, Marcel, Traité d'économie commerciale, Tome II, La structure de la distribution en France, Paris 1958, S. 477; im folgenden zitiert: Tome II.

3) Abkürzung: I.N.S.E.E.

4) Décret Nr. 59-443 v. 19.3.1959 "portant approbation du Troisième plan de modernisation et d'équipement", Art. 232, J.O.v. 24.3.1959, S. 3546; ein "décret" ist eine Rechtsverordnung.

1954 statistische Unterlagen zusammen. Hinsichtlich des Handels bemüht sich das I.N.S.E.E. seit 1951/52, wenigstens auf Teilgebieten zu einigermaßen exakten Unterlagen zu kommen¹⁾.

Unter diesen Umständen ist eine Untersuchung der Stellung des gewerblichen Mittelstandes in der französischen Wirtschaft mit großen Schwierigkeiten verbunden. Wären die nötigen statistischen Unterlagen vorhanden, hätten manche Aussagen präziser formuliert und beweiskräftiger begründet werden können.

1. Die Zahl der Betriebe

Tabelle 1 gibt die Zahl der Industrie- und Handelsbetriebe im Jahre 1954 an. Die Bezeichnung "Industrie- und Handelsbetriebe" umfaßt auch die Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe.

Tabelle 1

Zahl der Industrie- und Handelsbetriebe 1954

Bereich	Anzahl der Betriebe	Anteil in v.H.
Industrie und Handwerk	875 000 ²⁾	43
Handel	1 008 000 ²⁾	49
Sonstige	166 000 ³⁾	8
Insgesamt	2 049 000 ⁴⁾	100

1) Vgl. Rives, Marcel, a.a.O., Tome II, S. 477.

2) I.N.S.E.E., Les établissements industriels et commerciaux en France en 1954, Paris 1956, S. 23 und 24.

3) Die Zahl 166 000 wurde vom Verfasser als Differenz zwischen der Gesamtzahl der Betriebe und den angegebenen Größen für Industrie-, Handwerks- und Handelsbetriebe errechnet.

4) I.N.S.E.E., Tableaux de l'économie française, Paris 1958, S. 272; die genannte Zahl gilt für Mitte 1954 (30. Juni). In "Les établissements industriels et commerciaux en France en 1954", S. 208, gibt das I.N.S.E.E. die Zahl der Betriebe mit 2 054 000 an. Die Abweichung wird nicht begründet.

Zu den Handelsbetrieben zählen nur die Betriebe des Groß- und Einzelhandels. Unter die "sonstigen Betriebe" fallen "banques, assurances, intermédiaires, spectacles et hygiène"¹⁾.

Die amtliche Statistik zählt neben den Betrieben des Groß- und Einzelhandels auch die Betriebe des Nahrungsmittelhandwerks zum Handel. Nach P e n o u i l gibt es im Nahrungsmittelhandwerk 192.000, nach dem Troisième Plan de modernisation et d'équipement 138.000 Betriebe²⁾. Die Finanzverwaltung betrachtet die Inhaber dieser Betriebe als Handwerker, nicht als Kaufleute. Daher sind sie auch in der auf S. 88 genannten Zahl von 900.000 enthalten.

Es gilt festzustellen, wieviele der 2.049.000 Industrie- und Handelsbetriebe der französischen Wirtschaft als mittelständische Betriebe angesehen werden können.

Eine Statistik des I.N.S.E.E.³⁾ gliedert die Unternehmen der Industrie und des Handwerks sowie des Handels nach ihrer Rechtsform und der Zahl der Beschäftigten (Tabelle 2). Das I.N.S.E.E. hat die "sonstigen Betriebe" in seiner Aufstellung nicht berücksichtigt. Ein Vergleich der Tabellen 1 und 2 zeigt, daß die Zahl der Betriebe die Zahl der Unternehmen in Industrie und Handwerk um rund 1.000 und im Handel um rund 1.500 übersteigt. Bei den Einzelunternehmen und Personengesellschaften dürfte es sich mit geringen Ausnahmen um mittelständische Unternehmen handeln. Unter dieser Voraussetzung besitzt der gewerbliche Mittelstand in Industrie und Handwerk 841.000 (96 %) von 874.000 und im Handel 949.000 (94 %) von 1.006.000 Unternehmen. Setzen wir in Industrie

1) Rives, Marcel, a.a.O., Tome II. S. 310.

2) Penouil, Marc, Artisanat et fiscalité, in: R.S.L.F., 1958, S. 537.

3) I.N.S.E.E., les établissements industriels et commerciaux en France en 1954, Paris 1956, S. 116.

Rechtsform	Zahl der Betriebe	Beschäftigte				
		0	1 - 5	6 - 10	11 - 50	über 50
1. Industrie und Handwerk						
Einzelunternehmen	460 735	229 184	176 283	21 735	17 198	16 335
Handwerksunternehmen ²⁾	270 854	161 662	107 092	321	39	1 740
Personengesellschaften	109 509	9 029	42 664	17 009	27 557	13 250
Andere Unternehmen	32 953	1 266	9 268	3 850	8 707	9 862
Summe 1	874 051	401 141	335 307	42 915	53 501	41 187
2. Handel						
Einzelunternehmen	850 576	625 753	213 148	8 331	3 278	66
Handwerksunternehmen ³⁾	5 536	3 006	2 524	3	3	0
Personengesellschaften	93 108	19 561	56 074	9 660	7 288	525
Andere Unternehmen	57 371	2 850	46 397	3 078	3 760	986
Summe 2	1 006 491	651 170	318 343	21 072	14 329	1 577
3. Insgesamt	1 880 542	1 052 311	653 650	63 987	67 830	42 764

1) I.N.S.E.E., Les établissements industriels et commerciaux en France en 1954, Paris 1956, S. 116.

2) Nach Auffassung des I.N.S.E.E. hat das in die Handwerksrolle eingetragene Handwerksunternehmen eine besondere Rechtsform. Daher werden diese Unternehmen auch als besondere Gruppe ausgewiesen. "D'après la définition légale sont considérés comme artisans les établissements dont l'exploitant est une personne physique inscrite au registre des métiers et dont le nombre de salariés (non compris les membres de la famille) est inférieur ou égal à cinq", ebenda.

3) Hier führt das I.N.S.E.E. als Handwerksunternehmen solche Einzelunternehmen des Handels auf, die wegen handwerklicher Nebentätigkeit in die Handwerksrolle eingetragen sind.

und Handwerk 50¹⁾ und im Handel 10²⁾ Beschäftigte als obere Grenze des mittleren Unternehmens, so gehören den mittelständischen Gewerbetreibenden 97 % der Unternehmen (95 % in Industrie und Handwerk, 98,5 % im Handel) an. Mehr als die Hälfte aller mittelständischen Unternehmen werden als Familienunternehmen geführt (1.048.000 von 1.790.000). Unter den 1.790.000 mittelständischen Unternehmen befinden sich auch 98.000³⁾ Unternehmen des ambulanten Einzelhandels. Da auf statistischem Wege eine Aussonderung nicht möglich ist, werden diese Unternehmen in die Betrachtung mit einbezogen, obwohl sie in ihrer Mehrzahl kaum mittelständische Merkmale aufweisen und ihre Inhaber der sozialen Stellung nach nur bedingt zum Mittelstand gerechnet werden können. Die Zahl der nicht seßhaften Einzelhändler ist die einzige, die zur Unterscheidung von Kleinstunternehmen und mittelständischen Unternehmen herangezogen werden könnte, und selbst sie hat nur begrenzte Aussagekraft, da in ihr Unternehmen mit bis zu 10 Beschäftigten enthalten sind⁴⁾.

Andererseits hatten im Jahre 1954 74.000⁵⁾ Kapitalgesellschaften einen Umsatz von weniger als 20 Millionen frs. zu verzeichnen. Vom Umsatz kann man in etwa auf die Betriebsgröße schließen. Bei einem Umsatz von 20 Millionen frs. im Jahr ist in Industrie und Handwerk mit höchstens 20, im Handel mit höchstens 5 Beschäftigten zu rechnen. Bei den genannten Unternehmen dürfte es sich aus-

-
- 1) Trotz der Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen kann diese Trennungslinie für die französische Industrie als zutreffend angesehen werden. Zudem lassen die statistischen Angaben nur eine niedrigere Grenzsetzung zu (vgl. Tabelle 2). Unternehmen mit 10 bis 50 Beschäftigten zu den Großunternehmen zu zählen, wäre aber offensichtlich wirklichkeitsfremd.
 - 2) Rives, Marcel, a.a.O., Tome II, S. 320.
 - 3) ders., S. 309.
 - 4) ders., S. 320.
 - 5) I.N.S.E.E., Répartition des entreprises industrielles et commerciales d'après leur forme juridique et le chiffre d'affaires, in: Etudes statistiques, supplément trimestriel du Bulletin mensuel de statistique, April-Juni 1958, S. 48; im folgenden zitiert: Etudes statistiques.

Umsatz und Gewinn der nach der Besteuerungsart gruppierten Unternehmen im Jahre 1954 ¹⁾

Unternehmen nach der Besteuerungsart	Zahl der Unternehmen	Umsatz in Milliarden frs	Gewinn in Milliarden frs	Durchschnittsumsatz und -gewinn in 1000 frs		G:U in v. H.
				Umsatz (U)	Gewinn (G)	
Körperschaftsteuer zahlende Unternehmen	165 000 (10 %)	18 658 (70 %)	1 392 (59 %)	113 080	8 436	7,5
Nach dem tatsächlichen Gewinn ²⁾ zur Gewinn- steuer veranlagte Unternehmen	299 000 (20 %)	5 386 (22 %)	474 (20 %)	18 000	1 585	8,8
Im Pauschalverfahren ²⁾ zur Gewinnsteuer veran- lagte Unternehmen	1 259 000 (70 %)	2 224 (8 %)	506 (21 %)	1 767	402	22,8
Alle Unternehmen	1 723 000 (100 %)	26 268 (100 %)	2 372 (100 %)	15 246	1 377	9,0

1) Etudes statistiques, April - Juni 1958, S. 45 und Ministère des Finances, des Affaires Economiques et du Plan, Rapport sur les comptes de la nation de l'année 1957, Paris 1958, S. 144.

2) Die Begriffe "tatsächlicher Gewinn" und "Pauschalverfahren" werden später bei der Beschreibung der Besteuerungsarten erklärt; S. 86 und S. 87.

schließlich um Gesellschaften mit beschränkter Haftung¹⁾ handeln. Diese Unternehmungsform ist in Frankreich sehr verbreitet und wird vielfach von kleineren Unternehmen gewählt. Man darf also mit Recht annehmen, daß die Inhaber jener 74.000 Unternehmen selbständige Erwerbstätige sind und zum gewerblichen Mittelstand gehören. In die vorliegende Untersuchung kann diese Gruppe jedoch nicht einbezogen werden, da keinerlei statistische Unterlagen vorhanden sind.

2. Umsatz und Gewinn

Wenn wir annehmen, daß der gewerbliche Mittelstand im wesentlichen von Einzelunternehmen und Personengesellschaften repräsentiert wird, sind auch Angaben über seinen Anteil am Umsatz und am Gewinn der französischen Wirtschaft möglich (Tabelle 3).

Die Zahlen stammen aus der Steuerstatistik. Die Aufstellung umfaßt auch die Unternehmen, zu denen die "sonstigen Betriebe" der Tabelle 1 gehören. Trotzdem vermitteln die Zahlen ein unvollständiges Bild, denn es sind nur die Unternehmen erfaßt, die effektiv Körperschaft- oder Gewinnsteuer²⁾ zahlten. Umsätze und Gewinne von rund 320.000³⁾ Unternehmen, die 1954 einkommensteuerfrei ausgingen, bleiben unberücksichtigt.

Über die tatsächlichen Umsätze und Gewinne der selbständigen Gewerbetreibenden liegen keine Angaben vor, jedoch kann man annehmen, daß sie bedeutend höher liegen, als die Zahlen der Steuerstatistik ausweisen.

3. Die Zahl der Beschäftigten

1954 gab es in Industrie und Handel 2.297.000 Selbständige und 7.641.000 Arbeitnehmer.

1) Société à responsabilité limitée.

2) Zur Körperschaftsteuer und zur Gewinnsteuer vergleiche die Ausführungen über das französische Steuersystem, Kapitel III, Abschnitt B.

3) Die Zahl 320.000 ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Gesamtzahlen von Tabelle 1 und Tabelle 3. Da es sich hier um Betriebe, dort um Unternehmen handelt, ist die Zahl 320.000 als ungefähre Angabe zu betrachten.

Tabelle 4

Die Zahl der Selbständigen in Industrie und Handel 1954¹⁾

Selbständige	Anzahl	in v. H.
Selbständige ohne Lohn- und Gehaltsempfänger	1 289 000	56
Arbeitgeber	561 000	24
Mithelfende Familienangehörige	447 000	20
Insgesamt	2 297 000	100

Tabelle 5

Arbeitnehmer des gewerblichen Mittelstandes im Jahre 1954

	Industrie	Handel	Insgesamt
Lohn- und Gehaltsempfänger insgesamt ²⁾	6.220.000	1.175.000	7.395.000
davon in mittelständischen Betrieben ³⁾	2.400.000	800.000	3.200.000
Prozentualer Anteil	40 %	68 %	43 %

Man kann annehmen, daß die Selbständigen in Industrie und Handel fast ausnahmslos zum gewerblichen Mittelstand gehören. Die Zahl der Selbständigen gliederte sich 1954 in 1.850.000 Betriebsinhaber und 447.000 mithelfende Familienangehörige. Ein mithelfender Fa-

1) I.N.S.E.E., Mouvement économique en France de 1944 à 1957, Paris 1958, S. 47.

2) I.N.S.E.E., Les établissements industriels et commerciaux en France en 1954, Paris 1956, S. 212.

3) Vom Verfasser auf Grund von Angaben des I.N.S.E.E. errechnet, indem im Handel Betriebe mit bis zu 10 Beschäftigten und in Industrie und Handwerk Betriebe mit bis zu 50 Beschäftigten zum gewerblichen Mittelstand gezählt wurden.

Vgl. I.N.S.E.E., Tableaux de l'économie française, Paris 1958, S. 23 u. 24.

milienangehöriger ist nach der Definition des I.N.S.E.E.¹⁾ "une personne, qui aide un membre de sa famille dans la gestion de son entreprise sans être salariée". 1954 waren in Handelsbetrieben mit bis zu 10 Beschäftigten rund 800.000 und in Industrie- und Handwerksbetrieben mit bis zu 50 Beschäftigten rund 2.400.000 fremde Arbeitskräfte beschäftigt (vgl. Tabelle 5).

Abschließend wird die Stellung des gewerblichen Mittelstandes innerhalb der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung (population active) gezeigt. Die Einteilung der Bevölkerung in Bourgeoisie, Mittelstand und Arbeiterklasse sowie die angegebenen Zahlen finden sich bei D e l i l l e ²⁾. Im Jahre 1954 gliederten sich bei einer Gesamtbevölkerung von 43 Millionen die rund 19,2 Millionen Erwerbstätigen wie folgt:

1. Bourgeoisie ³⁾		264.000
(Industrielle und Großkaufleute)		
2. Mittelstand		
a) Bauern	3.994.800	
b) Selbständige mittelständische Gewerbetreibende ⁴⁾		
(gewerblicher Mittelstand)	2.397.000	
c) Im Lohnverhältnis stehende Angehörige des Mittelstandes ⁵⁾	<u>1.685.500</u>	<u>8.077.300</u>
	Übertrag:	8.341.300

1) I.N.S.E.E., Mouvement économique en France de 1944 à 1957, Paris 1958, S. 47.

2) Delille, Robert, Les classes moyennes en France, in: Economie et Politique, Nr. 28, 1956, S. 62.

3) D e l i l l e rechnet außerdem 400.000 bis 500.000 Angehörige der freien Berufe und der Geistlichkeit zur Bourgeoisie; ebenda.

4) Die hier ausgewiesene Zahl der mittelständischen Gewerbetreibenden liegt um 100.000 höher als die in Tabelle 4 angegebene Zahl, da D e l i l l e den Begriff des selbständigen Gewerbetreibenden weiter faßt als das I.N.S.E.E. U.a. rechnet er auch die Fischer zu den Gewerbetreibenden; ebenda.

5) Hier dürfte es sich ausschließlich um mittlere und höhere Angestellte handeln.

Übertrag: 8.341.300

3. Arbeiterklasse

a) Industriearbeiter	6.638.700
b) Landwirtschaftliche Arbeiter	1.153.300
c) Angestellte	2.081.000
d) Sonstige (Dienstpersonal usw.)	<u>986.200</u>

4. Erwerbstätige Bevölkerung

19.200.500
=====

Damit stellt der gesamte Mittelstand zwei Fünftel, der selbständige Mittelstand (2a und b) ein Drittel und der gewerbliche Mittelstand allein (2b) ein Achtel der erwerbstätigen Bevölkerung.

B. Zur sozialen und politischen Bedeutung des gewerblichen Mittelstandes in Frankreich

In gleichem Maße, wie Frankreich sich vom Agrarland zum Industrieland entwickelt, verliert die "bürgerliche Gesellschaft" des liberalen 19. Jahrhunderts, die hauptsächlich vom Kleinbürgertum geprägt wurde, an Boden. In dieser Sicht stellt die Poujade-Bewegung ein Aufbegehren der Vertreter dieser "bürgerlichen Gesellschaft" gegen die sich entfaltende Industriegesellschaft moderner Form dar, in der der alte Mittelstand nur noch eine unter gleichberechtigten Gruppen ist.

Wie in allen modernen Industrieländern besteht auch in Frankreich ein Zug zur Angleichung der Gesellschaftsschichten. Von einer Einheitsgesellschaft kann man jedoch nicht sprechen. Die mittleren Schichten werden immer breiter, und zwar hauptsächlich durch den Aufstieg der Arbeiter. Als untere Schicht kommt nur noch ein fast bedeutungsloses Proletariat in Frage, welches unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung besteht. Die Zahl derer, die aus der verhältnismäßig schmalen Oberschicht zu den Mittelschichten absinken, ist unbedeutend.

Viele Angehörige des gewerblichen Mittelstandes in Frankreich sehen sich heute in ihrer sozialen Stellung mit den Arbeitnehmern gleichgestellt. Manche Arbeitnehmerschichten werden gesellschaft-

schaftlich sogar höher eingeschätzt als die unteren Schichten des gewerblichen Mittelstandes¹⁾.

Eine besondere staatstragende Bedeutung kann den selbständigen Gewerbetreibenden heute nicht mehr zuerkannt werden, auch haben sie sich nicht außergewöhnliche Verdienste um Wohlstand und Ansehen der gesamten Gesellschaft erworben. Sie wehren sich trotzdem dagegen, den sozialen Rang zu verlieren, auf den sie einen traditionellen Anspruch zu haben glauben. Sie wählen jedoch nicht den Weg der höheren Leistung in Wirtschaft und Gesellschaft, sondern sie fordern vom Staat Privilegien, die sie bisher zum größten Teil auch erhielten. A r m e n g a u d ²⁾ meint, daß in Frankreich zumindest ein Teil des gewerblichen Mittelstandes einen größeren Teil des Volkseinkommens für sich in Anspruch nimmt, als seiner Leistung entspricht.

Die über ein Jahrhundert währende politische Vormachtstellung des Kleinbürgertums ergibt sich aus der geschichtlichen Entwicklung Frankreichs.

In ihrem steten Bemühen, den Feudaladel in vollständige Abhängigkeit von der Krone zu bringen, stützten sich die französischen Könige seit Ludwig XI. in zunehmendem Maße auf das städtische Bürgertum. Im 18. Jahrhundert, als die Adeligen zu bloßen Rentenempfängern des absoluten Königs herabsanken, war die Mehrzahl der Verwaltungsbeamten und Richter des Landes bürgerlicher Herkunft.

1) Vgl. Frisch, Alfred, Gesellschaftsstruktur und soziale Gerechtigkeit in Frankreich, in: Der Arbeitgeber, Nr. 10 vom 20.5.1959, S. 296, Sp. 1.

2) Armengaud, A., L'utilisation rationnelle des ressources nationales et l'équilibre du compte des balances, in: R.S.L.F., 1958, S. 223.

A r m e n g a u d gibt an, daß nach den "Comptes économiques de la Nation 1954" die Verteilungskosten des Handels 2.500 Milliarden frs. betrugen, seine Wertschöpfung sich aber nur auf 1.300 Milliarden frs. belief.

Dieser Umstand erklärt sich nicht zuletzt durch die Käuflichkeit der Ämter (*vénalité des charges*), die es den wohlhabenden Bürgern gestattete, ihre nachgeborenen Söhne in einflußreichen und einträglichen Positionen unterzubringen. In der Revolution von 1789 riß das Bürgertum, unterstützt von den Bauern, dann die Macht an sich. Nach der Herrschaft Napoleons I. blieb der Einfluß der bürgerlichen Kreise von staunenswerter Stabilität. Das Klassenwahlrecht sicherte die Machtstellung dieser Gruppen, die von den Lehren des wirtschaftlichen Liberalismus durchdrungen waren. Ihre liberale Einstellung hinderte sie jedoch nicht daran, sich im Laufe der Zeit staatlichen Schutz vor der heranwachsenden in- und ausländischen Konkurrenz zu verschaffen.

Selbst die Einführung des allgemeinen Wahlrechts konnte die Vormachtstellung des Bürgertums nicht brechen. Maurois¹⁾ drückt das so aus: "Jusqu' à la guerre de 1939, les gouvernements radicaux ou socialistes se heurteront, en France, au 'mur d'argent'". Dabei darf die Bedeutung der jahrhundertealten bürgerlichen Verwaltung nicht unterschätzt werden.

Das Kleinbürgertum war stets darauf bedacht, die "situations acquises" zu erhalten²⁾. Das führte dazu, daß der Staat zu wirtschaftlicher und sozialer Untätigkeit verurteilt war, und bedeutete vor allem Erstarrung der sozialen Ordnung. Das Kleinbürgertum betrachtete sich selbst als einzige und ausreichende Grundlage, Sicherheit und Ordnung in Staat und Gesellschaft zu gewährleisten. Der Staat sollte seine Interessen als geheiligte Rechte schützen, vor allem gegen den Zugriff der neu aufsteigenden gesellschaftlichen Gruppe, der Arbeiterschaft³⁾. Zur Erhaltung des Status quo genügte ein "Parlament der Kleinen"⁴⁾ mit einer schwachen Regierung, deren einzige Aufgabe es war, die Verwaltung zu kontrollieren.

1) Maurois, André, Histoire de la France, Tome II, Paris 1958, S. 22

2) Vgl. Romieu, Jean, Eléments d'une politique commerciale en France, in: Revue économique, 1954, S. 389.

3) von Nell-Breuning, Oswald, Art. "Liberalismus", Wörterbuch der Politik, Bd. 5, 2. Aufl., Freiburg 1958, Sp. 211.

4) Hoffmann, Stanley, Le mouvement Poujade, Paris 1956, S. 384.

"Hier wurde also nicht die staatliche Obrigkeit, was sie in Wahrheit ist, als Dienerin am Gemeinwohl verstanden, sondern die Staatsgewalt selbst sollte von jener Gruppe von Staatsangehörigen, die sich als "die Gesellschaft" ansah, in Dienst genommen werden. Der Staat galt nur als Apparatur, die man nach den eigenen Interessen, zur Befriedigung bestimmter Bedürfnisse, insbesondere des Bedürfnisses nach Eigentumsschutz und Rechtssicherheit, spielen lassen wollte"¹⁾.

Unter diesen Umständen war der häufige Wechsel der Regierung nicht ein Zeichen innerpolitischer Auseinandersetzungen und Kämpfe, sondern ein Zeichen dafür, daß es den konsequenten Bemühungen des Parlaments immer wieder gelang, die "situations acquises" zu erhalten. In Frankreich ist eine Minderheit groß genug, um das Land mit demokratischen Mitteln zu regieren und dem Status quo eine fast unerschütterliche Stabilität zu geben²⁾. Regierungen, die sich diesem Streben nicht voll und ganz fügten, mußten abtreten. Meist genügte es, wenn der Ministerpräsident und ein oder zwei Fachminister wechselten.

In der Vierten Republik, in der Frankreich sich zum Versorgungstaat entwickelte, wuchs die Zahl derer, die Forderungen an den Staat stellten. Aber es gab zuviel Fordernde, als daß in einer verarmten Nation alle befriedigt werden konnten³⁾. Viele Wähler aus dem Kleinbürgertum lösten sich von einem Staate, der ihnen ihre Privilegien nicht mehr sicherte. Sie gesellten sich aus korporativen Anschauungen heraus zur klassischen Rechten, die von Anfang an abseits stand, oder sie wurden Anhänger eines nationalen Kommunismus. L ü t h y schreibt dazu⁴⁾: "Doch einem unter Staatsschutz in künstlich erhaltenem Archaismus und oft an der Elendsgrenze vegetierenden Kleinbürgertum und Kleingewerbe, dem alle

1) v. Nell-Breuning, Oswald, Art.: "Liberalismus", a.a.O., Sp. 211

2) Lüthy, Herbert, Frankreichs Uhren gehen anders, Zürich, Stuttgart, Wien 1954; S. 265.

3) Hoffmann, Stanley, a.a.O., S. 386.

4) Lüthy, Herbert, a.a.O., S. 344.

Horizonte verbaut sind und das jeden echten Liberalismus und jeden Luftzug von außen wie den Tod fürchten gelernt hat, ist ein solcher (kommunistischer)¹⁾ Nationalismus durchaus adäquat".

Am Sturz der Vierten Republik hatte das Kleinbürgertum maßgeblichen Anteil. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der Anstoß von der Armee in Algerien ausging.

So ist es verständlich, daß die "Union für die neue Republik"²⁾ im gewerblichen Mittelstand großen Zulauf fand. Hier sah man eine Möglichkeit, die künftige Innenpolitik von Anfang an zum eigenen Vorteil zu gestalten. In der Fünften Republik, durch deren Gründung ein Bürgerkrieg verhindert wurde, arbeitet das Kleinbürgertum bis heute in der genannten Partei, welche die absolute Mehrheit im Parlament besitzt. Sein Ziel, die Sicherung der "situations acquises", ist das gleiche geblieben³⁾.

1) Ausdruck in Klammern vom Verfasser ergänzt.

2) Union pour la nouvelle République = UNR.

3) Die Ausführungen über die soziale und politische Bedeutung des gewerblichen Mittelstandes in Frankreich stützen sich in der Hauptsache auf:

Hoffmann, Stanley, a.a.O., S. 381 ff und

Maurois, André, Histoire de la France, Tome II, Paris 1958, Livre VI (S. 231 ff) und VII (S. 347 ff).

III.

Der gewerbliche Mittelstand in Frankreich als
Steuerzahler und Steuerträger

A. Begriff der Steuerbelastung und Methoden ihrer Feststellung

1. Der Begriff der Steuerbelastung

Der Staatsbürger empfindet jeden Eingriff der öffentlichen Gewalt in sein Eigentum als eine Belastung, ohne an die Gegenleistung zu denken, die ihm speziell oder der Allgemeinheit zugute kommt¹⁾. Wollte man die Leistungen der Bürger an den Staat und die des Staates an die Bürger saldieren, so bestünde, von Tributzahlungen an das Ausland abgesehen, keine Belastung, es sei denn, daß man einen bestimmten Zeitraum, z.B. ein Jahr zugrunde legt. Hier können Mehrbelastungen und Mehrleistungen entstehen, die sich letztlich jedoch innerhalb mehrerer Perioden ausgleichen. B i c k e l²⁾ prägte für die Steuerbelastung ohne Einbeziehung der Gegenleistung des Staates den Begriff der Bruttosteuerbelastung. Sie bezeichnet das, was im allgemeinen mit "Steuerbelastung" gemeint ist.

Der Staat nimmt die Mittel seiner Bürger in Form von Abgaben in Anspruch. Streng genommen müßte man also von Abgabenbelastung sprechen, jedoch hat sich der Ausdruck Steuerbelastung eingebürgert und wird auch hier beibehalten.

Läßt sich die Steuerleistung in absoluten Zahlen angeben, so erfordert die Feststellung der Steuerbelastung, wenn sie aussagekräftig sein soll, eine Bezugsgröße. Zur Bestimmung der volkswirtschaftlichen Belastung können Gesamtgrößen wie Sozialprodukt und Volkseinkommen herangezogen werden. Für die einzel- und zweigwirtschaftliche Belastung bietet sich in erster Linie das Einkommen an. Daneben kommen jedoch auch andere Größen, wie Umsatz und Wertschöpfung, in Betracht.

-
- 1) Vgl. hierzu: Jakob, Erich, Der Steuer- und Soziallastenvergleich, Eine finanzstatistische Studie, Mainzer staatswissenschaftliche Dissertation, Mainz 1955, S. 14.
 - 2) Bickel, Wilhelm, Art. "Finanzwissenschaft und Statistik", Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 1, 2. Aufl., Tübingen 1952, S. 154.

Zur Steuerlast rechnen alle durch Gesetz auferlegten Leistungen der Gesamtheit der Staatsbürger oder des einzelnen an den Staat, die regionalen und lokalen Gemeinwesen, an die Religionsgemeinschaften und Parafisci. Zu den Steuern, Zöllen und Gebühren gesellen sich die Beiträge.

Gegen die Einbeziehung der Gebühren könnte eingewandt werden, daß diese nur dann zu zahlen sind, wenn Leistungen des Staates in Anspruch genommen werden. Es steht dem Bürger jedoch nicht frei, in jedem Falle auf diese Leistungen des Staates zu verzichten und damit die Belastung durch Gebühren zu vermeiden. Vielmehr ist er gesetzlich verpflichtet, eine Reihe von Leistungen des Staates in Anspruch zu nehmen, z. B. Ausstellen einer Geburtsurkunde oder eines Personalausweises. Hinzu kommen Leistungen, die zu beanspruchen der Bürger zwar nicht verpflichtet ist, die jedoch das tägliche Leben im modernen Staate verlangt. Hier liegt indirekter Zwang vor. Die Gebühren nehmen so immer mehr steuerlichen Charakter an. Oft besteht zwischen der Leistung des Staates und der Höhe der Gebühr kein Zusammenhang mehr.

Neben den geldlichen Leistungen der Bürger an den Staat sollte man zur Steuerbelastung auch die Aufwendungen der Steuerpflichtigen zur Erfüllung ihrer Steuerpflicht rechnen. Die Steuergesetze und ihre Anwendungsvorschriften sind so umfangreich und kompliziert, die Verpflichtungen so zahlreich geworden, daß sie außerordentlich viel Zeit und Arbeit erfordern. Hinzu kommt, daß in den meisten Ländern die Neigung besteht, den Steuerpflichtigen immer mehr zum Steuereinnahmer für den Staat zu machen. Erwähnt seien nur die Umsatzsteuer und die Lohnsteuer.

Unter Steuerbelastung wird demnach der zwangsweise Einkommen- und Vermögensentzug durch die öffentliche Hand einschließlich der nichtgeldlichen Leistungen verstanden.

2. Methoden zur Feststellung der Steuerlast

Nach B i c k e l ¹⁾ kann die Belastung einzelner Wirtschaftssubjekte oder der Gesamtbevölkerung durch bestimmte Steuern mit

1) Bickel, Wilhelm, a.a.O., S. 155.

Hilfe zweier Verfahren festgestellt werden. Er bezeichnet sie als das **s t e u e r r e c h t l i c h e** und das **s t e u e r s t a - t i s t i s c h e** Verfahren.

a) Das steuerrechtliche Verfahren

Das steuerrechtliche Verfahren legt die Bestimmungen des Steuerrechts für einzelne oder für eine Mehrzahl von Steuern zugrunde und stellt die Intensität der Belastung durch Anwendung auf praktische Fälle fest, d. h. es knüpft an den Steuertarif an¹⁾. Die Tarife allein genügen jedoch nicht, um die Belastung zu ermitteln; sie geben ein falsches Bild. Außer den Tarifen muß man die Vorschriften über Veranlagungsmodalitäten, Steuerfreigrenzen, Abschreibungsmöglichkeiten, Abschläge und Ausnahmebestimmungen beachten; erst dann kann der Umfang der Steuerpflicht beurteilt werden.

"Das steuerrechtliche Verfahren kommt vor allem bei direkten Steuern in Frage."²⁾ Anhand der steuergesetzlichen Bestimmungen läßt sich z.B. die Belastung eines bestimmten individuellen Einkommens durch die Einkommensteuer ermitteln. Will man die steuerliche Belastung beurteilen, muß man sie mit der eines anderen Einkommens vergleichen. So kann man die Einkommensteuer auf gleich hohes Einkommen von Handwerkern und Einzelhändlern einander gegenüberstellen. Vergleicht man mehrere Einkommenshöhen, so läßt sich sagen, ob diese im allgemeinen stärker oder geringer als jene belastet werden, oder ob die Belastung ungefähr gleich ist.

b) Das steuerstatistische Verfahren

Das steuerstatistische Verfahren knüpft an den Steuerertrag an. "Will man die Belastung bestimmter **E i n k o m m e n s g r u p p e n**"³⁾ durch die Einkommensteuer feststellen, so wird man eher das steuerstatistische Verfahren anwenden und das anhand von

1) Jakob, Erich, a.a.O., S. 31.

2) Bickel, Wilhelm, a.a.O., S. 155.

3) Sperrung vom Verfasser.

Steuerstatistiken zu ermittelnde Gesamteinkommen der betreffenden Gruppen mit dem Steueraufbringen vergleichen¹⁾. Dabei ist stets zu beachten, wie die Statistiken zustande gekommen sind.

Die G e s a m t belastung durch eine direkte Steuer oder auch eine Verbrauchsteuer läßt sich immer am einfachsten mit Hilfe der steuerstatistischen Methode feststellen²⁾.

Eine exakte zahlenmäßige Bestimmung der Steuerlast eines Einzelnen, einer Gruppe und auch der Gesamtheit der Steuerpflichtigen ist unmöglich. Dazu sind die Ausgangs- und Beziehungszahlen meist zu unsicher. Wenn man sagen kann, die steuerliche Belastung eines Steuerpflichtigen oder einer Gruppe ist ungefähr gleich, geringer oder höher als die eines anderen oder einer anderen Gruppe, so genügt das oft schon.

Die wichtigsten steuerstatistischen Verfahren seien hier kurz dargestellt:

Die Berechnung von K o p f q u o t e n ist für die allgemeine Orientierung von Nutzen. Ihr größter Mangel ist, daß die zugrunde gelegten Massen nie homogen sind. Deshalb lehnt B i c k e l³⁾ sie als unzulänglich ab.

Bei der Methode der "relativen Steuerlastquote"⁴⁾ ist das Einkommen Beziehungsgrundlage. Die Steuerbelastung wird in der Gesamtbetrachtung zur Größe des Sozialproduktes oder des Volkseinkommens, bei Einzelnen oder Gruppen zur Höhe des Einkommens in Beziehung gesetzt. "Beim innerstaatlichen Vergleich der Belastung verschiedener Bevölkerungsschichten drängt sich diese Beziehungsgrundlage geradezu auf"⁵⁾. Die Methode der "relativen Steuerlastquote" kommt auch in der vorliegenden Untersuchung zur Anwendung.

1) Bickel, Wilhelm, a.a.O., S. 155.

2) ebenda.

3) ders., S. 156.

4) Strathus, Heinrich, Internationaler Steuerbelastungsvergleich, in: Schriftenreihe der Deutschen Europa-Akademie, H. 13, Frankfurt/M. 1952, S. 129.

5) Bickel, Wilhelm, a.a.O., S. 156.

Die dritte Methode ist der **T y p e n v e r g l e i c h**. Die Steuerlasten typischer Zensiten, Betriebe oder Haushalte werden verglichen. Hier ist es schwierig, die typischen Vergleichseinheiten zu ermitteln. Dem **B e t r i e b s** typenvergleich kommt vor allem für die Standortwahl eines Unternehmens besondere Bedeutung zu. Für Unternehmen gleicher Rechtsform, gleichen Betriebskapitals, gleicher Umschlaghäufigkeit des Kapitals und gleichen Rohgewinns wird die Steuerbelastung für verschiedene Standorte festgestellt. Innerhalb eines Staates geben dabei die lokalen Steuern den Ausschlag, da die Staatssteuern für alle Unternehmen gleich sind. Beim internationalen Vergleich dagegen fallen alle Steuern ins Gewicht¹⁾.

In Frankreich liegen auf dem Gebiet der Finanzstatistik detaillierte Angaben nur über die Einkommensteuer vor. Daher lassen sich steuerstatistische Methoden mit Erfolg nur anwenden, wenn man die Belastung des französischen gewerblichen Mittelstandes durch die Einkommensteuer feststellen will. Jedoch muß man auch hier, um zu eindeutigen Aussagen zu kommen, die gesetzlichen Vorschriften mit hinzuziehen. Für alle anderen Steuern bleibt nur die steuerrechtliche Methode übrig. Sonstige steuerstatistische Angaben sind meist nur als Globalgrößen für die gesamte Wirtschaft vorhanden. Davon kann man jedoch nicht ausgehen, da der gewerbliche Mittelstand nur einen Teil der Steuerpflichtigen stellt.

1) Ausführliche Darstellung und Kritik des Betriebstypenvergleichs finden sich bei:

Bickel, Wilhelm, a.a.O., S. 157 ff und
Jakob, Erich, a.a.O., S. 41 ff.

B. Das Steuerwesen in Frankreich

1. Geschichtliche Entwicklung ab 1789

Bis zum Ersten Weltkrieg stellten die während der Revolution von 1789 eingeführten direkten Steuern, die "quatre vieilles", das Rückgrat der Besteuerung in Frankreich dar. Es waren dies:

- a) die Grundsteuer (contribution foncière),
- b) die Tür- und Fenstersteuer (contribution des portes et fenêtres),
- c) die Wohnungsteuer (contribution mobilière),
- d) die Gewerbesteuer (contribution des patentes).

Diese Steuern, die "quatre contributions directes", wurden nach äußeren Merkmalen (signes extérieurs) bemessen und daher mehr nach gewissen mit dem Einkommen zusammenhängenden Ausgaben als vom Einkommen selbst erhoben¹⁾. Diese Besteuerung war bei geringen Erhebungskosten bequem, brachte aber auch nur gleichbleibende Erträge. Auf Grund steigender Staatsausgaben jedoch war man auf höhere Steuereinnahmen angewiesen. Daher führte schon Napoleon I. einige indirekte Steuern (contributions indirectes) und Registerabgaben (droits d'enregistrement des actes) ein. Diese drei Steuerarten sicherten während des ganzen 19. Jahrhunderts den Staatsbedarf. Als sich um die Jahrhundertwende die öffentliche Tätigkeit ausdehnte und die Militärlasten stiegen, mußte der Staat sich nach zusätzlichen Einnahmen umsehen. Hinzu kam, daß bei anhaltender wirtschaftlicher Expansion die Einkommen allgemein, jedoch mit erheblichen Unterschieden, stiegen. Die vier "direkten Steuern" waren nicht geeignet, höhere Einnahmen zu verschaffen. Auch sicherten sie nicht eine gerechte Verteilung der Steuerlast. Schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts dachte man daran, eine Einkommensteuer einzuführen. Alle Vorstöße im Parlament in dieser Richtung blieben jedoch erfolglos.

1) Cluseau, Max, Art. "Geschichte der französischen Finanzwirtschaft vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart", Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 1, 2. Aufl., Tübingen 1952, S. 372.

Der Erste Weltkrieg brachte die Wende. Er stellte so hohe Anforderungen an den Staatshaushalt, daß das Parlament in den Jahren 1914 bis 1917 gezwungen war, ein 1910 von Joseph C a i l l a u x¹⁾ vorgeschlagenes System von Einkommensteuern zu verwirklichen²⁾. Der Staat verzichtete 1917 auf die Erhebung der Gewerbe- und der Wohnungsteuer³⁾. Sie dienten fortan dazu, die Budgets der Departements und Gemeinden zu finanzieren. Diese berechneten auf der Grundlage der vom Staat nicht mehr erhobenen, aber errechneten Hauptsteuern, der "principales fictives", ihre Zuschläge. Die Tür- und Fenstersteuer schaffte man im Jahre 1925 ab⁴⁾.

C a i l l a u x ' Einkommensteuersystem umfaßte acht Schedulensteuern⁵⁾ (impôts cédulaires) und eine allgemeine Einkommensteuer (impôt général sur le revenu).

"Grundsätzlich sollten die Schedulensteuern Realsteuern sein und die persönlichen Verhältnisse des Pflichtigen nur bei der allgemeinen Einkommensteuer Berücksichtigung finden. Da aber diese praktisch nur eine sehr begrenzte Zahl von Pflichtigen traf, wurde die Personalisierung schon bald in das Schedulensteuersystem übernommen: Differenzierung der Steuersätze je nach den Schedules (erhöhte Besteuerung von Kapitaleinkünften und gemischten Einkünften im Vergleich zum reinen Arbeitseinkommen), Abzüge von der Steuerbemessungsgrundlage und Steuerermäßigungen, die für Löhne und Gehälter höher als für andere Einkommen waren"⁶⁾.

1) Caillaux, Joseph, 1863 - 1944, Politiker, Finanzexperte.

2) Gesetz vom 29. 3.1914, J.O. vom 31. 3.1914, S. 2967.
Gesetz vom 15. 7.1914, J.O. vom 18. 7.1914, S. 6448.
Gesetz vom 30.12.1916, J.O. vom 31.12.1916, S. 11208.
Gesetz vom 31. 7.1917, J.O. vom 1. 8.1917, S. 5975.

3) Gesetz vom 31. 7.1917, J.O. vom 1. 8.1917, S. 5975.

4) Gesetz vom 19. 7.1925, J.O. vom 20. 7.1925, S. 6833.

5) Schedule von schedula = kleines Stück Papier.

6) Coulbois, P., Art: "Staatshaushalt und Finanzsystem Frankreichs", Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 3, 2. Aufl., Tübingen 1958, S. 249.

Die Schedulensteuern waren in drei Gruppen aufgeteilt¹⁾:

- a) vier Steuern auf Einkommen aus Kapitalbesitz,
- b) eine Steuer auf Einkommen aus Arbeit,
- c) drei Steuern auf gemischte Einkommen aus Arbeit und Kapital.

Die allgemeine Einkommensteuer war eine persönliche Steuer mit progressivem Satz. Sie traf alle natürlichen Personen mit der Gesamtheit ihrer Einkünfte aus allen Quellen. Die juristischen Personen waren nicht Objekt einer besonderen Steuer. Ihre Erträge wurden bei den Kapitaleignern versteuert.

Das geschilderte Steuersystem, und zwar der allgemeinen Einkommensteuer und der Schedulensteuern war im Laufe der Zeit sehr kompliziert geworden und hatte alle Klarheit verloren²⁾. Daher wurde es Ende 1948 abgeschafft und durch zwei neue Steuern ersetzt³⁾:

1. Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen (impôt sur les revenus des personnes physiques),
 - a) Proportionalsteuer (taxe proportionnelle), welche die alten Schedulensteuern ersetzt hat und einheitlich mit gleichem Steuersatz die Einkommen aus den verschiedenen Quellen trifft,
 - b) Allgemeine Einkommensteuer (surtaxe progressive), vorher impôt général sur le revenu,
2. Steuer auf das Einkommen juristischer Personen (impôt sur les sociétés, impôt sur les revenus des personnes morales); sie erfaßt die gesamten Einkünfte der Kapitalgesellschaften.

Neben der Einkommenbesteuerung wurden die Stempel- und Besitzsteuern neu gestaltet.

1) Blancher, René, Les impôts des entreprises industrielles et commerciales, Paris 1954, S. 8.

2) Vgl. Coulbois, P., a.a.O., S. 249.

3) Dekret Nr. 48-1986 vom 9.12.1948 über die Steuerreform, J.O. v. 1.1.1949, S. 60.

Der Erste Weltkrieg hatte für den französischen Staat hohe finanzielle Anforderung mit sich gebracht. Um die notwendigen Einnahmen zu schaffen, führte man 1920 eine Umsatzsteuer ein¹⁾. Sie traf im Preis der Produkte einbegriffen die Konsumenten. Die Umsatzsteuer war steuertechnisch einfach, hatte aber den Nachteil, daß sie kumulativ wirkte (*impôt à cascade*). Sie traf die Produkte ungleichmäßig und verschob das Preisgefüge. Bei Warengruppen, die vor allem die Kosten der Lebenshaltung bestimmen (Fleisch, Kohle, Zucker, Wein usw.), setzte man im Laufe der Zeit an die Stelle der kumulativen Umsatzsteuer Einphasen-Umsatzsteuern. 1936 wurden die allgemeine Umsatzsteuer und die Einphasen-Umsatzsteuern (*taxes uniques*) durch eine Produktionsteuer (*taxe à la production*) ersetzt²⁾. Jeder Erzeuger zahlte die Steuer, die er in seinen Preis einrechnete, vom Gesamtwert des Erzeugnisses. Von der so errechneten Steuersumme zog er den in seinen Lieferantenrechnungen aufgeführten Betrag an Steuern auf den Kauf von Rohstoffen, Energien und Halbfabrikaten ab, die er zur Herstellung des besteuerten Erzeugnisses verwandt hatte. So traf die Produktionsteuer, obgleich sie auf jeder Produktionsstufe erhoben wurde, nur einmal den Gesamtwert des Produktes und wirkte nicht kumulativ. Die Produktionsteuer ist bis 1954 mehrfach abgeändert und schließlich durch die Mehrwertsteuer (*taxe sur la valeur ajoutée*) abgelöst worden³⁾.

Im Jahre 1939 schuf man eine Mobilmachungsteuer (*taxe d'armement*), die später als Transaktionsteuer (*taxe sur les transactions*) weiterbestand⁴⁾. Sie traf Käufe und Verkäufe in allen Stadien von Produktion und Handel und stellte so eine Kaskadensteuer dar. Bis zu ihrer Abschaffung im Jahre 1954 schloß die Produktionsteuer auch eine Dienstleistungsteuer (*taxe sur les prestations de services*) ein, die dann verselbständigt wurde. Sie traf den Wert der Dienste, die von Unternehmern an Private oder andere Unternehmen geleistet wurden, war von der Produktionsteuer selbst nicht abzugsfähig und wirkte kumulativ.

1) Gesetz vom 25.6.1920, J.O. vom 26.6.1920, S. 8990.

2) Gesetz vom 31.12.1936, J.O. vom 1.1.1937, S. 109.

3) Gesetz Nr. 54-404 vom 10.4.1954, J.O. vom 11.4.1954, S. 3482.

4) Gesetz vom 26.7.1940, J.O. vom 27.7.1940, S. 4603.

Auch die Departements und Gemeinden hatten Anteil an der Umsatzsteuer, da sie eine lokale Zusatzsteuer (taxe locale additionnelle) zur Transaktionssteuer erhoben¹⁾. Die taxe locale war von der Produktionssteuer nicht abzugsfähig und führte so ebenfalls zu einer kumulativen Steuerbelastung.

Die Transaktionssteuer und die lokale Zusatzsteuer schaffte man 1955 wieder ab²⁾. Zum Ausgleich erhöhte man die Sätze der Mehrwertsteuer und der neugeschaffenen lokalen Umsatzsteuer (taxe locale) entsprechend.

Heute werden in Frankreich im wesentlichen folgende Steuern erhoben³⁾:

I. Staatsteuern

A. Steuern auf das Einkommen

1. Steuern auf das Einkommen natürlicher Personen

- a) Proportionalsteuer (taxe proportionnelle),
- b) Allgemeine Einkommensteuer (surtaxe progressive).

2. Steuer auf das Einkommen juristischer Personen

Körperschaftsteuer (impôt sur les sociétés).

B. Steuern auf die Ausgaben

1. Mehrwertsteuer,

2. Dienstleistungssteuer,

3. Sonstige Verbrauchsteuern,

C. Sonstige Staatsteuern

1. Registerabgaben (droits d'enregistrement des actes),

2. Stempelsteuern (droits de timbre).

1) Dekret Nr. 48-1986 vom 9.12.1948, J.O. vom 1.1.1949, S. 60.

2) Dekret Nr. 55-465 vom 30.4.1955, J.O. vom 3.5.1955, S. 4373.

3) Vgl. Blancher, René, a.a.O., S. 10. Die seit 1954 eingetretenen Änderungen wurden vom Verfasser berücksichtigt.

II. Steuern der Departements und Gemeinden

A. Grundsteuer

1. auf bebaute Grundstücke,
2. auf unbebaute Grundstücke.

B. Wohnungsteuer

C. Gewerbesteuer

D. Lokale Umsatzsteuer

Diese Steuern brachten in den Jahren 1949-1958 die in der Tabelle 6 aufgeführten Einnahmen. Die indirekten Steuern bringen durchschnittlich dreimal mehr ein als die direkten. Da die Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern nicht mehr allgemein anerkannt wird, sei hier vermerkt, daß als direkte Abgaben die Steuern auf das Einkommen und die Zuschläge zu den "trois vieilles" (oben II. A, B, C) betrachtet werden¹⁾. Die Steuerbelastung beträgt etwas mehr als ein Fünftel des Bruttosozialprodukts.

2. Die Staatsteuern

Von der Vielzahl der Abgaben, die der französische Staat erhebt, sollen die wichtigsten kurz erläutert werden.

a) Die Proportionalsteuer

Die Proportionalsteuer ersetzte am 1.1.1949 die bis dahin geltenden Schedulensteuern²⁾. Aus den acht Schedulen sind acht Einkommenskategorien geworden:

1. Einkünfte aus Grundbesitz,
2. Gewinne aus Industrie und Handel,
3. Einkünfte bestimmter Geschäftsführer von Gesellschaften,
4. Einkünfte aus Landwirtschaft,
5. Löhne, Gehälter, Pensionen, Lebensrenten,
6. Einkünfte nichtkaufmännischer Berufe,
7. Einkünfte aus Kapitalbesitz,
8. Einkünfte aus Forderungen, Hinterlegungen und Bürgschaften.

1) Vgl. Coulbois, P., a.a.O., S. 247 und 266.

2) Dekret Nr. 48-1986 vom 9.12.1948, J.O. vom 1.1.1949, S. 60.

Tabelle 6

Steuereinnahmen und Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen in Frankreich von 1949 - 1957 (in Milliarden Francs).

Jahr	Direkte Steuern	Indirekte Steuern		Steuern insgesamt	Bruttosozialprodukt
		insgesamt	davon: USt		
1949	408	1.238	706	1.646	8.600
1950	539	1.518	867	2.057	9.850
1951	601	1.963	1.168	2.564	12.110
1952	670	2.384	1.434	3.054	14.340
1953	807	2.522	1.441	3.329	14.930
1954	791	2.675	1.516	3.466	15.790
1955	808	2.834	1.559	3.642	17.020
1956	986	3.101	1.650	4.087	18.590
1957	1.195	3.488	1.827	4.683	20.520

Anteil an den Steuern insgesamt in v.H.

1949	24,8	75,2	42,9	100	19,1 ⁺)
1950	26,1	73,9	42,1	100	20,9
1951	23,5	76,5	45,5	100	21,2
1952	22,0	78,0	47,0	100	21,4
1953	24,3	75,7	43,3	100	22,3
1954	22,8	77,2	43,8	100	22
1955	22,2	77,8	42,8	100	21,4
1956	24,1	75,9	40,4	100	22
1957	25,6	74,4	39,0	100	22,8

+) Verhältnis der Steuern zum Bruttosozialprodukt in v.H.

Quellen:

Zahlen für 1949 - 50: Rapports sur les comptes de la nation, Rapports et comptes 1949-55, Paris 1958, S. 72 ff.

Zahlen für 1951 - 53: ebenda, S. 22.

Zahlen für 1954 - 57: Rapport sur les comptes de la nation de l'année 1957, Paris 1958, S. 48 u. 49.

Die Prozentzahlen sind zum Teil vom Verfasser errechnet.

Die Rapports werden herausgegeben vom Ministère des Finances, des Affaires Economiques et du Plan.

Die Proportionalsteuer trifft mit gleichem Satz die verschiedenen Einkommenskategorien des Steuerpflichtigen. Es gilt der Grundsatz der Haushaltbesteuerung (imposition par foyer). Der Haushaltvorstand wird für das Einkommen der ganzen Familie veranlagt. Besteuerungsgrundlage ist die Gesamtheit der Einkünfte aller Kategorien. Ausgenommen sind die Kapitalerträge, die im Quellenabzugsverfahren besteuert werden, sowie die Löhne, Pensionen und Gehälter¹⁾, die mit wenigen Ausnahmen (private Pensionen, Lebensrenten sowie Löhne und Gehälter von Grenzgängern) der Pauschalabgabe unterliegen.

Wie es zur Befreiung der Löhne, Pensionen und Gehälter von der Proportionalsteuer kam, schildert C o u l b o i s ²⁾: "Im September 1948 sah sich die Regierung Forderungen auf Lohnerhöhungen gegenüber. Eine allgemeine Lohnerhöhung hätte damals zweifellos den Inflationsprozeß neu in Gang gebracht. Man nahm daher zu einem indirekten Verfahren Zuflucht: Die Lohnempfänger wurden von der Zahlung der Proportionalsteuer freigestellt (die zu jener Zeit noch Schedulensteuer hieß), was zu einer entsprechenden Auffüllung ihrer Lohntüten führte, und die steuerliche Belastung wurde auf die Arbeitgeber abgewälzt, die nunmehr allmonatlich 5 % des Gesamtbetrages der von ihnen ausgezahlten Löhne an den Staat abzuführen hatten. Die ursprünglich als Provisorium gedachte neue Steuer erhielt den Namen Pauschalabgabe auf Löhne und Gehälter (versement forfaitaire sur les salaires). Sie ist nur für Arbeitgeber in Industrie und Handel verbindlich, während die Gesetzesbestimmung, die ihre Ausdehnung auf die Landwirtschaft vorsah, nicht zur Durchführung gelangte. Außerdem zahlt der Staat die 5 % nicht für die Gehälter seiner eigenen Beamten."

Die Pauschalabgabe stellt eine Art Lohnsummensteuer dar. Steuergläubiger ist der Staat. In der Übersicht S. 50 wäre sie unter C, Sonstige Staatsteuern, aufzuführen.

Die Entwicklung der Steuersätze seit der Einführung der Proportionalsteuer im Jahre 1948 zeigt die Tabelle 7.

1) Art. 80, C.G.I.

2) Coulbois, P., a.a.O., S. 252.

Tabelle 7

Die Sätze der Proportionalsteuer von 1949 - 1959

Zeitraum	Normaler Satz	Ermäßigter Satz	Der ermäßigte Satz gilt für die ersten
1.1.49 - 31.12.53	18 %	9 %	200.000 frs.
1.1.54 - 31.12.54	18 %	9 %	440.000 frs.
1.1.55 - 31.12.58	18 %	5 %	440.000 frs.
ab 1.1.59	22 %	5,5 %	440.000 frs.

Neben dem Normalsatz besteht ein ermäßigter Satz. Dieser gilt für die unteren Einkommensstufen, z.B. ab 1.1.1955 für die ersten 440.000frs. Betroffen werden jedoch nur die Einkommen aus Löhnen, Gehältern, Pensionen und Lebensrenten (in den Ausnahmefällen, in denen sie der Proportionalsteuer unterliegen), die Einkommen der Handwerker und Heimarbeiter sowie die Einkommen der nichtkaufmännischen Berufe, mit Ausnahme der Einkünfte aus öffentlichen Ämtern und der Einkommen, die nicht aus persönlicher Arbeit herühren.

Ab 1.1.1955 gilt der ermäßigte Satz auch für die ersten 300.000frs. der Industrie- und Handelsgewinne, der Gehälter der Geschäftsführer und Teilhaber von GmbH, der landwirtschaftlichen Einkommen und der Einkünfte aus bestimmten Ämtern (charges et offices)¹⁾. Die Einkünfte der Mitglieder von Personengesellschaften, die für die Körperschaftsteuer optiert haben, werden ebenfalls von dieser Regelung betroffen.

Die Grenzen steuerfreier Einkommen, nicht erhobener Steuerbeträge und ermäßigter Steuerbeträge zeigt folgende Aufstellung:

1) Coulbois, P., a.a.O., S. 253.

1.1.1949 - 31.12.1954 ab 1. 1. 1955

Steuerfrei:			
Einkommen	unter 60.000 frs.		unter 120.000 frs.
Nicht erhoben:			
Steuerbeträge	unter 10.800 frs.		unter 6.000 frs.
Ermäßigt:			
Steuerbeträge	zw. 10.800 und 43.200 frs.	zw.	6.000 und 24.000 frs

Liegt die Steuerschuld in den oben angegebenen Grenzen (ab 1.1.1955 zwischen 6.000 und 24.000 frs.), so wird sie ermäßigt, indem man ein Drittel der Differenz zwischen dem Steuerbetrag und der oberen Grenze vom Steuerbetrag abzieht.

Hat der Steuerpflichtige Kinder, so wird sein Steuerbetrag um 15 % für jedes der beiden ersten Kinder und um 45 % für das dritte und jedes weitere Kind ermäßigt. Es sind jedoch jeweils Höchstbeträge von 5.000 frs. bzw. 15.000 frs festgesetzt.

b) Allgemeine Einkommensteuer

Die allgemeine Einkommensteuer trifft das gesamte Nettoeinkommen des Steuerpflichtigen nach einem progressiven Tarif. Das Nettoeinkommen ergibt sich, wenn man vom Einkommen, zu dem nicht die Kapitalgewinne zählen, alle Belastungen des Gesamtvermögens des Steuerpflichtigen absetzt, die nicht bereits bei der Berechnung der Proportionalsteuer berücksichtigt wurden: Schuldzinsen, Zahlungen aus unentgeltlich gewährten, obligatorischen Rentenverpflichtungen, direkte Steuern (Proportionalsteuer, Grundsteuer, Wohnungsteuer) mit Ausnahme der allgemeinen Einkommensteuer selbst, Beiträge zur Sozialversicherung für das Dienstpersonal¹⁾.

Löhne und Gehälter werden mit 85 % (bis 1954 90 %) herangezogen, nachdem sie um 10 % für Werbungskosten vermindert sind²⁾.

1) ders., S. 254 und Lamy, René, Mémento Lamy fiscal, Paris 1954, S. 170 (418); im folgenden zitiert: Mémento Lamy fiscal.

2) Art. 80 C.G.I.

Das Einkommen wird nach dem "System des Familienquotienten" (système du quotient familial) besteuert. Den Familienquotienten erhält man durch Division des nach unten auf volle 1.000 frs. abgerundeten Jahreseinkommens durch eine bestimmte Zahl (Divisor). Auf den Familienquotienten wird der progressive Steuersatz angewandt. Das Ergebnis wird mit dem Divisor multipliziert. Man erhält so den zu entrichtenden Steuerbetrag.

Der bei einem Steuerpflichtigen anzuwendende Divisor richtet sich nach seinen Familienlasten:

- a) Junggesellen, Geschiedene und Witwer ohne Kind: Divisor = 1
- b) Junggesellen, Geschiedene und Witwer mit Kind: " = 1,5
- c) Verheiratete ohne Kind: " = 2
- d) Verheiratete mit n Kindern: " = $\frac{n}{2} + 2$

(n gibt die Zahl der Kinder an)

Für die verschiedenen Stufen des "Familienquotienten" gelten folgende Sätze:

<u>Einkommensstufe</u>	<u>Steuersatz</u>
0 bis 220.000 frs.	frei
221.000 bis 350.000 frs.	10 %
351.000 bis 600.000 frs.	15 %
601.000 bis 900.000 frs.	20 %
901.000 bis 1.500.000 frs.	30 %
1.501.000 bis 3.000.000 frs.	40 %
3.001.000 bis 6.000.000 frs.	50 %
6.000.000 Frs. und mehr	60 %

Bei Junggesellen, Geschiedenen und Witwern ohne Kind werden die beiden höchsten Stufen mit 55 % und 70 % besteuert.

Eine abgekürzte Methode zur Berechnung der Steuerschuld eines Zensiten wurde in Le Monde veröffentlicht¹⁾:

1) Ohne Verfasser, Comment calculer l'impôt sur les revenus de 1958? Le Monde, Nr. 4379 v. 22/23.2.1959, S. 11.

Es sei: S der Steuerbetrag
 R das Gesamteinkommen
 D der Divisor

Gesamteinkommen R durch Divisor D:

(Familienquotient)			Steuerbetrag S:	
	0 bis	220 000 frs.	$S = 0$	
über	220 000 bis	350 000 frs.	$S = 0.10 \times R -$	$22\,000 \times D$
über	350 000 bis	600 000 frs.	$S = 0.15 \times R -$	$39\,500 \times D$
über	600 000 bis	900 000 frs.	$S = 0.20 \times R -$	$69\,500 \times D$
über	900 000 bis	1 500 000 frs.	$S = 0.30 \times R -$	$159\,500 \times D$
über	1 500 000 bis	3 000 000 frs.	$S = 0.40 \times R -$	$309\,500 \times D$
über	3 000 000 bis	6 000 000 frs.	$S = 0.50 \times R -$	$609\,500 \times D$
			$(S = 0.55 \times R -$	$759\,500 \text{ bei } D=1)$
	über 6 000 000 frs.		$S = 0.60 \times R -$	$1\,209\,500 \times D$
			$(S = 0.70 \times R -$	$1\,659\,000 \text{ bei } D=1)$

Hat z. B. ein verheirateter Steuerpflichtiger mit zwei zu versorgenden Kindern ein Jahreseinkommen von 1 200 000 frs., so wird dieses durch 3 dividiert (der Divisor besteht in diesem Fall aus drei Einheiten). Pro Einheit (part) werden 400 000 frs. versteuert. Auf das Gesamteinkommen zahlt der Steuerpflichtige $S = 0.15 \times R - 39\,500 \times D = 61\,500$ frs. allgemeine Einkommensteuer.

Ein Junggeselle ohne Kind jedoch zahlt auf das gleiche Einkommen $S = 0.30 \times R - 159\,500 = 200\,500$ frs. also mehr als das Dreifache.

Als Freibetrag galten 1951 140 000 frs. pro "part", 1952/53 180 000 frs. pro "part". Ab 1954 ist der Freibetrag auf 220 000 frs. festgesetzt worden.

Steuerbeträge unter 5 000 frs. werden nicht eingezogen. Liegt der Steuerbetrag S zwischen 5 000 und 10 000 frs. (bis 1954 4 000 und 8 000 frs.), so wird erhoben: $S - (10\,000 - S)$.

Da die Finanzverwaltung Steuerbeträge unter 5 000 frs. nicht erhebt, wird der Freibetrag faktisch erhöht. Bei einem Divisor von 1 sind dadurch statt 220 000 frs. 271 000 frs. befreit. Der Betrag erhöht sich um 110 000 frs. für jede weitere halbe Einheit.

Für die Proportionalsteuer und die allgemeine Einkommensteuer wird eine gemeinsame Erklärung abgegeben und von der Finanzverwaltung geprüft.

In Fällen, deren Kontrolle unmöglich ist oder nur wenig Erfolg verspricht, werden zur Prüfung Merkmale herangezogen (*procédé indiciaire*), die der Steuerpflichtige selbst anzugeben hat und welche leicht kontrolliert werden können, z. B. Mietwert der Wohnung, Anzahl der Bediensteten, Zahl und Stärke der Personenwagen usw. Diese äußeren Merkmale (*signes extérieurs de richesse*) zieht man jedoch erst dann hinzu, wenn das Jahreseinkommen 1,5 Millionen frs. übersteigt¹⁾.

Die Steuererklärung ist im allgemeinen bis zum 1. März abzugeben. Die Steuer auf das im Vorjahre erzielte Einkommen wird im laufenden Jahr in drei Raten entrichtet²⁾. Die beiden ersten Raten, die am 31. Januar und 30. April fällig sind, machen je ein Drittel der im Vorjahr gezahlten Steuer aus. Die dritte Rate ist gleich der Differenz zwischen den beiden bezahlten Raten und dem Betrag des Steuerbescheides. Sie muß bis zum Ende des Monats gezahlt sein, der der Ausgabe des Bescheides folgt (art. 1664 C.G.I.). Von der Vorauszahlung sind die Steuerpflichtigen ausgenommen, deren Steuerbetrag im Jahre vorher 20.000 frs. nicht überstieg.

c) Körperschaftsteuer

Die Körperschaftsteuer trifft die Gewinne der Kapitalgesellschaften, der öffentlichen Anstalten und Organisationen mit finanzieller Selbständigkeit und aller anderen juristischen Personen, soweit sie zum Zwecke der Gewinnerzielung tätig sind. Außerdem sind ihr solche bürgerlich-rechtlichen Gesellschaften unterworfen, die eine kommerzielle, industrielle oder handwerkliche Tätigkeit ausüben, und jene Personengesellschaften, die für die Steuer optiert haben³⁾.

1) Ordonnance Nr. 58-1374 v. 30.12.1958 über den Staatshaushalt von 1959, J.O. v. 31.12.1958, S. 12071; Vgl. auch Coulbois, P., a.a.O., S. 254.

2) *Mémento Lamy fiscal*, Paris 1954, S. 215 (525); ebenso: Michel, Jean, *Tarif fiscal*, 23^e éd., à jour au 1^{er} nov. 1958, Paris 1958, Sp. 27.

3) C.G.I., art. 239; Annexe IV, 22 und 23.

Bei einer Gesellschaft, die mehrere Einzelunternehmen besitzt, ist die Hauptniederlassung oder die Hauptverwaltung Schuldner der Körperschaftsteuer. Der Gewinn der Gesellschaft wird nach den Grundsätzen festgestellt, die für die Einzelunternehmen gelten¹⁾.

Der Satz der Körperschaftsteuer betrug für die Einkommen von:

1945 - 50	24 %	1955 - 56	38 %
1951 - 52	34 %	1957	46,5 %
1953 - 54	36 %	1958	50 %

Die Gewinne der Kapitalgesellschaften werden dreifach besteuert²⁾:

- a) mit 50 % Körperschaftsteuer,
- b) mit 22 % Kapitalertragsteuer (Proportionalsteuer),
die von der Gesellschaft bezahlt wird,
- c) beim Einkommenbezieher mit der allgemeinen Einkommensteuer³⁾.

d) Mehrwertsteuer

Die Mehrwertsteuer wurde im Verlauf der Umsatzsteuerreform von 1954/55 eingeführt⁴⁾. Sie trifft Produktion und Zwischenhandel. Steuergrundlage ist der Wertzuwachs eines Gutes, soweit er der Umsatzsteuer noch nirgends unterlegen hat, also Gehälter und Löhne einschließlich Sozialleistungen sowie der Gewinnanteil des Unternehmens. Die Steuer ist ergiebig und vor allem wettbewerbsneutral. Das Gut unterliegt der gleichen umsatzsteuerlichen Belastung, gleichgültig, ob es in einem Groß- oder Kleinbetrieb, in

1) Vgl. hierzu: Coulbois, P., a.a.O., S. 255.

2) Vgl. Laufenburger, Henry, *Economie du système fiscal français national et local*, Tome II du *Traité d'économie et de législation financières*, 5^e édition entièrement refondue, Paris 1954, S. 23. Dieses Werk wird im folgenden mit "Economie du Système fiscal" zitiert.

3) *Mémento Lamy fiscal*, a.a.O., S. 167 (414).

4) Gesetz Nr. 54-404 v. 10.4.1954, J.O. v. 11.4.1954, S. 3482 u. Dekret Nr. 55-465 v. 30.4.55, J.O. v. 3.5.1955, S. 4373.

einem arbeits- oder kapitalintensiven Betrieb oder in einem ein- oder mehrstufigen Unternehmen hergestellt wurde. Damit entfällt auch der Anreiz zur Unternehmenskonzentration¹⁾.

Der Kreis der Mehrwertsteuerpflichtigen wird durch die Artikel 263 und 264 C.G.I. festgelegt, die Steuer monatlich gezahlt. Der Steuerpflichtige errechnet den Steuerbetrag, indem er den Steuersatz auf den steuerbaren Monatsumsatz anwendet. Von diesem Betrag setzt er die in den Lieferantenrechnungen des Vormonats aufgeführte Mehrwert- und Dienstleistungsteuer ab²⁾.

Ebenso ist die auf den Investitionen des gleichen Monats lastende Mehrwertsteuer voll absetzbar³⁾. Streng genommen wäre es nur zulässig, die in den Abschreibungsbeträgen enthaltene Mehrwertsteuer abzuziehen, jedoch möchte man die Investitionen begünstigen. Damit beseitigte die Mehrwertsteuer den Hauptnachteil der Produktionsteuer, bei der nur die Steuerbeträge jener Güter abgesetzt werden konnten, die sichtbar in die Produktion eingingen; es wurden weder Energie, noch Kredit, noch Abschreibungen berücksichtigt.

Als die Mehrwertsteuer eingeführt wurde, betrug ihr Normalsatz 16,85 %. Er wurde 1955 auf 19,50 % erhöht und liegt seit Anfang 1959 bei 20 %. Da die Steuer vom Verkaufspreis plus Steuer berechnet wird, kommt der Nominalsatz von 20 % einem Realsatz von 25 % gleich (Steuer von der Steuer).

Neben dem Normalsatz bestehen reduzierte und erhöhte Sätze für bestimmte Güter und Personen. Eine Reihe von Sondervorschriften, Differenzierungen und Befreiungen macht diese Steuer für Steuerzahler und Finanzverwaltung unübersichtlich und kompliziert.

1) Schmolders, Günter, Art. "Die Umsatzsteuern", Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 2, 2. Aufl., Tübingen 1956, S. 574.

2) Michel, Jean, a.a.O., Sp. 32.

3) Ministère des Finances, des Affaires économiques et du Plan, Aperçu sur le système fiscal français, in: La documentation française, Notes et Etudes Documentaires Nr. 2075, Sept. 1955, S. 22, im folgenden zitiert: Aperçu sur le système fiscal français.

e) Dienstleistungsteuer

Die Dienstleistungsteuer trifft die Leistung und Vermittlung von Diensten. Wer der Dienstleistungsteuer unterliegt, zahlt weder Mehrwert- noch lokale Umsatzsteuer¹⁾, kann aber auch nicht die Abzugsmöglichkeiten, welche die Mehrwertsteuer bietet, in Anspruch nehmen.

Zensiten, die mehrere steuerpflichtige Tätigkeiten ausüben, können, wenn ihr Jahresumsatz 30 Millionen frs. nicht übersteigt, für die Zahlung der Dienstleistungsteuer allein optieren²⁾. Ausgenommen von der Option sind aber solche Steuerzahler, die eingekaufte Güter in unbearbeitetem Zustand weiterveräußern.

Die Steuer wird vom Verkaufspreis plus Steuer berechnet. Ihre Normalsätze nach dem Kriege sind folgende:

1945	3 %	1950	4,75 %
1946 - 48	3,5 %	1951 - 54	5,80 %
1949	4,5 %	ab 1955	8,5 %

Dem Nominalsatz von 8,5 % entspricht ein Realsatz von 9,28 %.

f) Sonstige Verbrauchsteuern

Bei den "sonstigen Verbrauchsteuern" handelt es sich hauptsächlich um eine spezielle Konsumbesteuerung einzelner Produkte, die vor allem bei alkoholischen Getränken angewandt wird.

g) Registerabgaben und Stempelsteuern

Neben den bisher betrachteten Steuern werden in Frankreich zahlreiche Abgaben erhoben, die teils gebühren-, teils steuerähnlichen Charakter haben. Dieses Abgabekonglomerat stellt eine Mischung aus Verkehrsteuern, Aufwandsteuern und Gebühren dar. Teils überwiegt das steuerliche, teils das Gebührenelement. Diese Vielfalt resultiert aus der Abneigung gegen solche Steuern, deren Erhebung ein Eindringen in persönliche Verhältnisse voraussetzt³⁾.

1) Art. 270, C.G.I.

2) Dekret Nr. 55-465 v. 30.4.1955, Art. 15, J.O. v. 3.5.1955, S.4373.

3) Gerloff, Wilhelm, Art. "Die Gebühren", Unterabschnitt: Das Gebührenwesen in Frankreich, Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 2, 2. Auflage, Tübingen 1956, S. 221.

Die wichtigsten dieser Abgaben sind:

- a) die Registerabgaben (droits d'enregistrement)
- b) die Stempelsteuern (droits de timbre)

Das "Enregistrement" ist eine Formalität, die darin besteht, den Inhalt eines Rechtsgeschäfts in ein öffentliches Register einzutragen und bei dieser Gelegenheit eine Abgabe, ein "droit fiscal", zu erheben. C o u l b o i s stellt dazu fest: "Die Verpflichtung zur Eintragung bestimmter Handlungen ist vom Staat für bestimmte juristische Akte einzig zu dem Zweck vorgeschrieben worden, Einnahmen zu erzielen"¹⁾.

Registerabgaben werden auf drei Arten von Handlungen erhoben:

- a) auf Akte, die aus Gründen der Form der Eintragung unterworfen sind (z. B. Notariatsakte),
- b) auf Akte, die wegen Ihres Zweckes einzutragen sind (z. B. Handelsgeschäfte, die den Verkauf bestimmter beweglicher Güter betreffen),
- c) auf Akte, die der Übertragung von Eigentum oder Nießbrauch, der Verpachtung, dem Besitzwechsel, der Erbteilung usw. dienen, gleichgültig, ob dafür die Schriftform gewählt wird oder nicht.

Die dritte Kategorie unterliegt den Steuern auf das Vermögen (impôts sur le capital). Bei diesen Vermögensverkehrsteuern²⁾ wird zwischen entgeltlichen und unentgeltlichen Übertragungen unterschieden (mutation à titre onéreux et mutation à titre gratuit).

Stempelsteuern werden auf bestimmte Schriftstücke und Urkunden erhoben. Dafür gelten gegenwärtig drei verschiedene Verfahren: Der D i m e n s i o n s s t e m p e l (timbre de dimension) wird nach dem Ausmaß des benutzten Papiere abgestuft, der P r o p o r t i o n a l s t e m p e l (timbre proportionnel) variiert nach dem Wert der Urkunde (Quittungsstempel), die f e s t e S t e m p e l a b g a b e (timbre fixe) gilt für gewisse Akte wie Transportverträge, Pässe, Personalausweise³⁾.

1) Coulbois, P., a.a.O., S. 256.

2) In Frankreich besteht weder eine Vermögensertrag- noch eine Vermögenssubstanzbesteuerung.

3) Coulbois, P., a.a.O., S. 257 (Sperrungen vom Verfasser).

3. Die Lokalsteuern

Neben dem Staat erheben die Departements und Gemeinden eigene Abgaben. Die wichtigsten sind die lokale Umsatzsteuer und die Zuschläge zu den drei noch bestehenden Steuern der "quatre vieilles": Grundsteuer, Gewerbesteuer, Wohnungsteuer. Daneben wird eine Fülle von unbedeutenderen Steuern und Gebühren erhoben.

a) Zuschläge zur Gewerbesteuer, Grundsteuer und Wohnungsteuer

Der Staat hat 1917 auf die Gewerbe- und Wohnung-, 1948 auf die Grundsteuer verzichtet¹⁾. Die Zuschläge der Departements und Gemeinden aber werden weiterhin nach den damals geltenden Regeln erhoben. Jede Gemeinde errechnet alljährlich eine sog. "fiktive Abgabe" an den Staat. Der Franc-Betrag dieser nicht erhobenen Staatssteuer wird durch hundert dividiert. Man erhält die Summe die ein "centime additionnel" der Gemeinde einbringt. Die Zahl der "centimes additionnels communaux", also die Höhe des Zuschlagsatzes, legen die Gemeinden nach ihrem Finanzbedarf fest. Ein solcher Zuschlagsatz wird für jede der drei Steuern errechnet.

Neben dem "centime additionnel communal" wird auf gleiche Weise ein "centime additionnel départemental" berechnet. Zuschlagsgrundlage ist hier die Summe der "fiktiven Abgaben" aller Gemeinden des Departements.

Die wichtigste der Zuschlagsteuern ist die **G e w e r b e - s t e u e r**, die "patente". Sie ist eine Quotensteuer und trifft grundsätzlich alle natürlichen und juristischen Personen, die einen industriellen, handwerklichen, kaufmännischen oder freien Beruf ausüben²⁾.

Als Realsteuer soll die "patente" die Unternehmen im Verhältnis ihrer Produktivität an den Lasten der lokalen Gemeinwesen beteiligen. Die Produktivität wird nach bestimmten äußeren Merkmalen festgestellt. "Indessen hat sich der Gesetzgeber ständig bemüht, diese

1) Dekret Nr. 48-1986 v. 9.12.1948, J.O., v. 1.1.1949, S. 60.

2) Art. 1447 C.G.I.

Merkmalbesteuerung mit den normalen Gewinnen der Unternehmung zu verbinden und eine gewisse Personalisierung der Steuer zu erreichen."¹⁾

Die Kosten, die die Unternehmen den Gemeinwesen verursachen, werden, soweit ihre Feststellung oder Schätzung möglich ist, mit in Betracht gezogen.

"Die Gewerbesteuer umfaßt eine feste Abgabe, die nach dem ausgeübten Beruf, der Einwohnerschaft der Gemeinde, sowie eine Proportionalabgabe, die nach dem Mietwert der dem Berufszweck dienenden Räume, dem Umfang der Betriebsausstattung und der benutzten Energie festgesetzt wird."²⁾

Proportionale und feste Abgaben werden von der Finanzverwaltung nach dem "tarif des patentes" bestimmt (Art. 1449, C.G.I.). Die Summe aus fixer und proportionaler Abgabe, die "fiktive Abgabe", wird mit dem von der Gemeinde festgesetzten Zuschlagsatz multipliziert. Zur Veranschaulichung möge folgendes Beispiel dienen:

Der Mietwert der Geschäftsräume eines Kaufmanns in Paris betrage 90 000 frs. pro Jahr, die feste Abgabe 80 frs., der Proportionalatz $\frac{1}{30}$ und der Zuschlagsatz 4 500 Centimes je Franc³⁾.

Dann ergibt sich:

proportionale Abgabe:	$90\,000 \times \frac{1}{30}$	=	3 000 frs.
feste und proportionale Abgabe:	$3\,000 + 80$	=	3 080 frs.
Steuerschuld	$3\,080 \times 4\,500$	=	138 600 frs.

Der Zuschlagsatz des Departements gilt für die Summe der festen und proportionalen Abgaben aller Gemeinden.

1) Touboul, Gilbert, Le régime fiscal des artisans, Thèse, Paris 1956, S. 120.

2) Coulbois, P., a.a.O., S. 266.

3) 1952/53 betrug in Paris der Zuschlagsatz 4 600 Centimes je Franc.

Die Zuschläge zur Grundsteuer und zur Wohnungsteuer werden in ähnlicher Weise berechnet. Grundlage der Zuschläge zur Grundsteuer ist der Mietwert der Grundstücke, den man nach bestimmten Regeln feststellt¹⁾. Zuschlagsgrundlage der Wohnungsteuer ist die erzielbare Durchschnittsmiete, die ebenfalls von der Finanzverwaltung festgesetzt wird²⁾.

Die Ordonnance Nr. 59-108 vom 7. Januar 1959³⁾ sieht die Beseitigung von ungefähr zwanzig Lokalsteuern vor. Darunter fallen auch "patentes", Grund- und Wohnungsteuer. An ihre Stelle treten vier neue Steuern:

- a) Steuer auf bebaute Grundstücke (taxe sur les propriétés bâties)
- b) Steuer auf unbebaute Grundstücke (taxe sur les propriétés non bâties)
- c) Wohnraumsteuer (taxe d'habitation)
- d) Gewerbesteuer (taxe professionnelle)

Abgesehen davon, daß sechzehn kleinere Lokalsteuern abgeschafft wurden, hat sich nur die Bezeichnung der vier bedeutenden geändert. Aus "contributions" sind "taxes" geworden. Die "contribution des patentes" wurde zur "taxe professionnelle", was der deutschen Bezeichnung Gewerbesteuer wörtlich entspricht. In der Veranlagung hat sich praktisch nichts geändert, da der Steuersatz auf das Bruttoeinkommen, das weiterhin nach äußeren Merkmalen festgesetzt wird, anzuwenden ist. Chrétiens⁴⁾ stellt dann auch lakonisch fest: "La taxe professionnelle n'est pas autre chose que la contribution des patentes".

Der Gemeinderat setzt für die Gemeinden, der Generalrat für die Departements einen Steuersatz fest, der für alle vier Steuern gleich sein soll. Jedoch können die Räte für eine, zwei oder drei der Steuern erhöhte Sätze festlegen. Diese dürfen aber nicht mehr als 20 % über dem Normalsatz liegen.

1) Art. 1386 und 1399, C.G.I.

2) Art. 1436 C.G.I.

3) Ordonnance Nr. 59-108 v. 7.1.1959, J.O. v. 9.1.1959, S. 622.

4) Chrétiens, Maxime, Chronique annuelle de jurisprudence fiscale, in: R.S.L.F., 1959, S. 308.

b) Lokale Umsatzsteuer

Die lokale Umsatzsteuer ist eine Gemeindesteuer, erhöht durch einen Zuschlag des Departements. Sie wirkt kumulativ und wird auf der letzten Umsatzstufe auf alle Verkäufe erhoben, die nicht der Mehrwert- oder Dienstleistungsteuer unterliegen. Voraussetzung ist eine handwerkliche, industrielle oder kommerzielle Tätigkeit¹⁾.

Steuerpflichtig sind hier vor allem Handwerker und Einzelhändler, die im allgemeinen von der Mehrwertsteuer befreit sind. Hauptnahrungsmittel wie Brot, Milch, Fleisch, Fisch usw. werden von der lokalen Umsatzsteuer ausgenommen.

Der Satz der lokalen Umsatzsteuer (vor der Reform von 1954/55 lokale Zusatzsteuer zur Umsatzsteuer) betrug von 1945 bis 1949 je nach Gemeinde 0,1 bis 1,5 %²⁾. 1949 wurde der Höchstsatz auf 1,75 % erhöht. Seit der Reform liegt der Steuersatz zwischen 2,20 und 2,75 % einschließlich eines Zuschlags des Departements von 10 %. Dieser wurde erhöht, weil 1955 die Transaktionssteuer von 1,80 % der lokalen Umsatzsteuer eingegliedert wurde.

Durch eine Vielzahl von Befreiungen³⁾, Sondervorschriften und Verwaltungsentscheidungen ist auch diese Steuer sehr unübersichtlich geworden.

Neben den hier erläuterten Lokalsteuern wird von den Departements und Gemeinden noch eine ganze Reihe anderer unbedeutender Steuern erhoben, die hier nicht erörtert werden; z.B. Wege-, Hunde-, Pferde-, Esel-, Maultier-, Autosteuer, Steuer auf gesellschaftliche Vereinigungen (cercles, sociétés) und Versammlungsräume, Steuer auf Klaviere, Vergnügung-, Schank-, Mineralwassersteuer, Steuer auf die Privattheater von Paris usw.

1) Art. 256 C.G.I.

2) Innerhalb dieser Grenzen können die Gemeinden unter departementaler Aufsicht den Steuersatz selbst festlegen.

3) Art 290 C.G.I.

4. "Taxes parafiscales"

Die "taxes parafiscales" sind zweckbestimmte Steuern. Sie werden ohne unmittelbare Gegenleistung zur Deckung bestimmter Ausgaben erhoben.

Das Gesetz vom 25.7.1953¹⁾, dessen erste fünfzehn Artikel die Rahmengesetzgebung der "taxes parafiscales" darstellen, gibt keine Definition. Jedoch heißt es in einem Parlamentsbericht vom 11.5.1954²⁾: "Es ergibt sich aus den vorbereitenden Arbeiten zu dem genannten Gesetz vom 25.7.1953, daß der Gesetzgeber, der sich selbst der außerordentlichen Schwierigkeiten einer genauen juristischen Definition bewußt ist, unter Vorbehalt der Anwendung des Artikels 2 des besagten Gesetzes als "taxes parafiscales" betrachtet hat: die obligatorischen, zweckbestimmten Abgaben, die auf autoritativem Wege im allgemeinen mit wirtschaftlichem, beruflichem oder sozialem Zweck geschaffen werden und die, was die Bedingungen der Schaffung der Einnahmequelle, die Bestimmung der Veranlagung und des Tarifs, die Art der Erhebung und die Kontrolle ihrer Verwendung betrifft, ganz oder teilweise nicht den Regeln der Budget- und Finanzgesetzgebung unterliegen".

Artikel 2 des Gesetzes vom 25.7.1953 schließt die Organisationen der "Sécurité Sociale", die Verbände, die Beiträge auf Grund vertraglicher Bestimmungen, eines gesetzlich festgelegten Status oder eines kollektiven Arbeitsabkommens erhalten, sowie die Landwirtschafts-, Handels- und Handwerkskammern aus. "Taxes parafiscales" können nur durch Gesetz geschaffen werden (Art. 3). Es dürfen nur solche "taxes parafiscales" erhoben werden, die in einer Liste im Anhang zum Haushaltsgesetz aufgeführt sind (Art. 5). Sie werden unter denselben Bedingungen erhoben wie andere Steuern (Art. 7), erscheinen jedoch nicht im Budget.

1) Gesetz Nr. 53-633 v. 25.7.1953, J.O. v. 26.7.1953, S. 6591.

2) Ministère des Finances, des Affaires économiques et du Plan, Les taxes parafiscales en 1956, Statistiques et Etudes financières, revue mensuelle, Nr. 19, Juli 1956, S. 699; im folgenden zitiert: Etudes et Statistiques financières, Nr. 91, Juli 1956.

Die "taxes parafiscales" nehmen eine Sonderstellung im französischen Abgabewesen ein. Sie sind in ihrer Mehrzahl erst nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden. Daher definiert P a s q u a l a g g i¹⁾ die "parafiscalité" als "eine Technik, die in einem wirtschaftlich und sozial interventionistischen System darauf abzielt, zweckbestimmte Einnahmen zu ermöglichen und zu verwirklichen".

Die "taxes parafiscales" lassen sich in fünf Gruppen einteilen²⁾:

- a) Abgaben zur Förderung bestimmter Produktionen,
- b) Abgaben zur Förderung von Forschungs- und Studienorganisationen,
- c) Abgaben zur Förderung des Lehrlingswesens,
- d) Abgaben zugunsten des Budgets landwirtschaftlicher Familienhilfe,
- e) Abgaben zugunsten verschiedener sonstiger Organisationen.

Das Aufkommen der "taxes parafiscales" betrug 1952 29,5 Milliarden frs.; 1956 brachten 128 verschiedene "taxes parafiscales" 63 Milliarden frs. ein³⁾.

5. Beurteilung des französischen Steuerwesens

Die Kolonial- und Sozialpolitik des französischen Staates nach dem Zweiten Weltkrieg fordern laufend höhere Steuereinnahmen. Da die Nationalversammlung weniger den Willen des gesamten Volkes als die Interessen einzelner Bevölkerungsgruppen repräsentiert, bemüht sich jede Interessentengruppe, die zusätzliche Steuerlast anderen

1) Pasqualaggi, Giles, Art. "Parafiscalité", Dictionnaire des sciences économiques, Tome II, Paris 1958, S. 855.

2) Statistiques et Etudes financières, Nr. 91, Juli 1956, S. 698.

3) Statistiques et Etudes financières, Nr. 91, Juli 1956, S. 700 - 719; die Zahlen wurden vom Verfasser durch Addition der Einzelbeträge errechnet.

Nähere Angaben über die "parafiscalité" finden sich im Rapport de M. François B e n a r d, J.O., Documents parlementaires, Assemblée nationale, Annexe Nr. 9985, session de 1955.

aufzubürden. Wird der Tarif einer direkten Steuer schließlich erhöht oder eine neue direkte Steuer geschaffen, so sucht jede Gruppe, für sich möglichst viele Ausnahmen und Erleichterungen zu erhalten. Meist zieht man es jedoch vor, eine oder mehrere neue indirekte Steuern einzuführen, die keiner als unmittelbare Last empfindet, oder die Tarife bestehender indirekter Steuern zu erhöhen. Das aus dieser Gesetzgebungspraxis resultierende "système fiscal" hat mit Einfachheit nichts mehr zu tun; es muß unweigerlich immer verworrener werden.

Laufenburger¹⁾ schreibt dazu: "Die Inflation der Zahl der Steuern ist begleitet von einer Komplikation, die man in keinem Steuersystem des Auslandes antrifft. Das rührt daher, daß in Frankreich das Parlament die Gewalt der Exekutive schwächt und die großen Linien unserer Hauptsteuern nach dem Willen wirtschaftlicher und sozialer Sonderinteressen ändert, ohne sich um die Ungleichheit in der Struktur des Fiskalsystems zu kümmern. Die Ausnahmen von den großen Richtlinien sind so zahlreich, daß es schwer ist, noch die Regeln zu erkennen".

Für den Handel gab es 1939 eine einzige indirekte Steuer. Vor der Reform 1954/55, die eine Vereinfachung zum Ziele hatte, bestanden sechs und nachher dreizehn verschiedene indirekte Steuern²⁾.

Als man die Mehrwertsteuer am 10.4.1954 einführte, hatte sie drei verschiedene Sätze. Bis Ende 1958 wurden daraus 44, die dann die Regierung de Gaulle auf vier reduzierte³⁾.

1) Laufenburger, Henry, *Economie du système fiscal*, a.a.O., S. 293.

2) Rives, Marcel, a.a.O., Tome II, S. 264.

3) Ministère des Finances, des Affaires économiques et du Plan, Rapport du Comité des experts présidé par M. Jacques Rueff, in: *Archives Internationales des Finances Publiques*, Fascicules Nr. 473, Doc. 1392, S. 36, im folgenden zitiert: Rapport du Comité Rueff.

Die Unübersichtlichkeit der Veranlagung, die verschiedenen Arten der Erhebung, die unterschiedlichen Steuersätze, Befreiungen, Ermäßigungen und die häufige Änderung dieser Bestimmungen machen das "système fiscal" zu einem steuertechnischen Irrgarten. Dazu kommt die Verschiedenheit der zu erfüllenden Formalitäten, die Vielzahl der Zahlungstermine und die Streitigkeiten mit der Finanzverwaltung wegen der Widersprüche, die zwischen den Gesetzen und ihren Anwendungsvorschriften bestehen¹⁾. Der Steuermechanismus wird für Besteuerte und Finanzverwaltung immer undurchsichtiger²⁾.

Mag das französische "Steuersystem" auch kompliziert und ungerecht sein, so entspricht es doch der Mentalität der Bevölkerung. Alle stellen hohe Ansprüche an den Staat, doch niemand möchte zahlen. T u r g o t ³⁾ sagte schon 1776 von den französischen Steuern: "L'impôt, qui devrait être en proportion de la richesse, est chez nous un impôt, dont au contraire on s'exonère à force de richesse".

In Frankreich mußte bisher jede tiefgreifende Steuerreform scheitern, weil die Interessengruppen, die Frankreichs Innen- und Finanzpolitik mit Hilfe des Parlaments bestimmen, zu egoistisch eingestellt sind.

Die Form der Besteuerung des Einkommens ist seit dem Ersten Weltkrieg unverändert geblieben. Die Reform vom Dezember 1948 brachte nur eine Änderung der Bezeichnungen. Neu war lediglich die Unterscheidung zwischen Einkommensteuer natürlicher und juristischer Personen.

Die 1920 eingeführte Umsatzsteuer sicherte hohe Einnahmen, ohne von den einzelnen Interessengruppen als unmittelbar belastend empfunden zu werden. Daher dehnte man die Umsatzbesteuerung in

1) Laufenburger, Henry, Economie du système fiscal, a.a.O., S. 294.

2) Aperçu sur le système fiscal français, a.a.O., S. 18.

3) Zitiert nach Maurois, André, Histoire de la France, Tome I, Paris 1958, S. 333. (M a u r o i s gibt in seinem Werk keinerlei Quellen an.)

der Folgezeit kräftig aus, jedoch immer unter Wahrung der traditionellen Besteuerungsgrundsätze. So kommt Guinot¹⁾ zu folgendem Urteil über die Mehrwertsteuer, die einen Fortschritt und eine echte Reform darstellen sollte: "Trotz der Vorteile, die die Mehrwertsteuer gebracht hat, scheint sie weder auf dem Gebiet der Vereinfachung, noch des Betrugs, noch der Beseitigung anti-ökonomischer fiskalischer Maßnahmen ihr Ziel erreicht zu haben. Außerdem beklagen sich die Steuerpflichtigen über die Komplexität der Sätze und ihre Rolle als Steuereinnahmer. Die Mehrwertsteuer ist immer komplizierter geworden, weil man geglaubt hat, sie im Hinblick auf eine große Zahl von Sonderinteressen modifizieren zu müssen. Wegen ihres hohen Ertrages wäre es ratsam, sie wieder in die ursprüngliche Form zu bringen".

Alle Steuerreformen haben letzten Endes im wesentlichen nur eine Änderung der Bezeichnung mit sich gebracht. Das Steuerwesen wurde weder vereinfacht, noch die Verteilung der Steuerlast geändert. Brachte eine Reform wirklich einmal geringfügige Abweichungen, so stellte man, wie die Steuerreformen vom Dezember 1948 und April 1954 zeigen, durch nachträglich Gesetze, Verordnungen und Anwendungsvorschriften den alten Zustand in Kürze wieder her²⁾. Dadurch muß die Besteuerung unübersichtlich werden. Das hat jedoch wiederum den Vorteil, daß man unbekümmert um die Verteilung der Steuerlast streiten kann, ohne je eine Behauptung beweisen zu müssen.

Jeanneney³⁾ meint dazu: "Mais trop souvent dans le passé, lorsqu' il s'est agi de réformer la fiscalité, on a argué de difficultés imaginaires, afin de perpétuer des privilèges ou des fraudes".

1) Guinot, J.P., Art.: "La taxe sur le valeur ajoutée, Dictionnaire des sciences économiques, Tome II, Paris 1958, S. 1144. Ähnlich: Monteil, J., Les privilèges fiscaux et la taxe sur la valeur ajoutée, in: R.S.L.F., 1958, S. 298.

2) Vgl. Dazu: I.N.S.E.E., Mouvement économique en France de 1944 à 1957, a.a.O., S. 206.

3) Jeanneney, J.M., Forces et faiblesses de l'économie française de 1945 - 1956, Paris 1956, S. 230, im folgenden zitiert: Forces et faiblesses.

Es zeigt sich, daß das veraltete, komplizierte und ungerechte französische "Steuersystem" sich folgerichtig aus dem Bestreben der in der Innenpolitik seit über 100 Jahren bestimmenden Kräfte zur Erhaltung des wirtschaftlichen und sozialen Status quo ergibt. Die Besteuerung ist der wichtigste Faktor in diesen Bemühungen. Echte Reformen sind nicht zu erwarten, solange sich das innenpolitische Kräfteverhältnis nicht ändert.

Die Steuern, die in den Preisen weitergegeben werden, erbringen durchschnittlich drei Viertel der Steuereinnahmen (vgl. Tabelle 6, S.52). Dazu schreibt J e a n n e n e y¹⁾: "Le système fiscal français est malheureusement un mauvais instrument de lutte contre l'inflation, car 71 % des ressources fiscales sont fournies par des impôts, dont le montant s'incorpore le plus souvent aux prix de vente. Les impôts directs sur les revenus ou sur le capital ne fournissent que 29 % du produit total des impôts. Le faible rendement tient aux modalités d'assiette: application d'évaluations forfaitaires, exemptions accordées aux gains spéculatifs et à certains revenus du capital et méthodes de contrôle laissant des fraudes impunies".

"Neben sechs oder sieben Steuern (von denen es noch zahlreiche Ausnahmen gibt), die mehr als zwei Drittel der Fiskaleinnahmen bringen, findet man 60 Steuern, die 1954 jede weniger als 3 Milliarden frs. brachten (zusammen 70 Milliarden frs. = 2 % des Ganzen)."²⁾ Manche Steuern werden anscheinend nur geschaffen, damit gewisse Gruppen von Staatsbürgern den Schein der Besteuerung für sich in Anspruch nehmen können. Die Landwirtschaft, die 40 % der Bevölkerung ausmacht, zahlt 2 % der Steuern³⁾. Die Vermögensteuern brachten 1952 2,35 % der gesamten Steuereinnahmen⁴⁾.

-
- 1) Jeanneney, J.M., Forces et faiblesses de l'économie française de 1945 - 1956, Paris 1956, S. 230, im folgenden zitiert: Forces et faiblesses.
 - 2) Maillet, Pierre, La structure économique de la France, Paris 1958 S. 44.
 - 3) Lüthy, Herbert, Aufstand in der Wüste, Pierre Poujade und seine Bewegung, Brief aus Paris; in: Der Monat, Eine internationale Zeitschrift, Mai 1955, H. 80, S. 123.
 - 4) Aperçu sur le système fiscal français, a.a.O., S. 6.

Tabelle 8

Steuereinnahmen

Zeitraum: 1949 - 1957;

in Milliarden frs.

Jahr	Steuereinnahmen				
	Staat	v. H.	andere ¹⁾	v. H.	insgesamt
1949	1374	83,5	272	16,5	1646
1950	1734	84,2	325	15,8	2059
1951	2171	84,4	400	15,6	2571
1952	2536	82,8	528	17,2	3064
1953	2771	83,0	566	17,0	3337
1954	2870	82,8	596	17,2	3466
1955	3037	83,4	605	16,6	3642
1956	3418	83,6	669	16,4	4087
1957	3947	84,3	736	15,7	4683

1) Departements, Gemeinden und alle anderen öffentlichen Organisationen und Einrichtungen außer der Sécurité Sociale.

Quelle: 1949 - 1953: Rapports sur les comptes de la nation, Rapports et Comptes 1949 - 1955, Paris 1955, S. 19 und 86 - 90.

1953 - 1957: Rapports sur les comptes de la nation de l'année 1957, Paris 1958, S. 48

Die Rapports werden vom Ministère des Finances, des Affaires Economiques et du Plan herausgegeben.

Die Aufteilung der Steuermasse zwischen Staat und lokalen Gemeinwesen (Tabelle 8, S. 73) ist eine Folge der staatlichen Zentralisation und der "Unterdrückung aller lokalen und regionalen Selbstverwaltung, Selbstbestimmung und Selbsthilfe"¹⁾.

Je mehr Befugnis der Staat jenen Instanzen abnimmt, desto weniger Mittel benötigen sie, um die verbleibenden Aufgaben zu erfüllen. 1913 machten die Lokalsteuern noch 31,2 % der gesamten Steuereinnahmen aus, 1945 - 50 nur noch 14,2 %²⁾. Heute liegt ihr Anteil bei 13 %, der der Staatsteuern bei 84 %. Der Rest entfällt auf die "taxes parafiscales".

1) Lüthy, Herbert, Frankreichs Uhren gehen anders, a.a.O., S. 40.

2) Flamant, Maurice, Remarques sur l'évolution de la composition du prélèvement fiscal en France depuis cinquante ans, in: R.S.L.F., 1954, S. 650.

C. Die Steuerlast des gewerblichen Mittelstandes in Frankreich

1. Die Steuerüberwälzung

"Probleme des Steuerdrucks und der Verteilung der Steuerlasten hängen unlösbar mit der Inzidenz zusammen"¹⁾. Es gilt festzustellen, ob der gewerbliche Mittelstand die Steuern, die er zahlt, auch trägt. Exakte Aussagen sind unmöglich. Selbst eine genaue Analyse der französischen Finanz-, Währungs- und Wirtschaftspolitik, der Marktformen und der Konjunkturlage könnte nur zu beschränkt gültigen Ergebnissen führen. Der gewerbliche Mittelstand ist keine einheitliche Wirtschaftsgruppe. Handwerk, Einzelhandel, Großhandel und Industrie tragen ohne Zweifel unterschiedliche Anteile der von ihnen gezahlten Steuern. Selbst für gleichartige Betriebe und gleiche Waren kann die zu tragende, nominell gleiche Steuerlast im gleichen Zeitpunkt, zumal aber zu verschiedenen Zeitpunkten, unterschiedlich sein.

Wollte man mit Hilfe der Inzidenztheorie und quantifizierender Methoden versuchen, die steuerliche Belastung des gewerblichen Mittelstandes festzustellen, so müßte man von der Steuerlast der einzelnen Unternehmer ausgehen. Zum französischen Mittelstand zählen rund 2,2 Millionen Selbständige. Es ist offensichtlich unmöglich, exakt zu sagen, welchen Anteil der gezahlten Steuern der gewerbliche Mittelstand wirklich trägt.

Der Gesetzgeber hat für die Arbeitnehmer Mindestlöhne festgelegt. Dies machte bei anhaltender Vollbeschäftigung und fortlaufenden Lohnerhöhungen die Rückwälzung auch nur eines Teils der Steuerlast auf die Lohnempfänger unmöglich. Ein Unternehmer, der versucht hätte, die Löhne zu senken, mußte damit rechnen, seine Arbeitskräfte zu verlieren. Er hätte Gegenmaßnahmen der Gewerkschaften erwarten müssen. Jeder Arbeitgeber möchte bei Vollbeschäftigung eine solche Gefahr vermeiden.

1) Recktenwald, Horst, C., Steuerinzidenzlehre, Grundlagen und Probleme, Volkswirtschaftliche Schriften, H. 35, Berlin 1958, S. 8.

Ebensowenig war es den Unternehmern möglich, die Einkaufspreise von Rohstoffen, Produktionsmitteln und Fertigwaren herabzusetzen. Der Staat führt seit 1939 ununterbrochen Krieg. In der Vierten Republik entwickelte sich Frankreich mehr und mehr zum Sozialstaat. Laufende Fehlbeträge im Staatshaushalt, die zum größten Teil durch Notenbankkredite gedeckt werden mußten, hatten bei vollbeschäftigter Wirtschaft erhebliche Geldwertminderungen zur Folge¹⁾. Die Einkommensbezieher bemühten sich, ihre Verdienste möglichst schnell in Waren umzusetzen, um einen Entwertungsverlust zu vermeiden. Die private Nachfrage nach Gütern war bei geringer Ersparnisbildung außerordentlich groß, während der zur Deckung dieser Nachfrage zur Verfügung stehende Teil des Sozialprodukts begrenzt blieb. Laufende Preissteigerungen waren die Folge. Der Preisindex für die Lebenshaltung stieg von 100 im Jahr 1950 auf 157 im Jahr 1958 (1957 = 138). Dabei ist zu beachten, daß die Regierung den Index verschiedentlich manipulierte. Da der Index mit den Löhnen gekoppelt ist, wollte sie ein zu schnelles Ansteigen verhindern.

Aus dieser Entwicklung ergibt sich, daß die Anbieter von Sachgütern und Dienstleistungen untereinander nicht ernsthaft in Angebotswettbewerb standen. Den Nachfragern war es bei dieser Marktsituation nicht möglich, Preisnachlässe zu erreichen.

Der gewerbliche Mittelstand konnte seine Steuern weder auf die Arbeitnehmer noch auf die Lieferanten von Rohstoffen, Maschinen und Waren zurückwälzen.

Für die Verschiebung der Steuerlast kommt also nur die Vorwälzung im Verkaufspreis in Frage.

Die gleichen Gründe, die dem gewerblichen Mittelstand ein Rückwälzen seiner Steuerlast unmöglich machten, forderten ihn zum Vorwälzen geradezu heraus. Zudem bestehen besonders im Einzelhandel und im Handwerk vielfach monopolistische Marktformen. Sie sind bedingt durch geographische Gegebenheiten und die Mentalität der Konsumenten. Der Durchschnittsfranzose wünscht alles in der Straße einzu-

1) Vgl. Rapport du Comité Rueff, a.a.O., S. 3 ff.

kaufen, in der er wohnt. Geringe Preisunterschiede fallen nicht ins Gewicht. Zudem werden die Preise meist allgemein und gleichzeitig erhöht. Konkurrenzüberlegungen spielen dabei kaum eine Rolle.

Die schleichende (und mitunter auch deutlicher zutage getretene) Inflation und die zuletzt angeführten Beobachtungen lassen mit Sicherheit auf eine Steuervorwälzung durch den gewerblichen Mittelstand schließen. Strittig ist das Ausmaß der Überwälzung.

Man kann annehmen, daß der gewerbliche Mittelstand alle Verbrauchssteuern einschließlich der Umsatzsteuern auf seine Kunden überwälzte, zumal es zum Wesen dieser Steuern gehört, überwälzt zu werden. Es kann kein Grund aufgeführt werden, der den gewerblichen Mittelstand hätte bewegen können, in einer dafür besonders günstigen Zeit auf eine Vor- oder Weiterwälzung dieser Steuern zu verzichten.

Hinsichtlich der Überwälzung der direkten Steuern, vor allem der Einkommensteuern, ist eine Aussage schwieriger. Die Preissteigerungen, deren Ursachen im wesentlichen in der Defizitpolitik des Staates zu suchen sind, waren so erheblich, daß eine Überwälzung der direkten Steuern wahrscheinlich ist. Wenn der Preisindex für die Lebenshaltung in acht Jahren um 60 % steigt, ist dieser Schluß begründet. Fraglich bleibt, ob die direkten Steuern ganz oder teilweise vorgewälzt wurden. Die proportionale Einkommensteuer wurde in den Jahren 1951/52 und 1957, als die Inflation Höhepunkte erreichte, sicherlich voll überwälzt. Die progressive allgemeine Einkommensteuer dürfte zumindest in ihren höheren Stufen zu keiner Zeit ganz vorgewälzt worden sein. Eine Überwälzung der gesamten Steuer hätte so erhebliche Preissteigerungen vorausgesetzt, daß der Staat hätte eingreifen müssen.

Ist die Überwälzung der progressiven Einkommensteuer im allgemeinen nicht möglich gewesen, so mag das doch einzelnen Unternehmen unter besonderen Bedingungen gelungen sein; andere konnten u.U. nicht einmal die übrigen Steuern überwälzen.

Man kann auch nicht behaupten, der durchschnittliche mittelständische Gewerbetreibende strebe immer rational nach dem maximalen Gewinn. Viele werden sich der Gewinnsteigerungsmöglichkeiten, die sich im Zeitablauf in unterschiedlicher Weise bieten, nicht bewußt.

Sie kalkulieren den Gewinn nach einem vom Vater ererbten Schema. Andererseits glauben manche, weil das Leben absolut teurer geworden sei, ihre Gewinnspanne erhöhen zu müssen.

Eine Last hat der gewerbliche Mittelstand in ihrer ganzen Schwere zu tragen, nämlich unbezahlter Helfer des Fiskus zu sein, sich mit den komplizierten, verwirrenden steuergesetzlichen Bestimmungen ständig auseinanderzusetzen und von Zeit zu Zeit Steuerkontrollen hinnehmen zu müssen. Durch diese gesetzlich auferlegten Pflichten wird der gewerbliche Mittelstand, der sich durchweg keine Buchführungs- und Steuerhelfer leisten kann, besonders hart betroffen.

2. Die Steuerhinterziehung

Nach S c h m ö l d e r s ¹⁾ liegt innerhalb des "realen ökonomischen Potentials einer Volkswirtschaft" als "Steueroptimum"²⁾ "eine engere, psychologisch bestimmte Grenze, die bei allen Völkern verschieden, vom Staatsgefühl und Opfersinn, also von der 'Steuermentalität'²⁾ der Bevölkerung abhängig ist". Als Steuermoral oder Steuerdisziplin bezeichnet er "die allgemeine Einstellung der Bürger zu ihren steuerlichen Pflichten, eine Einstellung (Attitüde), die von Volk zu Volk, aber auch von Zeitalter zu Zeitalter und von Ort zu Ort starke Unterschiede erkennen läßt. Steuermoral ist insoweit ein Bestandteil der allgemeinen Geisteshaltung oder Mentalität der Bevölkerung, insbesondere ihres staatsbürgerlichen Empfindens und ihres Gemeinschaftssinnes"³⁾.

Die Steuermoral wird gewöhnlich leichter genommen als die allgemeine Moral. Als Gründe führt S c h m ö l d e r s ⁴⁾ den Zwangscharakter der Steuergesetze, die Anonymität des Staates und das Fehlen

1) Schmölders, Günter, Allgemeine Steuerlehre, Wien - Stuttgart 1951, S. 84.

2) Hervorhebung durch Schmölders.

3) Schmölders, Günter, Allgemeine Steuerlehre, a.a.O., S. 84.

4) ders., Art. "Steuermoral", Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 10. Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1957, S. 121.

reziproker Folgen an. Unter letzteren versteht S c h m ö l d e r s , daß der Staat nicht nach dem Grundsatz handelt: Wenn ihr mich hintergeht, betrüge ich euch auch. Da in der Regel die Steuern nicht zweckgebunden sind, fehlt der Zusammenhang zwischen bestimmten Steuern und bestimmten Ausgaben.

"Ihre ökonomische Auswirkung findet die Steuermoral letzten Endes in der Höhe der Staatseinnahmen und den Kosten der Steuererhebung: je niedriger die Steuermoral ist, desto stärker machen sich Ausweichenden legaler oder auch illegaler Art geltend, desto geringer sind auch bei gegebenen Steuergesetzen die Steuereinnahmen"¹⁾.

Die S t e u e r h i n t e r z i e h u n g ist als "fraude fiscale" in Frankreich ein dauerndes Übel und als solches weit über die Grenzen des Landes bekannt. L a u f e n b u r g e r ²⁾ begründet dieses "malaise fiscal" mit Steuerüberlastung sowie der Kompliziertheit und Ungerechtigkeit des Steuersystems. Die Besteuerung ist für Steuerpflichtige und Finanzverwaltung gleichermaßen unübersichtlich geworden. Schon daraus ergeben sich Anreiz und Möglichkeit zur Steuerhinterziehung. Hinzu kommt, daß die Kon-

1) Schmölders, Günter, Allgemeine Steuerlehre, Wien-Stuttgart 1951, S. 90.

Vgl. auch: ders., Finanzpsychologie, Abschnitt V, Die Steuerüberwälzung als psychologisches Problem, Finanzarchiv, Bd. 13, 1952, S. 26. ff.

Zu den Fragen der Steuerhinterziehung vgl. ebenfalls: ders., Das Irrationale in der öffentlichen Finanzwirtschaft, Probleme der Finanzpsychologie, Hamburg 1960.

2) Laufenburger, Henry, Théorie économique et psychologique des finances publiques, Tome I du Traité d'économie et de législation financières, Paris 1956, S. 267; im Kapitel "Discipline et indiscipline fiscales", S. 250-294, behandelt L a u f e n b u r g e r die französische Steuermentalität. Im folgenden wird dieses Werk L a u f e n b u r g e r s mit "Theorie économique et psychologique" zitiert.

trolle aus Tradition und aus Mangel an Fachleuten unzureichend ist¹⁾
 Es kann nur als Eingeständnis dieser Schwäche angesehen werden,
 wenn man "Äußere Merkmale des Reichtums" zur Kontrolle heranzieht.
 Der Gesetzgeber will der Steuerhinterziehung, wenn er sie schon
 nicht vermeiden kann, eine gewisse Grenze setzen.

Nach L a u f e n b u r g e r ²⁾ hat die "Politisierung der Steuer"
 die beiden Äußerungen der Steuergerechtigkeit: Allgemeinheit der
 Steuerpflicht und Gleichheit vor dem Steuergesetz vollständig zer-
 stört. "L'impôt est devenu le cauchemar des contribuables"³⁾. Die
 Entwicklung bestimmter Privilegien, "le favoritisme fiscal", sowie
 außerordentlich hohe Steuersätze verstärken die Neigung zum Betrug.
 Die Sätze sind so hoch, weil die Bürger zuviel betrügen, der Betrug
 ist so groß, weil die Sätze so hoch liegen - eine ausweglose Situa-
 tion.

Eine weitere Ursache der Steuerhinterziehung kann man im Verhältnis
 vieler Franzosen zum Staat sehen. Ein großer Teil, und darunter vor
 allem das Kleinbürgertum, zu dem der gewerbliche Mittelstand gehört,
 steht dem Staate mißtrauisch, wenn nicht gar feindlich gegenüber.
 Da der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Versorgungsstaat ihre
 Forderungen schon nicht im gewünschten Ausmaß erfüllt, soll er ih-
 nen wenigstens nicht nehmen, was sie einmal besitzen.

L a u r é ⁴⁾ gibt folgende Übersicht über die einzelnen Steuern
 und den Grad ihrer Hinterziehung

1) Steuern, die wenig hinterzogen werden:

- a) Grundsteuer, "patente" und Wohnungsteuer,
- b) Pauschalabgabe der Arbeitgeber auf die Löhne,
- c) Lehrlingsteuer

1) Aperçu sur le système fiscal français, a.a.O., S. 20.

2) Laufenburger, Henry, Théorie économique et psychologique, a.a.O.,
 S. 268.

3) ders. S. 269.

4) Lauré, Maurice, Résumé des pages du Traité de politique fiscale
 relatives à la fraude fiscale, in: La Revue du Trésor, 1957,
 Nr. 3, S. 89-91.

- d) die allgemeine Einkommensteuer, die von den Lohnempfängern gezahlt wird¹⁾,
 - e) Registerabgaben außer den Besitzwechsel- und Stempelsteuern,
 - f) Mehrwertsteuer (der Prozentsatz liegt unter 5 %, da der Anteil der großen Unternehmen sehr hoch ist),
 - g) Dienstleistungssteuer, soweit sie von großen Unternehmen gezahlt wird,
 - h) Lokale Umsatzsteuer, soweit sie von Kaufhäusern, Filialunternehmen und Genossenschaften gezahlt wird,
 - i) Ertrag der Monopole und Zölle.
- 2) Steuern, die mäßig hinterzogen werden:
- a) Körperschaftsteuer,
 - b) Proportionale Einkommensteuer auf Kapitalerträge,
 - c) einzelne Verbrauchsteuern (taxes uniques).

Es sind dies Steuern, deren Erhebung dank einer wirkungsvollen, weil leicht möglichen Kontrolle in zufriedenstellender Weise gesichert ist.

3) Steuern, die erheblich hinterzogen werden:

- a) Proportionale Einkommensteuer,
- b) Allgemeine Einkommensteuer, soweit sie von Unternehmern gezahlt wird,
- c) Besitzwechselsteuern,
- d) Dienstleistungssteuer und lokale Umsatzsteuer, soweit sie von kleinen Unternehmen gezahlt werden.

Es bestehen erhebliche Schwierigkeiten, diese Steuern zu kontrollieren.

Die erste Gruppe von Steuern brachte im Jahre 1955 2.300, die zweite 400 und die dritte 600 Milliarden frs. Einnahmen.

1) Die Lohnempfänger müssen sich zur allgemeinen Einkommensteuer selbst veranlagern; Proportionalsteuer zahlen sie nicht (vgl. S. 53).

R i v e s ¹⁾ gibt folgende Prozentsätze der Gewinnsteuerhinterziehung in den im Jahre 1950 geprüften Handelsunternehmen an:

Umsatz	Steuerhinterziehung (in v.H. des deklarierten Gewinns)
über 200 Mio frs.	35 %
zwischen 20 und 200 Mio frs.	45 %
" 7 und 20 Mio frs.	60 %
unter 7 Mio frs.	80 %

Je geringer der Umsatz, desto höher die Steuerhinterziehung. Zu beachten ist, daß die von R i v e s genannten Zahlen für ein Jahr mit starken inflationistischen Tendenzen gelten, in dem es dem Handel sicherlich möglich war, nicht nur die indirekten Steuern, sondern auch einen großen Teil der direkten Steuern zu überwälzen.

Aus L a u r é s Übersicht ergibt sich, daß die Steuerhinterziehung in den abhängigen Berufen geringer ist als in den unabhängigen. In der Industrie tritt sie weniger auf als im Handel. Die großen Unternehmen hinterziehen wesentlich weniger Steuern als die kleinen.

Lohnempfänger und große Gesellschaften betrügen den Fiskus wenig, Einzelunternehmen und kleine Gesellschaften beträchtlich²⁾.

Der Kleinhandel und das Handwerk weisen zu einfache Tätigkeiten auf, als daß sie ihre Steuerschuld durch Manipulationen in der G e w i n n e r m i t t l u n g vermindern könnten. Daher verlegen sie sich auf gesetzwidrige Machenschaften in der G e w i n n e r z i e l u n g . Sie kaufen und verkaufen ohne Rechnung und er-

1) Rives, Marcel, a.a.O., Tome II S. 328.

C a p e t gibt für die Körperschaftsteuer folgende Prozentsätze an: 25 %, 30 %, 65 %, 110 %. Die Umsatzstufen sind jedoch in Milliarden frs. angeführt, was wohl ein Versehen sein dürfte. Capet, Marcel-Francis, A propos de la fraude fiscale, in R.S.L.F., 1954, S. 522.

2) Ähnlich: Capet, Marcel-Francis, a.a.O., S. 505 u. S. 523.

höhen ihre Kosten, indem sie Privatausgaben als Geschäftsaufwand verbuchen. Erleichtert werden diese Verstöße gegen die Steuergesetze dadurch, daß es sich fast ausschließlich um Familienbetriebe handelt. Angestellte als Mitschuldige oder Mitwisser sind im allgemeinen nicht vorhanden.

3. Die Belastung durch die Einkommensteuer

Wie schon in den Ausführungen über das französische Steuerwesen dargelegt wurde, besteht in Frankreich im Prinzip *e i n e* Einkommensteuer auf die Einkommen natürlicher Personen. Sie enthält zwei Elemente (Art. 1, C.G.I.): eine Proportionalsteuer, die jede Einkommenskategorie für sich trifft, und eine allgemeine Einkommensteuer, welche die Gesamtheit der Einkunftsarten erfaßt. Die Einkommensteuer ist die einzige Abgabe, für die detaillierte statistische Angaben vorliegen, aus denen eine zahlenmäßige Aussage über die steuerliche Belastung des gewerblichen Mittelstandes abgeleitet werden kann.

Zur Untersuchung der Einkommensteuerbelastung werden daher sowohl die steuerrechtlichen Vorschriften als auch steuerstatistische Angaben herangezogen.

a) Gewinnsteuer

Die proportionale Einkommensteuer wird, soweit sie die Industrie- und Handelsgewinne trifft, auch als Gewinnsteuer bezeichnet. Die Einkommenskategorie der "bénéfices industriels et commerciaux (BIC)" innerhalb der Proportionalsteuer erfaßt die Gewinne, die aus kaufmännischer, handwerklicher, industrieller, bergbaulicher oder verschiedenen anderen im Code général des impôts (Art. 34 und 35) erschöpfend aufgezählten Tätigkeiten stammen. Sie müssen von natürlichen Personen oder Personengesellschaften, die nicht für die Besteuerung nach Art der Kapitalgesellschaften optiert haben, in Frankreich innerhalb einer Steuerperiode verwirklicht worden sein¹⁾. Besteuert wird der Reingewinn, der nach den Artikeln 41 und 42

1) Neben den Artikeln 34 und 35 C.G.I. auch Art. 11, Dekret Nr. 55-566 v. 20.5.55, J.O. v. 21.5.1955, S. 5057.

C.G.I. unter Beachtung verschiedener Gesetze und Dekrete festgestellt wird. Das bedeutet vor allem, daß alle Abschreibungen (amortissements), Rückstellungen (provisions) und Verluste (déficits d'exploitation) abgezogen werden können, sofern der Geschäftsbetrieb sie mit sich bringt.

Das französische Einkommensteuerrecht unterscheidet auf dem Gebiet der Gewinnsteuer zwischen den "bénéfices des artisans fiscaux" und den "bénéfices industriels et commerciaux proprement dits". Da diese Einteilung sich auch in der Einkommensteuerstatistik findet, erlaubt sie, durch Aufteilung der Gewinnsteuerpflichtigen in zwei Gruppen zu größerer Klarheit zu gelangen.

1) Die Gewinnsteuer der Handwerker im steuerrechtlichen Sinne

Die Gewinne der Handwerker zählen zu den "bénéfices industriels et commerciaux". Den Handwerkern werden die Heimarbeiter gleichgestellt, die für Rechnung von Fabrikanten und Kaufleuten arbeiten. Das gilt aber nur, wenn sie fremde Arbeitskräfte in begrenztem Maße beschäftigen.

Für Handwerker und Heimarbeiter gelten günstigere Vorschriften, wenn sie die in Artikel 184 C.G.I. gestellten Bedingungen erfüllen. Der "artisan fiscal" verkauft eigene Produkte, spekuliert nicht mit Rohstoffen und beschäftigt nur einen Gesellen und einen Lehrling (außer den Familienmitgliedern). Setzt ein Handwerker mit Motorkraft getriebene Maschinen ein, so gilt er nur als "artisan fiscal", wenn die Arbeitsweise dieser Maschinen dauerndes persönliches Eingreifen, Aufmerksamkeit, berufliche Geschicklichkeit oder selbst Muskelkraft des Bedienenden erfordert. An 90 Tagen im Jahr darf die Hilfe eines zweiten Gesellen in Anspruch genommen werden. Ebenso kann ein zweiter Lehrling beschäftigt werden, wenn der erste im letzten Lehrjahr steht.

Ausnahmebestimmungen gelten für alte und kriegsbeschädigte Handwerker und solche, deren Söhne ihren Militärdienst ableisten u. a. m.¹⁾.

1) Vgl. Mémento Lamy fiscal 1954, a.a.O., S. 76, 203 B.

Handwerker, die sich in einer Genossenschaft (coopérative) oder einer OHG (société en nom collectif) zusammenschließen, gelten als "artisans fiscaux" im Sinne des Art. 184 C.G.I., (falls sie die erlaubte Zuhilfenahme fremder Arbeitskräfte nicht überschreiten)¹⁾.

Die gleichen Sondervorschriften, die für Handwerker und Heimarbeiter gelten, betreffen auch Taxichauffeure unter der Bedingung, daß sie nur einen oder zwei Wagen besitzen, Flußschiffer, Fischer, Fuhrunternehmer, Landwirte, die zusätzlich Transporte für andere übernehmen, sowie Milchverkäufer²⁾.

Verkauft der Handwerker neben den selbst hergestellten Produkten gekaufte Waren in unverändertem Zustand weiter, so wird der Gewinn nach den für die Handwerker geltenden Bestimmungen besteuert, wenn der größte Teil des Gesamtgewinns aus handwerklicher Tätigkeit stammt. Überwiegt der Handelsgewinn, so werden handwerklicher Gewinn und Handelsgewinn getrennt besteuert, soweit die Geschäftsunterlagen eine Trennung zulassen. Ist eine Trennung unmöglich, so wird der gesamte Gewinn zum normalen Satz besteuert, und der Betroffene kann die für die Handwerker bestehenden Vorteile nicht in Anspruch nehmen³⁾.

Art. 184 C.G.I., der bei weitem keine exakte Definition des Handwerkers im steuerrechtlichen Sinne gibt, betrachtet ihn als Handarbeiter. Er verrichtet mit Hilfe geringer maschineller Ausrüstung qualifizierte Arbeit im Rahmen eines Familienunternehmens, dessen Eigentümer er ist. Diese Familienunternehmen sollen steuerlich begünstigt werden. Bei der Gewinnsteuer geschieht das durch einen ermäßigten Satz.

Bis 1952 einschließlich besteuerte man die ersten 200.000 frs. des Einkommens mit 9 %. Diese Grenze wurde für die Einkommen von 1953 bei gleichem Satz auf 440.000 frs. erhöht. Von 1954 bis 1957 einschließlich betrug der Satz 5 % bei gleichbleibender Grenze. Seit-

1) Art. 184-3 C.G.I.

2) Art. 184-4 C.G.I.

3) Art. 183 C.G.I.

her gilt ein erhöhter Satz von 5,5 %. Der Einkommenanteil, der die genannten Grenzen überstieg oder übersteigt, wird zum normalen Satz von 18 %, ab 1958 mit 22 %, besteuert. Der ermäßigte Satz kann sich in keinem Falle auf mehr als 440.000 frs. (200.000 frs.) erstrecken¹⁾

Zwei weitere Vorschriften, die allerdings nicht nur für die Handwerker, sondern allgemein gelten, ermöglichen einen degressiven Abschlag vom Steuerbetrag für kleine Einkommen und eine Ermäßigung für Familienlasten.

Die Handwerker im steuerrechtlichen Sinne können auf zwei Arten zur Gewinnsteuer veranlagt werden:

im Pauschalverfahren (*régime du forfait*) oder
nach dem tatsächlichen Gewinn (*régime du bénéfice réel*).

Das P a u s c h a l v e r f a h r e n stellt an die Buchführung des Besteuernten geringe Anforderungen.

Daher ist es für kleine Unternehmen besonders vorteilhaft. Bei der Veranlagung im Pauschalverfahren bestimmt der "Inspecteur des contributions directes" den Gewinn, der der Berechnung der Steuer zugrunde gelegt wird. Dieser Gewinn soll von dem Unternehmen normalerweise erzielt werden können. In seiner Schätzung geht der Inspecteur vom Umsatz aus und stützt sich dabei auf weitere Angaben des Steuerpflichtigen über den Geschäftsverlauf im vergangenen Jahr, Lebensführung u. a. m.²⁾. Diese sind zum 1. Januar eines jeden Jahres auf einem besonderen Formular der Finanzverwaltung mitzuteilen. Der Steuerpflichtige muß ein Wareneingangsbuch mit Belegen sowie ein Einnahmebuch mit den täglichen Einnahmen führen³⁾.

Für die Veranlagung im Pauschalverfahren sind gewisse Umsatzgrenzen festgesetzt. Bis 1953 einschließlich war die Grenze 10 Millionen frs. für Handwerker und Heimarbeiter, bei denen Rohstoffe und fertige Teile überwiegend den Preis bestimmen. Sie lag bei 2,5

1) Art. 1, Dekret Nr. 55-466 v. 30.4.1955, J.O. v. 3.5.1955, S. 4376.

2) Näheres darüber bei L a u f e n b u r g e r , Henry, *Economie du système fiscal*, a.a.O., S. 130 f.

3) Art. 52, C.G.I.

Millionen frs., wenn es sich hauptsächlich um Entlohnung von Arbeit handelte. Die Grenzen erhöhte man für 1954 bis 1956 auf 15 und 4 Millionen frs. Ab 1957 liegen sie bei 20 und 6 Millionen frs. Unternehmen, die einen höheren Umsatz erzielen, werden nach dem tatsächlichen Gewinn besteuert.

Die Veranlagung im Pauschalverfahren ist nicht obligatorisch. Es steht jedem Steuerpflichtigen frei, für die Besteuerung nach dem tatsächlichen Gewinn zu optieren.

Nimmt der Steuerpflichtige die Gewinnschätzung der Finanzbehörde an, so ist damit eine Vereinbarung zustande gekommen, die zunächst für zwei Jahre gilt, aber stillschweigend verlängert werden kann. Die Besteuerungsart kann vom Steuerpflichtigen in den beiden letzten Monaten des Jahres, vom Inspecteur in den beiden ersten Monaten des folgenden Jahres gekündigt werden. Sie ist dann neu festzusetzen.

Nimmt der Steuerpflichtige den von der Finanzbehörde festgesetzten Gewinn nicht an, so wird dieser von der "Commission départementale des impôts directs" bestimmt. Diese besteht zur Hälfte aus Vertretern der Finanzverwaltung, zur Hälfte aus Vertretern der Handwerkskammern. Bei Stimmengleichheit entscheidet das "Comité départemental d'arbitrage". Schließlich haben beide Parteien die Möglichkeit, den festgesetzten Pauschalgewinn vor den zuständigen Gerichten anzufechten, wobei der anfechtende Teil die Beweislast hat.

Im Pauschalverfahren können nur Einzelunternehmer, aber keine Personengesellschaften veranlagt werden. Ist ein Steuerpflichtiger gleichzeitig Einzelunternehmer und Mitglied einer Personengesellschaft, so wird für die Veranlagung im Pauschalverfahren nur der Umsatz herangezogen, den er als Einzelunternehmer erzielt.

Der Veranlagung nach dem tatsächlichen Gewinn sind alle Handwerker unterworfen, deren Jahresumsatz die obengenannten Grenzen überschreitet oder die ausdrücklich für diese Art der Veranlagung optiert haben. Da der tatsächliche Gewinn besteuert werden soll, sind die Pflichtigen gezwungen, ordnungsgemäß Buch zu führen. Sie müssen jeweils zum 1. März eine Steuererklärung abgeben. Das gilt auch für Personengesellschaften, wobei die einzelnen Gesellschafter steuerpflichtig sind. Der Steuererklärung sind beizu-

fügen: die Bilanz, die zusammengefaßte Gewinn- und Verlustrechnung, eine Übersicht über die Abschreibungen und Rückstellungen, ein Verzeichnis der Vorräte und der in der Bilanz aufgeführten Personenwagen, bei Gesellschaften der Gewinnverteilungsplan¹⁾).

Zur Kontrolle der Steuererklärung kann der Inspecteur vom Steuerpflichtigen ergänzende Angaben verlangen. Bei Steuerprüfungen an Ort und Stelle muß der Pflichtige alle Buchführungsunterlagen vorlegen, selbst wenn sie ohne gesetzliche Verpflichtung aufbewahrt wurden²⁾. Der Finanzbeamte kann die Erklärung von sich aus berichtigen, wobei dem Zensiten Gelegenheit gegeben ist, Widersprüche anzumelden. Können sie sich nicht einigen, so steht derselbe Weg wie im Pauschalverfahren offen.

Sinkt der Umsatz eines nach dem tatsächlichen Gewinn veranlagten Unternehmers unter die gesetzlich festgelegte Grenze, so wird er nicht sofort im Pauschalverfahren veranlagt, sondern erst, wenn der Umsatz in drei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren unter der Grenze lag.

Nach dem Bericht des "Centre National d'Etudes Techniques et Economiques de l'Artisanat"³⁾ fielen von den rund 900.000 Handwerkern im Jahr 1954 736.000 (82 %) unter den steuerrechtlichen Begriff⁴⁾. Der Prozentsatz liegt beim leder- und häuteverarbeitenden Handwerk mit 91 % am höchsten, im metallverarbeitenden mit 52 % am niedrigsten. Die 164.000 übrigen, welche nicht als Handwerker im steuerrechtlichen Sinne anerkannt sind, werden wie Kaufleute und Fabrikanten behandelt, d.h. sie genießen nicht die gleichen Vergünstigungen wie die große Masse.

In den Jahren 1951 bis 1956 haben durchschnittlich 465.000 Handwerker im steuerrechtlichen Sinne Gewinnsteuer entrichtet. Das bedeutet, daß über ein Drittel befreit war. Von den gewinnsteuerzahlenden

1) Art. 54, C.G.I.

2) Art. 1991, C.G.I.

3) Penouil, Marc, Artisanat et fiscalité, in: R.S.L.F., 1958, S.537.

4) Abweichend von der engeren Definition der Finanzverwaltung betrachtet die französische Statistik Unternehmen mit bis zu 5 Beschäftigten als Handwerksbetriebe (vgl. S. 29).

Handwerkern wurden durchschnittlich 95,4 % im Pauschalverfahren veranlagt, daher in der Veranlagung begünstigt (Tabelle 9). Hinzu kommt, daß abgesehen von den Jahren 1951 und 1952 noch nicht einmal ein Fünftel der Gewinne zum Normalsatz besteuert wurde (Tabelle 12).

Die durchschnittliche Gewinnsteuerbelastung der im Pauschalverfahren veranlagten "artisans fiscaux" liegt mit 9,4 % im Jahre 1953 am höchsten und mit 6,1 % 1955 am niedrigsten (Tabelle 10). Die nach dem tatsächlichen Gewinn besteuerten Handwerker weisen eine höhere durchschnittliche Belastung auf: 11 % im Jahre 1953, 6,7 % 1955 (Tabelle 11).

Die Einkommensteuer wird nicht im Jahre der Realisierung des Einkommens, sondern im darauffolgenden Jahr gezahlt. Bei der Ermittlung der Steuerbelastung ist dem Steuerbetrag daher nicht das seiner Berechnung zugrunde liegende Einkommen, sondern das Einkommen des folgenden Jahres gegenübergestellt. So wird z. B. die Einkommensteuer des Jahres 1952 auf das Einkommen des Jahres 1951 berechnet, aber aus dem Einkommen des Jahres 1952 gezahlt. Diese Unterscheidung ist wichtig, weil die französischen Unternehmen bei starken inflationistischen Tendenzen ihre nominellen Einkommen von Jahr zu Jahr beträchtlich steigern konnten. Der zeitliche Unterschied zwischen Entstehen der Steuerschuld und Steuerbelastung brachte dem Unternehmer eine bedeutende Verminderung des Steuerdrucks.

Eine zweite durchschnittliche Steuerbelastungszahl gibt die Gewinnsteuerlast unter Berücksichtigung gewisser Prozentsätze der Steuerhinterziehung an. Bei den im Pauschalverfahren besteuerten Handwerkern ist angenommen, daß der Betrug 60 % des erklärten Gewinns ausmacht. Für die nach dem tatsächlichen Gewinn besteuerten sind 50 % für Defraudation angesetzt. Die Wahl der Prozentsätze stützt sich auf Angaben von L a u r é, R i v e s und C a p e t ¹⁾. Um die Sicherheit der Aussagen zu erhöhen, sind die Sätze bewußt etwas niedriger gewählt als bei den genannten Autoren.

1) Vgl. den Abschnitt über die Steuerhinterziehung S. 78 ff.

Tabelle 9

Durchschnittlicher Anteil der beiden Veranlagungsverfahren an der Gesamtzahl der Handwerker im steuerrechtlichen Sinne, ihrem steuerpflichtigen Einkommen und ihrer Steuerleistung

Zeitraum: 1951 - 1956

	Zahl der Steuerpflichtigen	Steuerpfl. Einkommen	Gezahlte Steuer
Pauschalverfahren	95,4 %	93,8 %	93,1 %
Realverfahren *	4,6 %	6,2 %	6,9 %
Insgesamt	100,0 %	100,0 %	100,0 %

Die Prozentsätze wurden vom Verfasser auf Grund der Zahlen in Tabelle 3, S. 30, errechnet.

Tabelle 10

Belastung der nach dem Pauschalgewinn besteuerten Handwerker durch die Gewinnsteuer

Zeitraum: 1952 - 1956

Einheit	1951	1952	1953	1954	1955	1956
Zahl der Steuerpflichtigen 1000	435,3	447,5	452,9	440,5	441,7	442,8
Steuerpflichtiges Einkommen Mrd. frs.	127,7	149,4	162,6	165,9	174,0	174,1
Durchschnittseinkommen eines Steuerpflichtigen 1000 frs.	293,4	333,8	359,0	376,6	393,9	393,2
Durchschnittlicher Steuerbetrag eines Steuerpflichtigen 1000 frs.	-	28,0	33,7	30,2	24,1	27,6
Durchschnittliche Steuerbelastung v.H.	-	8,4	9,4	8,0	6,1	7,0
bei 60 % Steuerbetrag v.H.	-	5,2	5,9	5,0	3,8	4,4
Steuerleistung insgesamt Mrd. frs.	-	12,2	15,1	13,7	10,6	12,2

Quellen: s. nächste Seite!

Quellen zu Tabelle 10:

Zahl der Steuerpflichtigen und steuerpflichtiges Einkommen:

Statistiques et Etudes financières,

Nr.	57, Sept.	1953, S.	808 - 809
Nr.	67, Juli	1954, S.	627
Nr.	80, Aug.	1955, S.	793
Nr.	93, Sept.	1956, S.	932 - 933
Nr.	106, Okt.	1957, S.	1092 - 1093
Nr.	116, Aug.	1958, S.	916 - 917.

Steuerleistung insgesamt:

Vom Verfasser errechnet auf Grund der Angaben in:

Statistiques et Etudes financières,

Nr.	80, Aug.	1955, S.	799
Nr.	93, Sept.	1956, S.	939
Nr.	106, Okt.	1957, S.	1099
Nr.	116, Aug.	1958, S.	923

sowie folgender Bestimmungen:

Normalsatz: durchgehend 18 %,

Reduzierter Satz:	1951/52:	9 % auf die ersten 200.000 frs.
	1953:	9 % auf die ersten 440.000 frs.
	ab 1954:	5 % auf die ersten 440.000 frs.

Geringe Abweichungen hinsichtlich der Genauigkeit der Zahlen müssen eingeräumt werden, bleiben jedoch ohne Auswirkung auf das Gesamtbild.

Der durchschnittliche Steuerbetrag eines Steuerpflichtigen und die durchschnittliche Steuerbelastung wurden vom Verfasser auf Grund der übrigen Angaben errechnet.

Tabelle 11

Belastung der nach dem tatsächlichen Gewinn besteuerten Handwerker durch die Gewinnsteuer.

Zeitraum: 1952 - 1956

	Einheit	1951	1952	1953	1954	1955	1956
Zahl der Steuerpflichtigen	1000	19,9	21,3	21,9	21,4	21,7	20,2
Steuerpflichtiges Einkommen	Mrd frs.	7,6	9,5	10,3	11,5	12,2	12,2
Durchschnittseinkommen eines Steuerpflichtigen	1000 frs.	381,9	446,0	470,3	537,4	562,2	604,0
Durchschnittlicher Steuerbetrag	1000 frs.	-	45,2	51,6	45,7	37,4	41,5
Durchschnittliche Steuerbelastung	v.H.	-	10,1	11,0	8,5	6,7	6,9
bei 50 % Steuerbetrag	v.H.	-	6,8	7,3	5,7	4,4	4,6
Steuerleistung insgesamt	Mrd frs.	-	0,9	1,1	1,0	0,8	0,9

Quelle:

Vgl. Tabelle 10

Berücksichtigt man den Steuerbetrag, so ergibt sich, daß die durchschnittliche Belastung im Pauschalverfahren 1953 mit 5,9 % am höchsten und 1955 mit 3,8 % am niedrigsten lag. Für die nach dem tatsächlichen Gewinn Besteueren liegt die Belastung etwas höher: 7,5 % im Jahre 1953, 4,4 % im Jahre 1955. Es kann jedoch angenommen werden, daß der Steuerdruck nicht als höher empfunden wurde, da die Steuerschuld aus einem im Verhältnis zu den Pauschalgewinnen überproportional steigenden Einkommen beglichen wurde.

Die Verringerung der Gewinnsteuerlast in den Jahren 1954/55 ist auf Erleichterungen zurückzuführen, die den "artisans fiscaux" in diesen beiden Jahren gewährt wurden: Erhöhung der Grenze für die Anwendung des ermäßigten Steuersatzes von 200 000 frs. auf 440 000 frs., erstmals gültig für die Einkommen von 1953, sowie Senkung des ermäßigten Satzes von 9 % auf 5 %, erstmals gültig für die Einkommen von 1954. Im Jahre 1954 wurde dazu die Umsatz-

grenze für die Veranlagung im Pauschalverfahren von 10 bzw. 2,5 Millionen frs. auf 15 bzw. 4 Millionen frs. erhöht. Als Ergebnis dieser Maßnahme zeigt sich, daß sich die Anzahl der im Pauschalverfahren Besteuereten nicht, wie erwartet, erhöht, sondern verringert hat, und zwar bei gleichzeitiger Verringerung der Zahl der im Realverfahren Besteuereten. Das kann nur auf eine großzügigere Veranlagung durch die Finanzverwaltung zurückzuführen sein. Die steuerpflichtigen Einkommen sanken allgemein; viele Handwerker brauchten keine Einkommensteuer zu zahlen.

Tabelle 12 zeigt die Auswirkungen der steuerlichen Erleichterungen auf den vom Handwerk zu leistenden Gesamtsteuerbetrag. Artikel 185 C.G.I. bestimmt, daß Steuerbeträge unter 10.800 frs. nicht erhoben werden. Liegt der Steuerbetrag zwischen 10.800 und 43.200 frs., so wird er um ein Drittel der Differenz zwischen der Steuerschuld und der Zahl 43.200 vermindert. Das führt zu einem degressiven Abschlag: bei einem Steuerbetrag von 15.000 frs. ist der Abschlag 9.400 frs., bei einem solchen von 30.000 frs. beträgt er 4.300 frs. Das Dekret Nr. 55-594 vom 20.5.1955 änderte den Artikel 185 C.G.I. dahingehend ab, daß Steuerbeträge unter 6.000 frs. nicht mehr erhoben werden.

Außerdem kann der degressive Abschlag von einem Drittel der Differenz zwischen dem Steuerbetrag von 43.200 frs. nur dann vorgenommen werden, wenn die Steuerschuld zwischen 6.000 und 24.000 frs. liegt.

Für das Handwerk bedeuten diese Bestimmungen, daß durchgehend ab 1951 Einkommen unter 120.000 frs. nicht besteuert werden. Mehr als ein Drittel der Handwerker gehört in diese Kategorie. Weiterhin wurden die Einkommen von 1951/52 in den Stufen von 120.000 frs. bis 340.000 frs. degressiv ermäßigt. 1953 erhöht sich die Grenze auf 460.000 frs. und sinkt 1954 auf 450.000 frs.

Die durch Artikel 186-1 C.G.I. eingeführten Ermäßigungen für Familienlasten bringen weitere Erleichterungen: 15 % für jedes der beiden ersten Kinder, 45 % für das dritte und jedes weitere Kind. Jedoch sind Höchstbeträge festgesetzt, die 5.000 frs. für jedes der beiden ersten Kinder und 15.000 frs. für jedes weitere Kind ausmachen.

Tabelle 12

Aufteilung des steuerpflichtigen Einkommens der Handwerker nach dem angewendeten Steuersatz; Bruttosteuer, Abschläge und Nettosteuer.

Zeitraum: 1951 - 1956

Einheit: Mrd frs.

Jahr	Steuerpfl. Einkommen	Reduzierter ¹⁾ Satz auf	Normal- ²⁾ satz auf	Brutto- steuer	Abschläge ³⁾	Netto- steuer ⁴⁾
1951	155,3	83,3	50,0	16,7	3,6	13,1
1952	158,3	91,4	67,5	20,4	4,2	16,2
1953	172,9	147,5	25,4	17,9	3,2	14,7
1954	177,4	144,4	31,8	13,1	1,7	11,4
1955	186,2	150,0	36,2	14,0	1,95	13,1 ⁵⁾
1956	186,3	148,9	37,4	14,2	2,1	13,0 ⁵⁾

1) Reduzierter Satz:

9 % für die ersten 200.000 frs.: 1951 und 1952

9 % für die ersten 440.000 frs.: 1953

5 % für die ersten 440.000 frs.: ab 1954

2) Normalsatz: durchgehend 18 %

3) Abschläge:

a) degressive Abschläge für kleine Einkommen

b) Abschläge wegen Familienlasten

4) Die Steuer wird jeweils im folgenden Jahr gezahlt.

5) Für die Jahre 1955 und 1956 ist die Nettosteuer höher als die Bruttosteuer minus Abschläge, da nach dem Dekret Nr. 56-665 vom 6.7.1956, Art. 1 und 2, der Steuerbetrag der proportionalen Einkommensteuer um 10 % erhöht wurde, wenn das steuerpflichtige Einkommen 440.000 frs. überstieg.

Quellen: Vgl. Tabelle 10, Steuerleistung insgesamt für 1953 bis 1956.

Die Zahlen für 1951 und 1952 wurden vom Verfasser auf Grund der Angaben in Statistiques et Etudes financières, Nr. 57, Sept. 1953, S. 808 - 809, und Nr. 67, Juli 1954, S. 627, errechnet.

Die Befreiungen und Abschläge bei kleinen Einkommen sowie die Ermäßigung für Familienlasten machten in den Jahren 1951 und 1953, als die Einkommen noch vergleichsweise niedrig lagen, erhebliche Summen aus (vgl. Tabelle 12). In den Jahren 1954 bis 1956 sind es vor allem die Reduzierungen wegen der Familienlasten, die zu steigenden Beträgen führen, während die degressiven Abschläge annähernd gleich bleiben. So steigt die Gesamtsumme der Ermäßigungen für Familienlasten von 0,7 Milliarden frs. 1954 auf 0.9 Milliarden frs. 1955 und 1956¹⁾.

Ab 1955 trat eine Erhöhung der Steuerlast insofern ein, als der Steuerbetrag um 10 % erhöht wurde, wenn das zugrunde liegende Einkommen 440.000 frs. überstieg²⁾. Erstmals für die Einkommen von 1958 fiel die 10 %ige Erhöhung weg, jedoch erhöhte man den ermäßigten Satz allgemein von 5 % auf 5,5 %.

Tabelle 13

Gewinnsteuer eines Handwerkers mit zwei Kindern 1952 und 1956

Erklärtes Einkommen	Steuer	
	1952	1956
200.000 frs.	0 frs.	0 frs.
400.000 frs.	44.000 frs.	8.587 frs.
600.000 frs.	80.000 frs.	44.880 frs.
800.000 frs.	116.000 frs.	84.480 frs.
1.000.000 frs.	152.000 frs.	124.080 frs.

Vom Verfasser auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen errechnet.

Obige Tabelle zeigt, daß die Gewinnsteuer der Handwerker vor allem in den unteren Einkommensstufen durch die gesetzlichen Erleichterungen der Jahre 1954/55 stark abgenommen hat. Gleichzeitig sind die deklarierten Einkommen um durchschnittliche 20 % gestiegen³⁾.

1) Statistiques et Etudes financières, Nr. 93, Sept. 1956, S. 939, Nr. 106, Okt. 1957, S. 1099, und Nr. 116, Aug. 1958, S. 923.

2) Gesetz Nr. 56-639 v. 30.6.1956 über die Finanzierung des Fonds national de solidarité, J.O.v. 1.7.1956, S. 6070.

3) Vgl. die Tabellen 10 und 11.

Für die Jahre ab 1956 ist mit einer etwas steigenden nominellen Belastungsziffer zu rechnen, da immer mehr Einkommen die Grenze von 440.000 frs. überschreiten, also für den übersteigenden Teil mit dem vollen Tarif besteuert werden.

2) Die Gewinnsteuer der Händler und Fabrikanten

In die Kategorie der "bénéfices industriels et commerciaux proprement dits", also ohne die Gewinne der "artisans fiscaux", fallen die Gewinne aller gewerblichen Einzelunternehmer und Personengesellschaften, soweit sie nicht für die Besteuerung nach Art der Kapitalgesellschaften optiert haben. Diese Steuerpflichtigen werden hier als Händler und Fabrikanten bezeichnet. Damit werden Handwerker, für die das "régime de faveur des artisans" nicht gilt, als Fabrikanten betrachtet.

Die Händler und Fabrikanten können im Pauschal- und im Realverfahren veranlagt werden. Das Pauschalverfahren gilt jedoch nur für Einzelunternehmer. Die Umsatzgrenzen sind die gleichen wie beim Handwerk; zur Zeit 20 Millionen frs. für Händler, die hauptsächlich Lebensmittel und sonstige Waren, welche an Ort und Stelle verzehrt oder mitgenommen werden können, verkaufen oder Wohnungseinrichtungsgegenstände liefern, 6 Millionen frs. für die übrigen Steuerpflichtigen.

Hinsichtlich der Gewinnbestimmung, der Verpflichtungen der Steuerpflichtigen und der Finanzverwaltung sowie der Streitigkeiten zwischen beiden kann hier auf das zum Handwerk Gesagte verwiesen werden¹⁾.

Die Gewinne der Händler und Fabrikanten werden seit Einführung der Gewinnsteuer in ihrer heutigen Form ab 1.1.1949 mit einem Satz von 18 % (ab 1.1.1959 22 %) besteuert. Erstmalig für die Einkommen von 1954 gilt ein reduzierter Satz von 5 % (ab 1.1.1959 5,5 %) auf die ersten 300.000 frs. des Einkommens²⁾. In den Jahren 1956 bis 1958 wurde der Steuerbetrag um 10 % erhöht, wenn das Einkommen 440.000 frs überstieg. Es gelten die gleichen Abschläge und Ermäßigungen für Familienlasten wie bei den Handwerkern. Die Abschläge bewirken, daß der volle Satz erst für Einkommen ab 350.000 frs. wirksam wird.

1) Fußnoten, S. 85 ff.

2) Dekret Nr. 55-466 v. 30.4.55, J.O. v. 3.5.1955, S. 4376.

Das Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques gibt für 1954 die Zahl der Selbständigen in Industrie und Handel mit 2,297 Millionen an¹⁾. Der Haushaltvorstand gibt die Einkommensteuererklärung ab. Auch wenn beide Ehegatten jeweils einen Betrieb besitzen, füllt er nur eine Steuererklärung aus. Angaben über die Zahl dieser Fälle fehlen, jedoch dürfte sie nicht allzu hoch liegen. Nimmt man 100.000 an, was für französische Verhältnisse eher zu wenig als zu viel ist, so bleiben rund 2,2 Millionen Selbständige, die eine Steuererklärung abgeben müssen. Davon sind 736.000 "artisans fiscaux".

Den Rest stellen 1,46 Millionen Händler, Fabrikanten und "artisans non fiscaux". Von ihnen entrichteten im Jahre 1954 986.000 die Gewinnsteuer²⁾. Auf die Einkommen der Jahre 1951 bis 1953 zahlten 350.000 bis 400.000 keine Gewinnsteuer, auf die von 1954 bis 1956 über 400.000. Das bedeutet, daß ein Viertel, 1954 sogar ein Drittel der Händler und Fabrikanten von der Gewinnsteuer befreit war.

Durchschnittlich drei Viertel der Gewinnsteuerpflichtigen dieser Kategorie werden im Pauschalverfahren veranlagt. Diese Gruppe mußte von 1952 bis 1954 16 - 17 % des deklarierten Einkommens an den Staat abführen, ab 1954 rund 10 %. Der Index der Belastung blieb bis 1954 gleich, fiel dann auf 56 im Jahre 1955 und stieg 1956 auf 62. Nimmt man an, daß die Steuerhinterziehung 60 % beträgt, so sinkt die Steuerbelastung bis 1954 auf rund 10 %, bis 1956 auf 6 % (vgl. Tabelle 14). Im Pauschalverfahren werden die kleinen Einzelhändler, soweit sie nicht ganz befreit sind, veranlagt. Der Index der im Pauschalverfahren veranlagten Einkommen stieg im Durchschnitt auf der Basis 1952 = 100 stetig auf 129 im Jahre 1956.

1) Vgl. S. 32.

2) Vgl. die Tabellen 14 und 15.

Tabelle 14

Belastung der nach dem Pauschalgewinn besteuerten Händler und Fabrikanten durch die Gewinnsteuer

Zeitraum 1952 - 1956

	Einheit	1951	1952	1953	1954	1955	1956
Zahl der Steuerpflichtigen	1.000	814,6	825,7	823,3	711,0	753,1	774,8
Steuerpflichtiges Einkommen	Mrd. frs.	297,4	329,6	353,4	340,2	388,7	398,4
Durchschnittseinkommen eines Steuerpflichtigen	1.000 frs.	365,1	399,2	429,2	478,5	516,1	514,4
Durchschnittlicher Steuerbetrag	1.000 frs.	-	65,7	71,9	77,3	47,1	53,9
Durchschnittliche Steuerbelastung	v.H.	-	16,5	16,7	16,2	9,1	10,5
Bei 60 % Steuerbetrag	v.H.	-	10,3	10,5	10,1	5,7	6,5
Steuerleistung insgesamt	Mrd. frs.	-	53,5	59,4	63,6	33,5	40,6

Vgl. Quellen zu Tabelle 10 für die Zahl der Steuerpflichtigen, steuerpflichtiges Einkommen und Steuerleistung.

Außerdem wurden folgende Angaben verwendet:

Normalsatz:	durchgehend 18 %
Ermäßigter Satz:	5 % auf die ersten 300.000 frs. ab 1954

Die Durchschnittszahlen wurden vom Verfasser errechnet.

Für die nach dem tatsächlichen Gewinn Besteueren weist die durchschnittliche Steuerbelastung einen weniger starken Bruch zwischen den Jahren 1954 und 1955 auf. Während der Index der Durchschnittseinkommen auf der Basis 1952 = 100 auf 131 im Jahre 1956 steigt, fällt der Index der Steuerbelastung von 113 im Jahre 1954 auf 93 im Jahre 1955 und steigt 1956 auf 95 (vgl. Tabelle 15).

Tabelle 15

Belastung der nach dem tatsächlichen Gewinn besteuerten Händler und Fabrikanten durch die Gewinnsteuer

Zeitraum: 1952 - 1956

	Einheit	1951	1952	1953	1954	1955	1956
Zahl der Steuerpflichtigen	1.000	255,4	273,6	282,5	275,5	263,9	268,7
Steuerpflichtiges Einkommen	Mrd. frs.	242,4	314,1	339,6	359,2	371,2	405,5
Durchschnittseinkommen eines Steuerpflichtigen	1.000 frs.	950,7	1148,0	1202,1	1302,8	1406,6	1509,1
Durchschnittlicher Steuerbetrag	1.000 frs.	-	171,1	206,6	216,4	195,5	214,2
Durchschnittliche Steuerbelastung	v.H.	-	14,9	17,2	16,6	13,9	14,2
bei 45 % Steuerbetrag	v.H.	-	10,3	11,9	11,5	9,7	9,8
Steuerleistung insgesamt	Mrd. frs.	-	43,7	56,5	61,1	53,9	56,5

Quelle: vgl. Tabelle 14

Tabelle 16

Gewinnsteuer eines Händlers oder Fabrikanten mit zwei Kindern
1952 und 1956

Deklariertes Einkommen	Steuer	
	1952	1956
200.000 frs.	43.600 frs.	0 frs.
400.000 frs.	62.000 frs.	23.100 frs.
600.000 frs.	98.000 frs.	• 64.900 frs.
800.000 frs.	134.000 frs.	104.500 frs.
1.000.000 frs.	170.000 frs.	144.100 frs.

Quelle: Vom Verfasser auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen errechnet.

Tabelle 16 zeigt, daß die Gewinnsteuerlast der Händler und Fabrikanten 1956 gegenüber 1952 beträchtlich geringer war. Wie bei den Handwerkern ist die Entlastung für die unteren Einkommenstufen am spürbarsten. Ein Vergleich mit Tabelle 13 zeigt, daß die Handwerker von der Gewinnsteuer wesentlich weniger betroffen wurden als die übrigen Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes.

Bemerkenswert ist, daß die im Realverfahren besteuerten Händler und Fabrikanten nur ein Viertel der Steuerzahler stellen, aber die Hälfte der Einkommen auf sich vereinigen. Zu erklären ist das damit, daß sie im allgemeinen einen höheren Umsatz als die im Pauschalverfahren Besteuerten erzielen und daher auch die Möglichkeit haben, ein höheres Einkommen zu realisieren. Beachtet man, daß beide Gruppen in den Jahren 1952 bis 1954 die gleiche Belastungsziffer aufweisen, wobei das Durchschnittseinkommen im Verhältnis eins zu drei steht, so muß die Steuerlast zumindest in diesen Jahren für die im Pauschalverfahren Besteuerten drückender gewesen sein als für die anderen.

Als Proportionalsteuer soll die Gewinnsteuer alle Einkommen gleich treffen und nicht das Leistungsvermögen der einzelnen Steuerpflichtigen berücksichtigen. Wenn die Belastungsziffern der beiden Gruppen ab 1954 voneinander abweichen, so liegt das an der Spaltung des bis dahin einheitlichen Steuersatzes. Sie führt bei unterschiedlichen Einkommensstufen zu verschiedenen Belastungsziffern, die jedoch stets unter dem Normalsatz bleiben. Der Steuersatz beträgt 8,25 % auf ein Einkommen von 400.000 frs., 11,5 % auf 600.000 frs. und 16,05 % auf 2 Millionen frs. Durch die Einführung des ermäßigten Satzes wurde die Proportionalsteuer zur Progressivsteuer, übernahm also schon die Funktion der allgemeinen Einkommensteuer¹⁾.

Eine weitere Folge der Einführung des ermäßigten Satzes für die Einkommen von 1954 war, daß die Zahl der im Pauschalverfahren Besteuerten um 110.000 sank. Bei den nach dem tatsächlichen Gewinn Besteuerten betrug die Verringerung 7.000. Insgesamt brachte diese

1) Diese Feststellungen gelten ebenso für die Gewinnsteuer der Handwerker.

Maßnahme volle Gewinnsteuerfreiheit für 120.000 Steuerpflichtige. Hervorgerufen wurde diese Wirkung dadurch, daß Steuerbeträge unter 6.000 frs. nicht erhoben werden. Bei einem Steuersatz von 5 % bleiben also Einkommen unter 120.000 frs. steuerfrei. Bis 1954 wurden Steuerbeträge unter 10.800 frs. nicht eingezogen. Bei einem Satz von 18 % waren damit jedoch nur Einkommen unter 60.000 frs. befreit.

Wie im Handwerk zeigt die Steuerbelastung auch für die Händler und Fabrikanten ab 1955 steigende Tendenz, weil die Grenze für die Anwendung des ermäßigten Satzes gleich bleibt, also nicht mit den steigenden Einkommen erhöht wird.

b) Allgemeine Einkommensteuer

Im Gegensatz zur Gewinnsteuer wird die allgemeine Einkommensteuer auf die "bénéfices industriels et commerciaux" in der Steuerstatistik nicht getrennt für die Handwerker im steuerrechtlichen Sinne und die übrigen Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes ausgewiesen. Daher ist es unmöglich, für die beiden Gruppen verschiedene Belastungsziffern zu errechnen.

In ihren Grundzügen wurde die allgemeine Einkommensteuer schon im Abschnitt über das französische Steuerwesen (S. 55 ff.) behandelt. Daher sollen nur die Bestimmungen betrachtet werden, die für diese Untersuchung von besonderer Bedeutung sind.

Das Einkommen aus Industrie- und Handelstätigkeit wird für die allgemeine Einkommensteuer mit geringfügigen Ausnahmen nach denselben Regeln ermittelt wie für die Gewinnsteuer.

Das Nettoeinkommen, das die Grundlage der allgemeinen Einkommensteuer ist, umfaßt im Prinzip, vorbehaltlich einiger Ausnahmen¹⁾, die Summe der verschiedenen Einkommenskategorien. Unterschiedliche Einkommensarten können nicht gegeneinander aufgerechnet werden. Hat z.B. ein Kaufmann in seinem Handelsbetrieb einen Verlust erlitten, so kann er diesen in seiner Steuererklärung nicht durch Einkommen aus Grundbesitz ausgleichen. Allerdings hat er die Möglichkeit, den Verlust in fünf aufeinanderfolgenden Jahren vorzutragen.

1) Art. 157, C.G.I.

Das Gesamteinkommen darf eine Mindestgrenze, die von der Finanzverwaltung nach den äußeren Merkmalen des Reichtums (signes extérieurs de richesse) festgesetzt wird, nicht unterschreiten, es sei denn, der Steuerpflichtige kann glaubhafte Gründe anführen. Der Steuerhinterziehung ist damit eine gewisse Grenze gesetzt.

Die Staffelung der Sätze der allgemeinen Einkommensteuer bleibt seit Einführung der Steuer am 1.1.1949 gleich. Allerdings hat sich die Freibetragsgrenze von 140.000 frs. in den Jahren 1950/51 auf 180.000 frs. 1952/53 und 220.000 frs. pro "part" ab 1954 erhöht. Zugleich wurden in denselben Jahren Steuerbeträge unter jeweils 3.000, 4.000 und 5.000 frs. nicht erhoben. Diese Maßnahmen erhöhten die effektiven Freibeträge. Tabelle 17 spiegelt die Staffelung der Freibeträge entsprechend den unterschiedlichen Familienlasten wider.

Tabelle 17

Nominelle und effektive Freibeträge bei der allgemeinen Einkommensteuer ab 1950
(in Francs)

	1950/51	1952/53	ab 1954
Nomineller Freibetrag:	140.000	180.000	220.000
Nicht erhoben:	3.000	4.000	5.000
Effektiv frei, wenn:			
Divisor 1	171.000	221.000	271.000
" 1,5	211.000	271.000	331.000
" 2 ¹⁾	281.000	361.000	441.000
" 2,5	351.000	451.000	551.000
" 3	421.000	541.000	661.000

1) Der Divisor 2 gilt für eine zweiköpfige Familie (Ehepaar ohne Kinder)

2) Der Divisor 3 bezeichnet eine vierköpfige Familie (Ehepaar mit zwei Kindern)

Durch den Abschlag bei Steuerbeträgen zwischen 5.000 und 10.000 frs. (bis 1954 4.000 und 8.000 frs.) wird eine weitere Senkung der Steuer bei Einkommen bis zu 320.000 frs. pro "part" erreicht.

Tabelle 18

Die allgemeine Einkommensteuer auf die Einkommenskategorie der Industrie- und Handelsgewinne in den Jahren 1951 bis 1956 nach Einkommensstufen.

	1951		1952		1953		1954		1955		1956	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
A. Alle Einkommensstufen: Zahl der Steuerpflichtigen (in 1.000)												
Steuerpfl.Eink. (in Mrd frs.)	418,0	100	549,2	100	589,8	100	610,4	100	713,8	100	753,7	100
Gezahlte Steuer (in Mrd frs.)	355,0	100	504,2	100	562,7	100	595,3	100	687,0	100	732,2	100
	-	-	29,8	100	48,6	100	48,0	100	51,3	100	67,4	100
B. Einkommen bis 0,9 Mio frs.: Zahl der Steuerpflichtigen												
Steuerpfl.Eink. (in Mrd frs.)	293,4	70,2	361,9	65,9	387,1	65,6	396,2	64,9	451,4	63,2	474,0	62,9
Gezahlte Steuer	155,4	43,8	199,2	39,5	223,5	39,7	231,4	38,9	253,2	36,9	261,9	35,8
	-	-	6,61	22,2	8,47	17,4	6,99	14,6	7,22	14,1	8,83	13,1
C. Einkommen von 0,9 bis 3 Mio frs.: Zahl d.Steuer-Pfl.												
Steuerpfl.Eink. (in Mrd frs.)	113,8	27,2	271,5	31,2	185,7	31,5	196,7	32,2	240,3	33,7	253,4	33,6
Gezahlte Steuer	149,2	42,0	227,1	45,5	257,4	45,7	275,2	46,2	324,2	47,2	340,0	46,4
	-	-	11,2	37,6	20,6	42,2	21,2	44,2	22,6	44,1	29,7	44,1
D. B. u. C. Zahl d.Steuer-Pfl.												
Steuerpfl.Eink. (in Mrd frs.)	407,9	97,4	533,4	97,1	573,6	97,1	592,7	97,1	691,7	96,9	727,4	96,5
Gezahlte Steuer	305,2	85,8	426,4	85,0	481,7	85,4	506,7	85,1	577,4	84,1	601,9	82,2
	-	-	17,8	59,8	29,1	59,8	28,2	58,8	29,8	58,2	38,5	57,2

Quellen s. nächste Seite

Der Steuerpflichtige zahlt bei einem Einkommen von 280.000 frs. 2.000 statt 6.000 frs., bei einem solchen von 300.000 frs. 6.000 statt 8.000 frs.

Im Jahre 1951 entrichteten nur 27,4 % der gewinnsteuerpflichtigen Unternehmer auch die allgemeine Einkommensteuer. Der Prozentsatz stieg auf 42 % im Jahre 1954 und auf 50 % 1956. Die Einkommen stiegen allgemein schneller als die Freigrenzen. In den Jahren, in denen die Freigrenze erhöht wurde, besonders deutlich 1954, blieb der Zuwachs an Pflichtigen der allgemeinen Einkommensteuer verhältnismäßig gering (vgl. Tabelle 18). Das Ansteigen der Zahl der Unternehmer, die zur allgemeinen Einkommensteuer herangezogen wurden, von 418.000 im Jahre 1951 auf 549.200 1952, trotz Erhöhung der Freigrenze von 140.000 frs. auf 180.000 frs., geht auf die außerordentlichen Preis- und Einkommenssteigerungen anlässlich des Koreakrieges zurück. In dem Bestreben, zu aussagekräftigen durchschnittlichen Belastungsziffern zu gelangen, sind alle Einkommen über 3 Millionen frs. jährlich von der Untersuchung ausgeschlossen worden, da man sie nicht als mittelständische Einkommen ansehen kann. Wegen der Progression der Steuer würden diese wenigen Einkommen ein zu großes Gewicht erlangen und ein falsches Bild von der durchschnittlichen Belastung geben. Weiterhin sind die übrigen Steuerpflichtigen, die alle als mittelständische Unternehmer betrachtet werden, nochmals nach ihrem Einkommen in zwei Gruppen aufgeteilt.

Quellen zu Tabelle 18: Zahl der Steuerpflichtigen, steuerpflichtiges Einkommen und allgemeine Einkommensteuer: Statistiques et Etudes financières,

Nr. 57, Sept. 1953, S. 810

Nr. 93, Sept. 1956, S. 934 u. 940

Nr. 67, Juli 1954, S. 628

Nr. 106, Okt. 1957, S. 1094 u. 1100

Nr. 80, Aug. 1955, S. 794 u. 800

Nr. 116, Aug. 1958, S. 918 u. 924.

Alle übrigen Zahlen wurden vom Verfasser auf Grund der genannten Zahlen errechnet.

Zur ersten Gruppe gehören alle, deren Einkommen 0,9 Millionen frs. jährlich nicht überstieg, zur zweiten alle mit einem Einkommen zwischen 0,9 und 3 Millionen frs.¹⁾ Tabelle 18 zeigt die Anteile dieser beiden Gruppen an der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen, dem steuerpflichtigen Einkommen und der gezahlten Steuer. Rund 97 % der Steuerpflichtigen bezogen durchschnittlich 85 % der Einkommen und zahlten kaum 60 % der Steuer.

In Tabelle 19 sind alle Steuerpflichtigen erfaßt, deren Jahreseinkommen unter 900.000 frs. lag. In diese Kategorie fallen fast alle im Pauschalverfahren zur Gewinnsteuer Veranlagten, soweit sie überhaupt die allgemeine Einkommensteuer entrichten. Auch hier zeigt sich eine Verringerung der durchschnittlichen Belastung im Jahre 1954, die dann aber wieder langsam ansteigt.

Tabelle 19

Belastung der Industrie- und Handelsgewinne bis zu 900.000 frs. jährlich durch die allgemeine Einkommensteuer.

Zeitraum: 1952 - 1956

	Einheit	1951	1952	1953	1954	1955	1956
Zahl der Steuerpflichtigen	1.000	293	362	387	396	451	474
Steuerpflichtiges Einkommen	Mrd. frs.	155	199	224	231	253	262
Allg. Einkommensteuer	Mrd. frs.	-	6,61	8,47	6,99	7,22	8,83
Durchschnittl. Einkommen eines Steuerpflichtigen	1.000 frs.	530	550	577	584	561	553
Durchschnittl. Steuerbetrag eines Steuerpflichtigen	1.000 frs.	-	22,5	23,4	18,1	18,2	19,6
Durchschnittl. Steuerbelastung	v.H.	-	4,1	4,1	3,1	3,2	3,5
Steuerbelastung bei 60 % Betrug	v.H.	-	2,6	2,5	1,9	2,0	2,2

Alle Zahlen wurden vom Verfasser auf Grund der in Tabelle 18 angegebenen Quellen errechnet.

1) Bei der Wahl der Einkommensstufen mußte der Verfasser auf die statistischen Angaben Rücksicht nehmen. Er glaubt jedoch, daß sie geeignet sind, ein repräsentatives Bild zu geben.

Tabelle 20

Belastung der gewerblichen mittelständischen Unternehmer mit hohen Einkommen (0,9 - 3 Mio frs. jährlich) durch die allgemeine Einkommensteuer.

Zeitraum 1952 - 1956

	Einheit	1951	1952	1953	1954	1955	1956
Zahl der Steuerpflichtigen	1.000	113,8	171,5	185,7	196,7	240,3	253,4
Steuerpflichtiges Einkommen	Mrd. frs.	149,2	227,1	257,4	275,2	324,2	340,0
Allg. Einkommensteuer	Mrd. frs.	-	11,2	20,6	21,2	22,6	29,7
Durchschnittl. Einkommen eines Steuerpflichtigen	1.000 frs.	-	1324	1386	1399	1349	1341
Durchschnittl. Steuerbetrag eines Steuerpflichtigen	1.000 frs.	-	98,4	120,1	114,2	114,9	123,6
Durchschnittl. Steuerbelastung	v.H.	-	7,4	8,7	8,2	8,5	9,2
Durchschnittl. Steuerbelastung bei 60 % Betrug	v.H.	-	4,7	5,4	5,1	5,3	5,8
bei 45 % Betrug	v.H.	-	5,1	6,0	5,4	5,9	6,4

Alle Zahlen sind vom Verfasser auf Grund der in Tabelle 18 angegebenen Quellen errechnet.

Tabelle 20 spiegelt die durchschnittliche Belastung der zweiten Gruppe von Steuerpflichtigen wider. Man kann annehmen, daß zu dieser Kategorie nur solche gehören, die nach dem tatsächlichen Gewinn zur Gewinnsteuer veranlagt werden. Ihre durchschnittliche Belastung liegt wesentlich höher als die der ersten Gruppe. Die Verringerung der Steuerlast im Jahre 1954 war nur gering und vorübergehend.

Die durchschnittlichen Belastungsziffern der allgemeinen Einkommensteuer sind wegen der Progression dieser Steuer weniger repräsentativ als die der Gewinnsteuer, genügen jedoch, um Größenvorstellungen zu geben. Damit erfüllen sie ihren Zweck, zumal exakte Angaben wegen der mangelhaften statistischen Unterlagen ohnehin unmöglich sind.

c) Gesamtbelastung durch die Einkommensteuern

Die Belastung des gewerblichen Mittelstandes durch die Einkommensteuern insgesamt läßt sich nicht in einer einheitlichen Belastungsziffer darstellen, da die von der Gewinnsteuer und der allgemeinen Einkommensteuer erfaßten Personenkreise zu verschieden sind. Die statistischen Unterlagen lassen jedoch eine Aufspaltung der Steuern nach Gruppen zu. Daher sind in Tabelle 21 die Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes in drei Gruppen eingeteilt: Handwerker im steuerrechtlichen Sinne, kleine Kaufleute und Fabrikanten, mittlere Kaufleute und Fabrikanten.

Es gelten folgende Annahmen:

- a) für die Gewinnsteuer der Gruppe B sind die Belastungsziffern der im Pauschalverfahren veranlagten Kaufleute und Fabrikanten typisch, für die der Gruppe C die Belastungsziffern der nach dem tatsächlichen Gewinn veranlagten.
- b) Für die allgemeine Einkommensteuer der Gruppen A und B sind die Belastungsziffern der Einkommen bis zu 900.000 frs. repräsentativ, für die der Gruppe C die Belastungsziffern der Einkommen von 0,9 - 3 Millionen frs.

Diese Annahmen bedeuten, daß für die Abgrenzung von "klein" und "mittel" hinsichtlich der beiden Steuern zwei verschiedene Merkmale, Umsatz und Einkommen, herangezogen werden. Damit aber sind die Grenzen von "klein" und "mittel" nicht für beide gleich.

Es ist möglich, daß ein Unternehmer der Gewinnsteuer nach in die Gruppe B, der allgemeinen Einkommensteuer nach in die Gruppe C gehört und umgekehrt. Jedoch dürfte die Anzahl dieser Fälle begrenzt sein und den repräsentativen Charakter der Darstellung in Tabelle 21 kaum beeinträchtigen. Hierfür spricht neben dem Umstand, daß gewisse Umsatzgruppen im allgemeinen auch wahrscheinliche Einkommensgrenzen enthalten, die Tatsache, daß in den betrachteten Jahren immer nur ein geringer Teil der im Pauschalverfahren Veranlagten ein Einkommen von über 900.000 frs. erzielte. Allerdings steigt der Prozentsatz von 4 % 1951 auf 10 % 1956¹⁾. Dieser Bewegung durch

1) Vgl. dazu die in Tabelle 10 angegebenen Quellen.

Erhöhung der Einkommensgrenze für die letzten Jahre, z.B. auf 1,2 Millionen frs., Rechnung zu tragen, ist jedoch wegen fehlender statistischer Unterlagen unmöglich.

Hinsichtlich der Belastung des gewerblichen Mittelstandes durch die Einkommensteuern ergibt sich für den betrachteten Zeitraum folgendes (vgl. die Tabellen 21 und 22):

Ein Drittel der Handwerker im steuerrechtlichen Sinne entrichtete keine Gewinnsteuer. Die allgemeine Einkommensteuer zahlten 1952 4 %, 1956 20 %.

Durchschnittlich ein Drittel der kleinen Kaufleute, der "artisans non fiscaux" und der kleinen Fabrikanten, führte keine Gewinnsteuer an den Staat ab. Die allgemeine Einkommensteuer entrichteten 1953 12 %, 1956 35 %.

Man kann annehmen, daß alle mittleren Kaufleute und Fabrikanten beide Einkommensteuern zahlten.

Die Einkommenbesteuerung richtet sich nach dem Grundsatz: Je kleiner das Unternehmen, desto günstiger die Besteuerung. Denn die Einkommen der Handwerker werden geringer besteuert als die der kleinen Kaufleute und Fabrikanten, diese wiederum geringer als die der mittleren Kaufleute und Fabrikanten.

Die Gewinnsteuer stellt das reale, die allgemeine Einkommensteuer das personale Element der Einkommenbesteuerung dar.

Die Gewinnsteuer soll die Einkommen also gleichmäßig, die allgemeine Einkommensteuer progressiv belasten. In der Praxis jedoch zeigt sich, daß die Gewinnsteuer kaum weniger progressiv ist als die allgemeine Einkommensteuer, jedoch ohne daß die Progression je den ursprünglich festgesetzten Proportionalssatz erreicht. Das ist eine Folge der Erleichterungen, die man allen Gruppen, wenn auch in unterschiedlichem Maße gewährt hat.

Obwohl die Untersuchung, bedingt durch die statistischen Gegebenheiten, nur einen Zeitraum von sechs Jahren umfaßt, spiegelt sie wegen der bedeutenden Änderungen der steuergesetzlichen Vorschriften in den Jahren 1953/55 die wichtigste Periode der Nachkriegszeit

Tabelle 21

Durchschnittliche Belastung des gewerblichen Mittelstandes durch die Einkommensteuer in den Jahren 1952 bis 1956.

Belastung gemessen in v.H. des Einkommens.

		1952		1953		1954		1955		1956	
		a	b	a	b	a	b	a	b	a	b
A. Handwerker im steuerrechtlichen Sinne											
1. Gewinn- steuer	c	8,4	5,2	9,4	5,9	8,0	5,0	6,1	3,8	7,0	4,4
	d	10,1	6,8	11,0	7,3	8,5	5,7	6,7	4,4	6,9	4,6
2. allg.Ein- kommenst.		4,1	2,6	4,1	2,5	3,1	1,9	3,2	2,0	3,5	2,2
B. Kleine Kaufleute und kleine Fabrikanten (Einkommen bis 900.000 frs.)											
1. Gewinn- steuer		16,5	10,3	16,7	10,5	16,2	10,1	9,1	5,7	10,5	6,5
2. allg.Ein- kommenst.		4,1	2,6	4,1	2,5	3,1	1,9	3,2	2,0	3,5	2,2
C. Mittlere Kaufleute u. mittlere Fabrikanten (Einkommen von 0,9 - 3,0 Mio frs.)											
1. Gewinn- steuer		14,9	10,3	17,2	11,9	16,6	11,5	13,9	9,7	14,2	9,8
2. allg.Ein- kommenst.		7,4	5,1	8,7	6,0	8,2	5,4	8,5	5,9	9,2	6,4
a) Belastung im Verhältnis zum erklärten Gewinn											
b) Belastung unter Berücksichtigung von 60 % Betrag, mit Ausnahme von A 1 d und C, wo 45 % Betrag angenommen sind.											
c) Im Pauschalverfahren veranlagte Handwerker.											
d) Nach dem tatsächlichen Gewinn veranlagte Handwerker.											

Vom Verfasser auf Grund der Tabellen 3, 6, 10 und 11 errechnet.

Tabelle 22

Der gewerbliche Mittelstand als Einkommensteuerzahler.

Durchschnitt der Jahre 1952 - 1956

	Anzahl d. Unternehmer insg.	Zahl der Unternehmer, die zahlen:		
		Keine Einkommensteuer	Gewinnsteuer	Allgemeine Einkommensteuer
in 1.000				
Handwerker im steuerrechtlichen Sinne	750	250-300	450-500	40-160
Kleine Kaufleute und Fabrikanten	1.200	400-450	750-800	150-430
Mittlere Kaufleute und Fabrikanten	250	0	250	250
Gewerblicher Mittelstand insgesamt	2.200	650-750	1.450-1.550	440-840
in v. H.				
Handwerker im steuerrechtlichen Sinne	34,1	33-40	60-67	5-21
Kleine Kaufleute und Fabrikanten	54,5	33-38	72-77	13-36
Mittlere Kaufleute und Fabrikanten	1,4	0	100	100
Gewerblicher Mittelstand insgesamt	100,0	30-34	66-70	20-38

Quelle: Vom Verfasser auf Grund der Angaben auf den Seiten 88f und 97 ff errechnet.

wider. Die Einkommensteuerbelastung des gewerblichen Mittelstandes erhöhte sich bis 1953 stetig, verminderte sich 1954 beträchtlich und steigt seitdem wieder langsam an, denn bei allgemein steigenden Einkommen bleiben der Anwendungsbereich der ermäßigten Sätze bei der Gewinnsteuer sowie die Freigrenze und die Staffelung bei der allgemeinen Einkommensteuer unverändert.

4. Umsatzsteuern und gewerblicher Mittelstand

Die französischen Umsatzsteuergesetze bestimmen ausdrücklich, daß die betreffenden Steuern in die Preise eingehen, also von den Käufern getragen werden sollen. Ob eine Steuer jedoch im Preis weitergegeben werden kann, hängt nicht von den gesetzlichen Bestimmungen ab, sondern von den Marktverhältnissen. Wie oben (s. 75 ff) dargestellt wurde, darf man annehmen, daß in Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg alle indirekten Steuern vor- und weitergewälzt wurden. Der gewerbliche Mittelstand zahlte zwar diese Steuern, aber er trug sie nicht. Belastet wurde und wird er nur insoweit, als er für den Fiskus die Steuern einnimmt. Da die Steuern im Augenblick des Umsatzvorgangs fällig werden, muß er sie vorfinanzieren, falls er auf Kredit verkauft.

Die Umsatzbesteuerung in Frankreich wurde in den Jahren 1954/55 neu gestaltet¹⁾. Im folgenden wird dargelegt, welche Umsatzsteuern die einzelnen Gruppen des gewerblichen Mittelstandes vor und nach der Reform zu zahlen hatten:

a) Die Umsatzsteuern des gewerblichen Mittelstandes bis zur Reform von 1954/55

Bis 1954 wies die französische Umsatzbesteuerung die vier folgenden Hauptsteuern auf:

Produktionsteuer (Art. 256 - 1, C.G.I.)

Dienstleistungsteuer (Art. 256 - 2, C.G.I.)

Transaktionsteuer (Art. 286, C.G.I.)

Lokale Zusatzsteuer zu den Umsatzsteuern (Art. 1573 und 1574, C.G.I.)

1) Gesetz Nr. 54 - 404 v. 10. 4.1954, J.O. v. 11.4.1954, S.3482,
Gesetz Nr. 54 - 1319 v. 31.12.1954, J.O. v. 1.1.1955, S. 67,
Gesetz Nr. 55 - 465 v. 30. 4.1955, J.O. v. 3.5.1955, S.4373.

Diese Steuern trafen die einzelnen Gruppen des gewerblichen Mittelstandes verschieden stark.

Die Handwerker waren von der Produktions- und Dienstleistungsteuer befreit¹⁾. Ihre gesamten Einnahmen unterlagen aber der Transaktionssteuer und der lokalen Zusatzsteuer²⁾. Jedoch konnte ein Handwerker bei einzelnen Produkten für die Zahlung der Produktionsteuer optieren. Das war u.U. vorteilhaft, wenn er für Produzenten arbeitete, da diese zwar die gezahlte Produktionsteuer, aber nicht die Transaktionssteuer und die lokale Zusatzsteuer von ihrer Umsatzsteuerschuld absetzen konnten.

Groß- und Einzelhändler waren ebenfalls von der Produktions- und Dienstleistungsteuer befreit. Sie zahlten die Transaktionssteuer und die lokale Zusatzsteuer zum normalen Satz. Bei Kaufleuten, die zugleich Groß- und Einzelhändler waren, wurde für beide Steuern ein erhöhter Satz angewendet, wenn der Großhandelsumsatz im Vorjahr mindestens ein Drittel des gesamten Umsatzes ausmachte. Das gleiche galt, wenn ein Einzelhändler mehr als zwei Betriebe hatte.

Die Großhandelsverkäufe der Produzenten, Handwerker ausgenommen, wurden von der Produktions- und Transaktionssteuer getroffen. Ihre Einzelhandelsverkäufe unterlagen zusätzlich der lokalen Umsatzsteuer.

Dienstleistungsbetriebe schließlich entrichteten die Dienstleistung -, die Transaktions- und die lokale Zusatzsteuer.

Bei allen Nichtproduzenten und Handwerkern wurde der Umsatz pauschal besteuert, wenn er 500.000 frs im Jahr nicht überstieg. Lag der Umsatzsteuerbetrag unter einer gewissen Grenze, so wurde die Steuer nicht monatlich, sondern vierteljährlich oder jährlich gezahlt. Die Pauschalbesteuerung kleiner Betriebe verringerte deren Buchführungsverpflichtungen beträchtlich.

Es ergibt sich also:

Handwerker und Händler waren im allgemeinen gegenüber den übrigen Produzenten und den Dienstleistungsbetrieben durch Befreiung von

1) Art. 256, 264 und 270, C.G.I.

2) Art. 286, C.G.I.

der Produktions- und Dienstleistungsteuer eindeutig bevorzugt. Die Produzenten zahlten nicht nur einen höheren Steuersatz, sondern sie mußten auch weitaus strengeren Buchführungsvorschriften nachkommen.

Komplizierte Steuern mit hohen Buchführungsanforderungen belasten kleine und mittlere Betriebe in viel höherem Maße als Großbetriebe. An die Kleinbetriebe stellt die Finanzverwaltung im allgemeinen geringere Ansprüche. Mit den Mittelbetrieben traf die bis 1954 geltende Umsatzbesteuerung gerade die Betriebe des gewerblichen Mittelstandes besonders stark, die auch bei anderen Steuern keinerlei Privilegien hatten. Wenn Steuervergehen auf dem Gebiete der Umsatzsteuern vorkamen, so beruhten sie oft nicht auf dem Vorsatz des Steuerpflichtigen, zu betrügen, sondern auf mangelnder Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen. Dazu trug bei, daß die Vorschriften des Code général des impôts äußerst kurz gefaßt sind, der Auslegung der Finanzverwaltung also ein großer Spielraum offensteht¹⁾.

b) Die Umsatzsteuern des gewerblichen Mittelstandes nach der Reform von 1954/55.

Die im Jahre 1954 eingeführten Umsatzsteuern wurden im Abschnitt über das französische Steuerwesen (S. 58 ff) dargestellt. Hier bleibt zu untersuchen, wie sie den gewerblichen Mittelstand treffen.

Im allgemeinen zahlt der Handwerker nur die lokale Umsatzsteuer²⁾. Da er die Mehrwertsteuerbeträge seiner Lieferanten absetzen kann, wenn er an einen anderen Mehrwertsteuerpflichtigen liefert, ist es für ihn u.U. vorteilhaft, die Mehrwertsteuer zu entrichten³⁾. Da seit dem 1.7.1955⁴⁾ die Dienstleistungsteuer von der Mehrwert-

1) Vgl. Mémento Lamy fiscal, a.a.O., S. 15.

2) Art. 8-1, Dekret Nr. 55-465 v. 30.4.1955, J.O. v. 3.5.1955, S.4373

3) Touboul, Gilbert, Le régime fiscal des artisans, Thèse, Paris 1956, S. 109.

4) Das Dekret Nr.54-1319 v.31.12.1954, J.O.v.1.1.1955, S.67, verschob das Inkrafttreten dieser Vorschrift vom 1.1.1955 auf den 1.7.1955.

steuer abzugsfähig ist, darf der Handwerker bei Option für die Mehrwertsteuer auch noch die von seinen Lieferanten gezahlte Dienstleistungsteuer absetzen. Desgleichen steht es ihm frei, für die Zahlung der Dienstleistungsteuer zu optieren. Die Option bedeutet in beiden Fällen, daß nicht die lokale Umsatzsteuer gezahlt wird, sondern die Steuer, für die er optiert hat.

Der Einzelhandel zahlt im allgemeinen ebenfalls nur die lokale Umsatzsteuer¹⁾. Einzelhändler, die mehr als fünf Betriebe besitzen oder deren vorjähriger Umsatz zur Hälfte Großhandelsumsatz war, entrichten die Mehrwertsteuer.

Großhändler unterliegen der Mehrwertsteuer, falls sie nicht für die Zahlung der lokalen Umsatzsteuer optieren²⁾.

Kleine und mittlere Industrielle zahlen als Produzenten die Mehrwertsteuer. Produzenten, die Einzelhandelsverkäufe tätigen, müssen zusätzlich die lokale Umsatzsteuer entrichten.

Kleine Betriebe mit gemischter Tätigkeit (Produktion, Dienstleistung, Einzelhandelsverkauf), deren vorjähriger Umsatz 30 Millionen frs. nicht überstieg und die normalerweise alle drei Umsatzsteuern zahlen müßten, können sich für die Zahlung der Dienstleistungsteuer auf alle Umsätze entscheiden³⁾. Betriebe mit Umsätzen unter einer gewissen Grenze können im Pauschalverfahren zur Umsatzsteuer herangezogen werden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden:

Handwerker und Einzelhändler werden durch die Befreiung von der Mehrwertsteuer bevorzugt. Die Unterwerfung unter die lokale Umsatzsteuer kann diesen Vorteil nur mindern, jedoch bei weitem nicht beseitigen.

Kleine Fabrikanten werden insofern begünstigt, als sie für die Zahlung der Dienstleistungsteuer allein oder der Dienstleistungsteuer und lokalen Umsatzsteuer zur Hälfte optieren dürfen⁴⁾.

1) Art. 256, C.G.I.

2) Art. 2634, C.G.I.

3) Art. 15, Dekret Nr. 55-465 v.30.3.1955, J.O.v.3.5.1955, S.4373.

4) Art. 15, Dekret Nr.55-594 v.20.5.1955, J.O.v.21.5.1955, S.5115.

Die mittlere Industrie genießt keine Vergünstigungen.

Die Lage des gewerblichen Mittelstandes hat sich durch die Reform von 1954/55 kaum geändert. Nach wie vor gilt der schon bei den Einkommensteuern festgestellte Grundsatz: Je kleiner der Betrieb, desto größer die steuerlichen Vorteile.

5. Die Belastung durch die Gewerbesteuer

Art. 1454 - 15 C.G.I. befreit einen großen Teil der Handwerker von der Gewerbesteuer. Bis zum 1.1.1957 zahlten die Handwerker die "patente" nicht, die neben ihren Familienangehörigen (Frau, Kinder, Schwiegersohn) nur einen Lehrling unter 20 Jahren beschäftigten. Bis 1954 war das Alter des Lehrlings auf 18 Jahre festgesetzt¹⁾.

Das Dekret vom 30.4.1955²⁾ erlaubte ab 1.1.1957, eine unbestimmte Anzahl von Lehrlingen einzustellen. Der Handwerker darf außerdem bis zu 50 Tagen im Jahr eine zusätzliche Arbeitskraft beschäftigen.

Nach Art. 1454 C.G.I wird der Handwerker gewerbesteuerpflichtig, sobald er nicht mehr juristisch unabhängig ist oder kommerzielle Spekulation betreibt. Nach Ansicht des Gesetzgebers liegt "kommerzielle Spekulation" dann vor, wenn der Handwerker seine Erzeugnisse viel teurer verkauft, als der geleisteten Arbeit entspricht, oder wenn er übermäßige Vorräte hält³⁾.

Handwerker, die sich zu einer Personengesellschaft zusammengeschlossen haben, sind nicht befreit, Handwerksgenossenschaften unter gewissen Bedingungen⁴⁾.

Wegen der Spekulationsmöglichkeiten hat man die handwerklichen Berufe der Lebensmittelbranche wie Metzger, Bäcker usw. von der Regelung für Handwerker ausgenommen⁵⁾.

1) Touboul, Gilbert, a.a.O., S. 124.

2) Dekret Nr. 55-466 v.30.4.1955, J.O.v.3.5.1955, S. 4376.

3) Touboul, Gilbert, a.a.O., S. 124.

4) Art. 1454 - 17, C.G.I.

5) Touboul, Gilbert, a.a.O., S. 126.

Um von der "patente" befreit zu werden, muß der Handwerker überwiegend Handarbeit leisten. Der Conseil d'Etat hat einem Handwerker der alle anderen Bedingungen erfüllte, aber drei Elektromotoren zum Antrieb von vier Maschinen benutzte, die Befreiung von der Gewerbesteuer versagt¹⁾.

Für den Einzelhandel gelten im allgemeinen keine Befreiungen. Doch werden seine größten Konkurrenten, die Filialunternehmen und Kaufhäuser, stärker belastet.

Art. 1475 C.G.I. sieht eine Erhöhung der Gewerbesteuer für die Steuerpflichtigen vor, die mehr als vier Filialbetriebe zum Verkauf von Lebensmitteln und sonstigen Konsumgütern führen. Liegt die Zahl der Betriebe zwischen 5 und 10, so werden fixe und proportionale Abgaben um ein Viertel erhöht. Bei 11 bis 20 Betrieben steigen sie um ein Drittel, bei 20 bis 50 um die Hälfte, und sie verdoppeln sich bei mehr als 50.

Bei Kaufhäusern ist die für alle anderen Tätigkeiten proportionale Abgabe progressiv. Sie steigt den Mietwerten der beanspruchten Räumlichkeiten entsprechend von einem Dreißigstel bis zu einem Drittel der Besteuerungsgrundlage.

Konsumgenossenschaften sind wie die Einzelhandelsunternehmen gewerbesteuerpflichtig.

Da für größere Unternehmen die Sätze steigen, werden die zum gewerblichen Mittelstand zählenden Händler und Industriellen durch die Gewerbesteuer geringer belastet als die übrigen. Die Abgabe pro Beschäftigten wird für die ersten fünf Arbeitskräfte ermäßigt. Diese Bestimmung gilt für alle Unternehmen, fällt aber bei den kleinen stärker ins Gewicht als bei den großen²⁾.

Für die Belastung des gewerblichen Mittelstandes durch die Gewerbesteuer gilt also folgendes:

1) Touboul, Gilbert, a.a.O., S. 124.

2) ders., S. 131.

Fast alle Handwerker sind von der Gewerbesteuer befreit. Die übrigen Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes werden bevorzugt, indem man ihre hauptsächlichen Konkurrenten, die Filialunternehmen, Kaufhäuser und Großunternehmen der Industrie höher besteuert. Zahlenangaben über den Grad der Belastung und das Ausmaß der Bevorzugung sind mangels statistischer Unterlagen unmöglich.

Wiederholte Änderungen der "patente" haben bei den Kaufleuten, die ihre Abschaffung wünschen, zu lebhaften Protesten geführt. Dazu meint die "Direction du commerce intérieur"¹⁾: "Indessen soll man nicht vergessen, daß die Abschaffung der 'patente' trotz der relativ geringen Inzidenz dieser Steuer auf die Unternehmungskosten eine sehr alte Forderung bleibt, die der Handel andauernd erhebt, und zwar mehr aus Respekt vor einer alten Tradition als aus dem Wunsche, sich einen wirklichen steuerlichen Vorteil zu verschaffen."

6. Sonstige Steuern, Gebühren und Beiträge einschließlich der "Taxes parafiscales"

Der gewerbliche Mittelstand muß, soweit er fremde Arbeitskräfte beschäftigt und Löhne zahlt, eine Pauschalabgabe auf diese Löhne an die Staatskasse abführen. Diese Pauschalabgabe beträgt 5 % der Lohnsumme bei Beschäftigten, die bis zu 3 Millionen frs. im Jahr verdienen. Liegt der Jahreslohn zwischen 3 und 6 Millionen frs., sind 10 %, über 6 Millionen frs. 16 % zu zahlen. Für Angehörige des gewerblichen Mittelstandes kommt nur die Pauschalabgabe von 5 % in Betracht, da es kaum einen Betrieb geben dürfte, der einen Jahreslohn von mehr als 3 Millionen frs. zahlt.

Die Pauschalabgabe ist monatlich zu zahlen. Liegt der zu entrichtende Betrag unter 10.000 frs. monatlich, so wird nur alle vier Monate gezahlt. Übersteigt die in vier Monaten zu zahlende Summe nicht 10.000 frs., so braucht die Abgabe nur jährlich abgeführt zu werden²⁾.

1) Ministère de l'industrie et du commerce, Direction du commerce intérieur: Le commerce intérieur français en 1957, S. 7, in: La Documentation Française, Paris 1958, im folgenden zitiert: Le commerce intérieur français en 1957.

2) Art. 1669, C.G.I.

Da das Sonderdekret, welches die Pauschalabgabe für die landwirtschaftlichen Berufe festsetzen sollte¹⁾, bis heute noch nicht erlassen wurde, sind die landwirtschaftlichen Arbeitgeber von dieser "Lohnsummensteuer" befreit. Das gilt auch für die Landwirte, die im Nebenberuf Handwerker sind.

Bei der Pauschalabgabe werden die Betriebe des gewerblichen Mittelstandes also nur insoweit begünstigt, als ihnen u.U. Vorteile in der Zahlungsweise eingeräumt werden.

Alle Arbeitgeber, die der Gewinn- oder Körperschaftsteuer unterliegen, sind verpflichtet, von der Lohnsumme eine Lehrlingsteuer von 4 ‰ zu zahlen²⁾. Sie soll einen Teil der Ausgaben des Staates zur Förderung der technischen Ausbildung und des Lehrlingswesens decken.

Art. 224 - 3 C.G.I. befreit von der Lehrlingsteuer die in die Handwerksrolle eingetragenen Handwerker, die einen oder mehrere Lehrlinge unter 20 Jahren beschäftigen, wenn die nach den Bestimmungen des Art. 225 C.G.I. errechnete Besteuerungsgrundlage 1 Million frs. im Jahr nicht übersteigt.

Weiterhin kann ein Handwerker auf Antrag durch die "Comités départementaux d'enseignement technique" ganz oder teilweise von der Lehrlingsteuer befreit werden. Bei dieser werden vom gewerblichen Mittelstand also nur die genannten Handwerker bevorzugt.

1957 führte man eine befristete Steuer auf die Mehrgewinne des Jahres 1955 ein (Übergewinnsteuer)³⁾. Diese Abgabe traf alle gewinn- und körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen. Die Übergewinnsteuer wurde auch für 1956 und 1957 erhoben⁴⁾. Vergleichsgrundlage für die

1) Art. 53, C.G.I., Annexe III.

2) Art. 34, 35, C.G.I.

3) Prélèvement temporaire sur les suppléments de bénéfices (Übergewinnsteuer), Gesetz Nr. 57-335, vom 19.3.1957, J.O. v. 20.3.1957, S. 2965.

4) Gesetz Nr. 57-1263 v. 13.12.1957, J.O. v. 14.12.1957, S. 11346.
Dekret Nr. 58-455 v. 28. 4.1958, J.O. v. 29. 4.1958, S. 4199.

Feststellung der Übergewinne waren nach Wahl des Steuerpflichtigen:

- a) der Gewinn des Vorjahres oder
- b) der Durchschnittsgewinn der beiden gewinnhöchsten Jahre seit 1950 oder
- c) 6 % des investierten Kapitals.

Der Steuersatz betrug 20 %.

Handwerker im Sinne des Art. 184 - 2 C.G.I. und alle Kaufleute und Fabrikanten, die im Pauschalverfahren zur Gewinnsteuer herangezogen werden, hat man von dieser Abgabe ausgenommen. Damit trifft sie nur wenige Betriebe des gewerblichen Mittelstandes.

Zur Belastung des gewerblichen Mittelstandes durch Gebühren und Beiträge läßt sich nichts Allgemeingültiges aussagen. Die Zahlung dieser Abgaben ist von Umständen abhängig, die nach Berufen und Betrieben abweichen.

Im Jahre 1956 brachten 128 verschiedene "taxes parafiscales" dem Staat insgesamt 63 Milliarden frs. Einnahmen. Die Belastung des Handwerks durch diese Abgaben lag unter 2 Milliarden frs. (3,2 %), die des Handels unter 3 Milliarden frs. (4,8 %) ¹⁾.

Hiermit ist die Untersuchung der Belastung des gewerblichen Mittelstandes durch die einzelnen Steuern (Einkommen-, Umsatz-, Gewerbesteuer usw.) abgeschlossen. Tabelle 23 soll in einer Übersicht nochmals die Besteuerung ab 1955 widerspiegeln. Es wurde gezeigt, daß der Gesetzgeber den Handwerkern steuerlich eine Sonderstellung einräumt. Deshalb werden in der Übersicht Handwerker und übrige Angehörige des gewerblichen Mittelstandes unterschieden.

7. Steuerkontrollen und Steuerstrafen

Steuerkontrollen und Steuerstrafen rechnen nicht unmittelbar zur steuerlichen Belastung. Sie können jedoch mittelbare Folgen der Belastung sein, wenn eine harte Besteuerung die Steuerpflichtigen zu Steuervergehen veranlaßt oder komplizierte Steuervorschriften

1) Schätzung des Verfassers auf Grund der Angaben in: Les taxes parafiscales en 1956, Statistiques et Etudes financières, Nr.91, Juli 1956, S. 697-719.

Tabelle 23

Besteuerung des gewerblichen Mittelstandes ab 1955 (im Jahre 1956).

Steuer	Handwerker	Kaufleute, Fabrikanten
Gewinnsteuer	Einkommen: unter 120.000 frs.: frei zw. 120-140.000 " : 5 % mit Abschl. zw. 440-450.000 : 18 % mit Abschl. über 450.000 frs.: 18 %	Einkommen: unter 120.000 frs.: frei zw. 120-300.000 " : 4 % mit Abschlag zw. 300-350.000 " : 18 % mit Abschlag über 350.000 " : 18 %
Allgemeine Einkommensteuer	Freigrenze: 220.000 frs. pro Teil.Steuerbetrag nicht erhoben: wenn unter 5.000 frs. Abschlag, wenn Steuer- betrag zw. 5000 und 10.000 frs. Sätze ge- staffelt von 10 % bis 60 % (Junggesellen 70 %)	Vgl. Handwerker
Befristete Abgabe auf Mehrgewinne (erst ab 1957) 20 %	Befreit	Befreit: Steuerpflichtige, die im Pauschalverf.veranlagt
Mehrwertsteuer	Befreit	Handel: Befreit; Andere: Sätze zw. 10 % und 27,5 %
Dienstleistungsteuer	Befreit	Dienstleistungsgewerbe: Sätze zw. 8,5 % und 15,5 %. Andere: Befreit
Lokale Umsatzsteuer	Sätze zw. 2,2 % und 2,75 %	Keine generelle Regel; Einzel- handel: 2 % bis 8,5 %
Gewerbesteuer	Befreit, soweit Bedin- gungen des Art. 1454- 15 C.G.I. erfüllt, d.h. der größte Teil	Gewerbsteuerpflichtig
Lehrlingsteuer	In der Handwerksrolle eingetragen: Befreit, so- weit Lehrlinge ausgebil- det werden (C.G.I., Art. 224-3)	4 % der Lohnsumme
Pauschalabgabe der Arbeitgeber auf die Lohnsumme	5 % auf die Lohnsumme; Landwirte mit handwerk- lichem Nebenberuf be- freit.	5 % auf die Lohnsumme

ungewollte oder gewollte Übertretungen herausfordern. Dieses scheint weitgehend für den gewerblichen Mittelstand zuzutreffen. Bis 1953 konnten Betriebskontrollen von jeder der drei Finanzverwaltungen¹⁾ für ihren Bereich vorgenommen werden. Sie unterrichteten sich gegenseitig über das Ergebnis. Bis zu einem gewissen Jahresumsatz kontrollierte ein Beamter. Bei höheren Jahresumsätzen wurden die Kontrollen von Prüfergruppen durchgeführt.

1953 führte man die Gesamtkontrolle (contrôle d'ensemble) ein. Der Beamte (le polyvalent) prüft für alle drei Finanzverwaltungen gleichzeitig und teilt das Resultat einer Zentralstelle des Departements mit. Bei Umsätzen über 60 Millionen frs. kontrollieren Prüfergruppen (brigades polyvalentes).

Bei den im Pauschalverfahren besteuerten Betrieben erstreckt sich die Kontrolle auf die vom Inhaber mitgeteilten Angaben; bei den anderen Betrieben wird ordnungsmäßige Buchführung verlangt. Die Überprüfung kann bis zu vier Jahren zurückreichen²⁾

Auf dem Gebiet der Steuerkontrollen hat die Finanzverwaltung viel Spielraum. Verschärfungen und Erleichterungen der Kontrollen hängen daher weitgehend von ihrem Ermessen ab.

Es ist anzunehmen, daß die kleinen und mittleren Betriebe weniger häufig kontrolliert werden als die großen. Da die Buchführungspflicht der pauschal Besteuerten begrenzt ist, wird bei der Mehrzahl der gewerblichen Mittelstandsbetriebe der Anwendungsbereich der Steuerkontrollen ebenfalls eingeschränkt.

In den Jahren 1954 und 1955 wehrten sich viele Handwerker, Einzelhändler und Fabrikanten unter Führung Pierre P o u j a d e s gegen verschärfte Steuerkontrollen und forderten, die Überprüfungen ganz abzuschaffen. Damit verlangte man praktisch das Einverständnis von Gesetzgeber und Finanzverwaltung zur Steuerhinterziehung.

1) In Frankreich bestehen drei Finanzverwaltungen:

Administration des contributions directes,

Administration des contributions indirectes et des douanes,

Administration de l'enregistrement et du timbre.

2) Art. 1966 C.G.I.

Steuerkontrollen können nicht abgeschafft werden, wenn die Besteuerung ihren Zweck erfüllen soll. Das Beispiel der Poujade-Bewegung jedoch zeigt, wie sehr sie dazu beizutragen vermögen, die Erbitterung der Steuerpflichtigen gegen den Fiskus bis zur Steuerrevolte zu steigern.

Innerhalb der **S t e u e r s t r a f e n** ist zwischen Verzugsstrafen wegen verspäteter Abgabe der Steuererklärung oder verspäteter Zahlung und Strafen wegen Steuervergehen zu unterscheiden.

Wird die Einkommensteuererklärung verspätet abgegeben, so erhöht sich der Steuerbetrag um 10 % bei Verzug um einen Monat, um 20 % bei zwei Monaten und um 25 % bei mehr als zwei Monaten. Verspätete Zahlung der Einkommensteuern bewirkt eine Erhöhung des Steuerbetrages um 10 %¹⁾.

Umsatzsteuern werden im allgemeinen am 25. eines jeden Monats fällig. Der Steuerbetrag wird um 2 % erhöht, wenn erst bis zum Ende des gleichen Monats gezahlt wird. Die Steuer erhöht sich um 5 %, wenn sie erst im nächsten Monat gezahlt wird, für jeden weiteren Monat um 1 %.

Ist die Steuererklärung fehlerhaft, so betragen die Verzugszinsen bei gutem Glauben 0,75 % pro Monat. Bei Vorsatz wird der Steuerbetrag um 30 bis 100 % erhöht.

Bei Gebühren wird grundsätzlich jede Übertretung, die dem Fiskus keinen Nachteil brachte, mit einer Strafe von 500 frs. geahndet. Entstand dem Staat ein Einnahmeausfall, so entspricht die Strafe der Summe der hinterzogenen Abgaben mit einem Mindestbetrag von 500 frs.²⁾.

S t r a f g e r i c h t e dürfen Geldstrafen bis zu 1,8 Millionen frs. und Gefängnisstrafen bis zu 2 Jahren verhängen³⁾. Hinzu kommen Berufsverbot, Führerscheinentzug und Veröffentlichung von Namen und Einkommen derjenigen, die Steuern hinterzogen oder sich der Kontrolle widersetzt haben.

1) Art. 1732 C.G.I.

2) Art. 1785 C.G.I.

3) Vgl. Mémento Lamy fiscal, a.a.O., S. 290.

1954 waren die Kontrollen und Strafen verschärft worden, um dem Fiskus höhere Einnahmen zu verschaffen. Unter dem Druck der Poujade-Bewegung wurden die entsprechenden Vorschriften wieder aufgehoben.

8. Vergleich der steuerlichen Belastung der Einkommen von Handwerkern, Händlern und Fabrikanten mit anderen Einkommen.

Die in Tabelle 21 angegebenen durchschnittlichen Belastungsziffern lassen noch kein Urteil darüber zu, ob diese Belastung als hoch oder niedrig anzusehen ist. Begriffe wie "hoch" und "niedrig" setzen Vergleiche voraus.

Tabelle 24 vergleicht die steuerliche Belastung gleich hoher Einkommen aus unselbständiger Arbeit, handwerklicher, kaufmännischer und industrieller Tätigkeit, aus Arbeit und Kapital sowie aus Kapital allein. Landwirtschaftliche Einkommen wurden in den Vergleich nicht einbezogen, da sie wegen ihrer geringen Höhe praktisch steuerfrei sind¹⁾. Dem Vergleich wurden die steuerrechtlichen Bestimmungen der Jahre 1952 und 1956 zugrunde gelegt. Da die Vorschriften während der betreffenden Zeiträume im wesentlichen unverändert blieben, kann das Jahr 1952 für die Zeit von 1949 bis 1953, das Jahr 1956 für die Zeit von 1954 - 1958 als repräsentativ gelten.

Durch die Maßnahmen der Regierung de Gaulle zur Sanierung der Finanzlage ist die Belastung aller Einkommen dadurch stärker geworden, daß die Sätze der Proportionalsteuer von 18 % auf 22 % bzw. von 5 % auf 5,5 % erhöht werden²⁾. Löhne und Gehälter jedoch bleiben weiterhin von der Proportionalsteuer befreit. Die Erhöhung der Körperschaftsteuer von 45,60 % auf 50 % ist nur nominell, denn dafür fallen die Sondersteuern der beiden letzten Jahre auf Reserven und Mehrgewinne weg³⁾.

1) Vgl. Lüthy, Herbert, Aufstand in der Wüste, Pierre Poujade und seine Bewegung, Brief aus Paris, in: Der Monat, Eine internationale Zeitschrift, Mai 1955, H. 80, S. 123.

2) Ordonnance Nr. 58-1374 v. 30.12.1958 über den Staatshaushalt von 1959. J.O.v. 31.12.1958, S. 12071.

3) Rapport du Comité Rueff, a.a.O., S. 16.

Vergleich der steuerlichen Belastung der Einkommen von Vierpersonenhaushalten in den Jahren 1952 und 1956

1. Einkommen eines Lohn- oder Gehaltsempfängers,
2. Einkommen eines Handwerkers,
3. Einkommen eines selbständigen Kaufmanns oder Fabrikanten,
4. Einkommen eines Mehrheitgeschäftsführers einer GmbH,
5. Einkommen eines Aktionärs einer AG.

Jahr	Steuerliche Belastung in v. H.									
	1952					1956				
	200	400	800	1.200	1.600	200	400	800	1.200	1.600
Einkommen in 1.000 frs.										
1. Lohn oder Gehalt	0	0	0	4	5	0	0	0	2	4
2. Handwerker:										
a) erklärtes Einkommen	3	11	18	22	25	0	2	11	19	24
b) bei 60 % Steuerhinterziehung	0	4	8	11	12	0	0	3	7	10
3. Händler oder Fabrikanten:										
a) erklärtes Einkommen	12	16	20	23	26	0	6	15	23	25
b) bei 60 % Steuerhinterziehung	5	9	10	12	14	0	0	6	9	11
4. Mehrheitgeschäftsführer:										
a) 80 % Gehalt, 20 % Gewinn	19	21	26	29	35	10	12	22	27	32
b) wenn 60 % des Gewinns hinterzogen werden	15	18	21	25	26	4	8	16	21	25
5. Aktionär:										
a) Anteil am Gewinn	40	43	45	47	49	47	48	49	50	52
b) nur 50 % ausgeschüttet	35	37	39	40	40	38	41	42	43	44

Vom Verfasser auf Grund der jeweils geltenden steuergesetzlichen Vorschriften errechnet.

Dem Vergleich ist ein Vierpersonenhaushalt zugrunde gelegt, d. h. eine Familie, bestehend aus den Eltern und zwei Kindern. Andere Vergleichsgrundlagen würden die Relationen nur unwesentlich beeinflussen, da lediglich die Ermäßigungen für Familienlasten¹⁾ ändernd wirken können.

a) Vergleich mit Einkommen aus unselbständiger Arbeit

Frankreich zählt rund 12,5 Millionen Lohnempfänger²⁾ und 2,297 Millionen selbständige Gewerbetreibende³⁾. Wegen der unterschiedlichen zahlenmäßigen Stärke der beiden Gruppen erhält der Vergleich erst die rechte Bedeutung durch Gegenüberstellung der Besteuerung von Löhnen und Gehältern mit gleich hohen Einkommen von Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes.

Die Lohn- und Gehaltsempfänger zahlen nur die allgemeine Einkommensteuer, da die Lohnsteuer im Jahre 1948 durch die Pauschalabgabe der Arbeitgeber auf die Lohnsumme (Lohnsummensteuer) ersetzt wurde.

Wie Tabelle 24 zeigt, wurden Arbeitnehmer jederzeit und in allen Einkommensstufen wesentlich geringer belastet als Handwerker, Händler und Fabrikanten. Dem Vergleich dürfen jedoch, wenn er aussagefähig sein soll, nicht die erklärten, sondern müssen die tatsächlichen Einkommen zugrunde gelegt werden. Daher wird hier, wie es auch bereits früher geschah⁴⁾, eine 60 %ige Steuerhinterziehung angenommen.

In der ersten Periode, für die das Jahr 1952 charakteristisch ist, werden die Einkommen des gewerblichen Mittelstandes stärker belastet als Löhne und Gehälter. Fabrikanten und Händler zahlen mehr als die Handwerker, diese mehr als Lohnempfänger. Arbeiter und Angestellte entrichten bei Einkommen bis zu 800.000 frs. jährlich

1) Die Ermäßigungen für Familienlasten kommen nur bei der Proportionalsteuer zur Anwendung. Sie sind begrenzt auf je 5.000 frs. für die beiden ersten Kinder und 15.000 frs. für das dritte und jedes weitere Kind.

2) Vgl. S. 34/35.

3) Vgl. S. 32.

4) S. 90, 97, 105, 106, 109.

keine Einkommensteuer. Bei den höheren Einkommen mußte man für Handwerker, Händler und Fabrikanten schon eine Steuerhinterziehung vom Mehrfachen des deklarierten Gewinns annehmen, um zu gleicher Belastung mit den Lohnempfängern zu gelangen. Derart hohe Sätze können jedoch nur in Ausnahmefällen erreicht worden sein.

Das Bild ändert sich im zweiten Zeitraum. Es zeigt sich zunächst, daß bei den Einkommen des gewerblichen Mittelstandes gegenüber der ersten Periode eine Verringerung der Belastung eintrat, die sich bei den unteren Einkommen außerordentlich, bei den hohen nur wenig bemerkbar macht. Für die Lohnempfänger ist kaum eine Entlastung festzustellen. Die einzige Vergünstigung, die ihnen gewährt wurde, war, daß man ihre Einkommen nach vorheriger Verminderung um 10 % für Werbungskosten nicht mehr mit 90 %, sondern mit 85 % zur allgemeinen Einkommensteuer heranzog.¹⁾

Ein Handwerker zahlte 1952 auf ein erklärtes Einkommen von 400.000 frs. 11 %, 1956 nur 2 %, ein Händler 1952 16 %, 1956 6 %. Bei den höheren Einkommen werden die Unterschiede geringer und schließlich unbedeutend. Der Gesetzgeber wollte Handwerk und Kleinhandel begünstigen.

Die steuerlichen Erleichterungen, die den unteren Schichten des gewerblichen Mittelstandes in den Jahren 1954 und 1955 gewährt wurden, führten dazu, daß sie wie die Lohnempfänger von den Einkommensteuern befreit waren. Es wird die Absicht des Gesetzgebers deutlich, den kleinen Handwerker den Handarbeitern gleichzustellen.

Die steuerliche Lage der Händler und Fabrikanten mit niedrigem Einkommen ist weniger günstig als die der Handwerker. Händlern und Fabrikanten der mittleren Einkommenstufen dürfte es kaum möglich sein, 60 % ihres erklärten Einkommens zu verheimlichen. Nimmt man eine Hinterziehung von nur 45 % an, so werden ihre Einkommen wesentlich stärker belastet als die der Lohnempfänger, Handwerker und Kleinhändler.

Die in Frankreich vielfach vertretene Ansicht, daß die Lohnempfänger, besonders die mittleren und höheren Angestellten und Beamten,

1) Art. 3, Dekret Nr. 55-466 v.30.4.1955, J.O.v.3.5.1955, S. 4376.

stärker belastet seien als Händler und Fabrikanten, trifft also nicht zu. Bei niedrigen Einkommen bleiben beide Gruppen steuerfrei, bei höheren sind die Lohnempfänger eindeutig im Vorteil.

b) Vergleich mit sonstigen Einkommen

Das Beispiel des Mehrheitsgeschäftsführers einer GmbH wurde gewählt, um die Besteuerung eines g e m i s c h t e n E i n k o m m e n s, wie es für die meisten kleinen Gesellschaften dieser Art typisch ist, aufzuzeigen. Das Verhältnis zwischen Gehalt und Gewinnanteil vor Zahlung der Körperschaftsteuer ist willkürlich gewählt. Sobald das Einkommen des Mehrheitsgeschäftsführers auch nur zu einem Teil aus Gewinn besteht, besteuert man sein Einkommen stärker als das gleich hohe eines selbständigen Gewerbetreibenden oder eines Lohnempfängers. Je höher der Gewinnanteil, desto höher wird auch die Besteuerung.

Die Steuerlast hat sich 1956 gegenüber 1952 verringert. Auch hier war die Entlastung für die unteren Einkommensstufen deutlicher spürbar als für die höheren. An der schärferen Besteuerung im Vergleich zu den selbständigen Handwerkern, Händlern und Fabrikanten hat sich nichts geändert.

Das Einkommen des Aktionärs stellt r e i n e s Kapitaleinkommen dar. Dem Beispiel wurde jedoch nicht die gezahlte Dividende, sondern der Anteil am Gewinn der AG vor Belastung durch die Körperschaftsteuer zugrunde gelegt.

In beiden Zeiträumen hat man das Aktionärseinkommen am stärksten belastet. 1956 ist der Zugriff des Fiskus gegenüber 1952 noch härter geworden.

Von 1,2 Millionen frs. Anteil am Gewinn floß z. B. 1956 die Hälfte als Steuern in die Staatskasse. 1952 waren es dagegen erst 47 %. Wurden 50 % des Gewinns ausgeschüttet, erhielt der Fiskus 1956 43 %, 1952 nur 40 %.

Der Gesetzgeber stellt einen Teil der f r e i e n B e r u f e steuerlich den Lohnempfängern gleich¹⁾. Die übrigen werden wie die selbständigen Gewerbetreibenden behandelt.

1) Art. 231-3 C.G.I.; Dekret Nr. 56-471 v.5.5.1956, J.O. v. 12.5.1956, S. 4439.

9. Die Rangfolge der Einkommensteuerbelastung

In Frankreich zeigt die Besteuerung der verschiedenen Einkommensarten nachstehende Rangfolge:

Am geringsten sind die landwirtschaftlichen Einkommen belastet. Es folgen die Löhne und Gehälter und die Einkünfte eines Teils der freien Berufe. Als nächste schließen sich die Einkommen der Handwerker, Händler und Fabrikanten und der übrigen Angehörigen der freien Berufe an. Je nach dem Ausmaß der Steuerhinterziehung können hier größere Unterschiede bestehen. Die gemischten Einkommen aus Kapital und Arbeit werden wesentlich härter getroffen als die bisher genannten. Am stärksten belastet der Gesetzgeber die reinen Kapitaleinkommen.

Zur Illustration mögen noch folgende Angaben dienen:

Rund 2 Millionen selbständige Landwirte mit ebenfalls 2 Millionen mithelfenden Familienangehörigen¹⁾ bleiben im großen und ganzen steuerfrei. Ihr Einkommen ist gering, und sie deklarieren nur rund den fünften Teil davon²⁾.

Von 12,5 Millionen Lohnempfängern zahlten 1956 nur 3,2 Millionen die allgemeine Einkommensteuer. Auf sie entfielen 65 % der dieser Steuer unterliegenden Einkommen, aber nur 49 % des Steueraufkommens³⁾.

Ein Drittel der 2,3 Millionen selbständigen Gewerbetreibenden blieb von 1952 bis 1956 einkommensteuerfrei; zwei Drittel zahlten die Gewinnsteuer, ein Fünftel bis ein Drittel zusätzlich die allgemeine Einkommensteuer.

1956 wurden 17,8 % der Bénéfices industriels et commerciaux, die der allgemeinen Einkommensteuer unterlagen, von 3,5 % der Steuerpflichtigen erwirtschaftet. Sie zahlten darauf 42,8 % des Aufkommens dieser Steuer⁴⁾.

1) Vgl. S. 34.

2) Vgl. Ohne Verfasser, Kurzmeldung: "Unterschiedliche Steuerlasten" (AP), Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 112 vom 16.5.59, S. 215.

3) I.N.S.E.E., Tableaux de l'économie française, a.a.O., S.215.

4) Vgl. Tabelle 18.

Die Körperschaftsteuer macht durchschnittlich ein Drittel der Einnahmen an den gesamten direkten Steuern aus¹⁾.

10. Vergleich der Steuerbelastung mittelständischer und großer Unternehmen

Die Steuern, die in die Kalkulation eines Unternehmens eingehen (Kostensteuern), beeinflussen seine Wettbewerbsfähigkeit. Damit hat der Staat die Möglichkeit, durch Erhöhung oder Verminderung dieser Steuern für Gruppen von Unternehmen auf den Wettbewerb einzuwirken. Betriebe mit hohen sonstigen Kosten können durch Befreiung von Kostensteuern wettbewerbsfähig bleiben. Andererseits kann der Staat die Konkurrenz produktiver Betriebe durch Erhöhung solcher Steuern oder durch Sondersteuern behindern.

a) Vergleich der Steuerbelastung in der Produktion

Bei den Unternehmungsteuern begünstigt der Gesetzgeber eindeutig die Handwerksbetriebe.

Der größte Teil dieser Betriebe ist von der Gewerbe- und Lehrlingssteuer sowie von verschiedenen Einzelsteuern befreit. Obwohl das Handwerk Güter produziert, zahlt es die Mehrwertsteuer nicht. Da der Anteil der Wertschöpfung am Gesamtwert des Produkts wegen der überwiegenden Handarbeit besonders hoch ist, liegt hier eine außerordentliche Begünstigung vor. Allerdings wird dieser Vorteil dadurch abgeschwächt, daß das Handwerk im allgemeinen die lokale Umsatzsteuer entrichtet, von der die übrigen Produzenten befreit sind.

Die kumulative Dienstleistungsteuer verschont das Handwerk ebenfalls. Handwerksbetriebe, die Dienstleistungen anbieten, zahlen nur die lokale Umsatzsteuer.

Für Verkäufe, auf die andere Produzenten die Mehrwertsteuer zum erhöhten Satz entrichten müssen, zahlt das Handwerk zusätzlich zur lokalen Umsatzsteuer die Dienstleistungsteuer.

Insgesamt genießt das Handwerk gegenüber der allgemeinen Besteuerung des produzierenden Gewerbes eine Reihe von Vergünstigungen, die geeignet sind, seine Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

1) I.N.S.E.E., Mouvement économique en France de 1944 à 1957, a.a.O., S. 226.

Die Betriebe des Handwerks, denen die genannten Vergünstigungen nicht zukommen, sowie die kleinen und mittleren Industriebetriebe unterliegen der allgemeinen Besteuerung, d.h. für sie gibt es keine besonderen Vorteile. Sie werden in ihrer Wettbewerbsfähigkeit von den steuerrechtlichen Vorschriften weder begünstigt noch benachteiligt.

Das gleiche gilt von den Großbetrieben. Im allgemeinen haben sie keine Sondersteuern zu tragen.

b) Vergleich der Steuerbelastung im Handel

Die steuerliche Lage des Handels unterscheidet sich grundlegend von derjenigen des produzierenden Gewerbes. Hier unterliegen die selbständigen Klein- und Mittelbetriebe der allgemeinen Besteuerung, während man verschiedene großbetriebliche Unternehmensformen stärker belastet.

Unterschiede bestehen hauptsächlich bei der Gewerbesteuer. Nach einer von der "Direction générale des Prix" im Jahre 1949 durchgeführten Untersuchung haben die Gewerbesteuern 1,5 % der Verkaufssumme der Kaufhäuser, 1,2 % der Verkäufe der Filialunternehmen und 0,5 bis 0,7 % der Umsätze im Kleinhandel ausgemacht.¹⁾

Die Großunternehmen im Handel müssen die Mehrwertsteuer zahlen²⁾, die kleinen und mittleren sind davon befreit. Die lokale Umsatzsteuer beträgt 2,75 % für den selbständigen Einzelhandel, hingegen 5 % für die Filialunternehmen. Bei den großen Unternehmen wird jeder Artikel im Durchschnitt mit 6,5 % besteuert, bei den kleinen mit 3,5 %³⁾.

Insgesamt sind Großunternehmen, Kaufhäuser und Filialunternehmen näher besteuert als der übrige Handel. Konsumgenossenschaften, Zusammenschlüsse der Händler zum gemeinsamen Einkauf, Handelsketten usw. unterliegen wie der selbständige Handel den allgemeinen Bestimmungen.

1) Rives, Marcel, a.a.O., Tome I, S. 282.

2) Art. 3, Dekret Nr. 55-465 v.30.4.1955, J.O.v.3.5.1955, S. 4373.

3) Romieu, Jean, *Éléments d'une politique commerciale en France*, in: *Revue économique*, 1954, S. 390.

11. Ergebnis der Untersuchung

Die Grundzüge der Besteuerung in Frankreich sind heute noch die gleichen wie im 19. Jahrhundert: geringer Zugriff auf Einkommen und Vermögen, Beschaffung der Staatseinnahmen hauptsächlich durch indirekte Steuern. Die Zunahme des Steueraufkommens hält nicht Schritt mit den ständig steigenden Anforderungen an die Staatskasse, die durch die kostspielige Sozialpolitik, die Interessen in den Überseeischen Gebieten und ein überholtes Weltmachtdenken bedingt sind. Um Abhilfe zu schaffen, werden laufend neue Steuern eingeführt, bestehende abgeschafft, Veranlagungsmodalitäten und Steuersätze neu festgesetzt, aber auch manchmal nur die Bezeichnungen geändert. Dagegen könnte die Besteuerung nur durch eine tiefgreifende Steuerreform ergiebiger gestaltet werden. Bisher ist aber eine solche Reform an dem hartnäckigen Widerstand bestimmter Interessengruppen gescheitert. Alles Bemühen der einzelnen Regierungen blieb in den Ansätzen stecken. Die Besteuerung mußte so zum Steuerwirrwarr werden, in dem sich selbst die Finanzverwaltung kaum noch zurechtfindet.

Bei den U n t e r n e h m u n g s t e u e r n begünstigt der Gesetzgeber die Betriebe des gewerblichen Mittelstandes gegenüber Großunternehmen nach dem Grundsatz: "Dem Kleinsten die größten Vorteile". Die anhaltende Inflation erlaubte den mittelständischen Unternehmen, diese Steuern voll und ganz zu überwälzen. Im Übrigen gelten sie als Steuererheber des Staates, die ihrem Auftraggeber mehr oder weniger ehrlich über ihre Einnahmen Rechenschaft geben. Belastet werden sie nur insoweit, als sie unbezahlte Helfer des Staates sind, sich mit den komplizierten Steuergesetzen auseinandersetzen müssen, kontrolliert werden und Gefahr laufen, bei Übertretungen bestraft zu werden.

Die E i n k o m m e n des gewerblichen Mittelstandes belastet man im allgemeinen nicht stärker als die anderer Bevölkerungsgruppen. Der Mittelstand aber vermindert die ihm zugedachte bescheidene direkte Steuerlast durch Hinterziehung. Das ist schon zur Tradition geworden. Die Überwälzung stellte sich im Gefolge der seit dem Ersten Weltkrieg anhaltenden Inflation ein. Vielen Handwerkern, Händlern und Fabrikanten gelingt es, sich der direkten

Besteuerung durch Defraudation zu entziehen. Sie gesellen sich zu denjenigen mit niedrigen Einkommen, die der Gesetzgeber auf Grund vielfacher Vergünstigungen ohnehin verschont.

Von der Möglichkeit, die Steuerlast durch Hinterziehung zu vermindern, können Inhaber großer und fortschrittlicher Unternehmen, die meist hohe Gewinne erzielen, nur wenig Gebrauch machen. Aus verschiedenen Gründen kann dem Fiskus das Einkommen hier nicht verheimlicht werden. Ihre direkte Besteuerung ist also verhältnismäßig hoch.

Insgesamt gilt für die direkte Steuerlast des gewerblichen Mittelstandes der Grundsatz: Je niedriger das Einkommen, desto geringer die Belastung. Das hat zur Folge, daß ein Drittel der selbständigen Gewerbetreibenden von den Einkommensteuern befreit ist, zwei Drittel eine zum Teil nur geringe Gewinnsteuer zahlen und nur ein Drittel die allgemeine Einkommensteuer entrichtet. Am geringsten belastet man die Einkommen der Handwerker; es folgen die der Kleinhändler und schließlich die der übrigen Händler und Fabrikanten.

Das Aufkommen an direkten Steuern ist in Frankreich verhältnismäßig gering. Der Staat verschafft sich drei Viertel seiner Einnahmen durch indirekte Steuern. Ein hoher Anteil der indirekten Steuern läßt die Besteuerung jedoch unsozial und ungerecht werden. Denn sie treffen letztlich die Verbrauchsausgaben der Einkommensbezieher. Der Teil des Einkommens, der nicht für Verbrauchsausgaben benötigt wird, bleibt von ihnen verschont. Niedrige Einkommen werden meist voll und ganz für Verbrauchsgüter ausgegeben. Entsprechend hoch ist die indirekte Steuerlast. Sie wird umso geringer, je höher das Einkommen steigt.

Für den gewerblichen Mittelstand bedeutet das: Eine beträchtliche Anzahl selbständiger Gewerbetreibender, die alle über verhältnismäßig niedrige Einkommen verfügen, müssen eine schwerere Steuerlast tragen als ihrem Leistungsvermögen entspricht. Die Personen mit höheren Einkommen zahlen mehr Steuern als sie. Da aber die direkte Besteuerung allgemein wenig ausgeprägt ist, erschöpft ihre Steuerlast nicht ihre Leistungskraft.

IV.

Die Auswirkungen der steuerlichen Belastung des gewerblichen
Mittelstandes



A. Die wirtschaftliche und soziale Lage des gewerblichen Mittelstandes nach dem Zweiten Weltkrieg

Im folgenden Abschnitt wird untersucht, wie sich die wirtschaftliche und soziale Lage des gewerblichen Mittelstandes nach dem Zweiten Weltkrieg geändert hat. Zahlen aber sind für den französischen gewerblichen Mittelstand nur in begrenztem Umfang vorhanden¹⁾. Daher kann nur aufgezeigt werden, wie sich die Zahl der Betriebe, die Umsätze und die Einkommen entwickelten.

1. Die Zahl der Betriebe

Abgesehen davon, daß die Zahl der mittelständischen gewerblichen Betriebe wegen der Abgrenzungsschwierigkeiten ohnehin nicht genau zu bestimmen ist, fehlen auch für die einzelnen Gruppen, also für Handwerk, Handel und Dienstleistungsbetriebe sowie für die Industrie, exakte Angaben. Das I.N.S.E.E. veröffentlichte zwar für den Zeitraum von 1949 bis 1957 eine Aufstellung der Konkurse und Vergleiche, die zwischen "Handel" und "anderen Tätigkeiten" unterscheidet (Tabelle 25), jedoch ist dieser Überblick für die zahlenmäßige Entwicklung der Betriebe nur bedingt aussagefähig, da Angaben über freiwillige Betriebsauflösungen und Neugründungen fehlen.

Dennoch spiegelt die Entwicklung der Konkurse deutlich das Ausmaß der Inflation wider. Nachdem es gelungen war, den Inflationsprozeß gegen Ende des Jahres 1948 erstmalig abzubremsen, brachte der Umschwung in der weltwirtschaftlichen Konjunktur im Zusammenhang mit dem Koreakonflikt und der dadurch hervorgerufenen Aufrüstungswelle wiederum einen Inflationsanstoß. Erneute Stabilisierungsbemühungen leitete im Jahre 1952 die Pinyanleihe ein. Die höchste Zahl an Konkursen gab es 1954, als der Franc eine relative Stabilität erreicht hatte²⁾. Mit Wiederbeginn der inflationären Entwicklung sank die Zahl jedoch schnell und erreichte 1957 einen Tiefstand.

1) Vgl.: Romieu, Jean, a.a.O., S. 398.

Ebenso Müller-Ohlsen, Lotte, Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme in der Wirtschaft Frankreichs, Kiel 1952, S. 100.

2) Vgl. Tabelle 30.

In der Zeit von 1939 bis 1947 wurde der ohnehin übersetzte französische Handel um 200.000 bis 300.000 Betriebe aufgebläht, am stärksten in den Jahren 1946 und 1947¹⁾. Gleichzeitig verringerte sich die Zahl der Beschäftigten im Handel um 10 %²⁾. Der "Conseil National du Commerce" schätzt, daß zwischen 1946 und 1951 im Handel 116.000 Betriebe eröffnet wurden³⁾. In einer Zeit ausgesprochenen Gütermangels fand eine Viertelmillion Händler, ohne die Leistung des Verteilungsapparates zu erhöhen, ein zusätzliches Einkommen im Handel.

Genauere Angaben über die Zahl der Betriebe liegen erst ab 1954 vor. Bis dahin sind sie unzuverlässig, weil dem "Registre du Commerce" wegen fehlender Strafbefugnis vor allem die Geschäftsaufösungen nicht immer mitgeteilt wurden. Ein Dekret vom 9.8.1953 hat es ermöglicht, die Statistiken ab 1.3.1954 erheblich zu verbessern⁴⁾. Die Zahl der Handelsbetriebe verringerte sich⁵⁾:

1954 um 8.619,	1956 um 5.811,
1955 um 6.088,	1957 um 4.848,

Innerhalb von vier Jahren sank damit die Zahl der Handelsbetriebe um 25.000 oder 2,5 %. Im Vergleich zu den Neugründungen der vorhergehenden Jahre ist dies sehr wenig. Andererseits wurden vom Registre du Commerce, dem alle Angliederungen und Schließungen von Abteilungen zu melden sind, im gleichen Zeitraum 28.500 Geschäftserweiterungen registriert⁶⁾.

1) Rives, Marcel, Tome II, a.a.O., S. 334.

Die Finanzverwaltung schätzt den Zuwachs sogar auf 450.000 Betriebe; ebenda.

2) ders., Tome III, S. 504.

3) ders., Tome II, S. 334.

4) I.N.S.E.E., Mouvement économique en France de 1944 à 1957, a.a.O., S. 194.

5) Le Commerce intérieur français en 1957, a.a.O., S. 13.

6) ebenda.

Tabelle 25

Konkurse und Vergleiche von 1949 bis 1957¹⁾

	Jährliche Anzahl der					
	Konkurse			Vergleiche		
	alle Tätig- keiten	Handel allein	andere Tätigk.	alle Tätigk.	Handel allein	andere Tätigk.
1949	3398	1829	1596	1167	588	579
1950	4510	2313	2197	1658	808	850
1951	4748	2323	2425	1605	757	848
1952	4425	2253	2172	1499	654	845
1953	4978	2658	2320	1646	762	884
1954	5471	2985	2486	1889	903	986
1955	4722	2515	2207	2596	1199	1397
1956	3835	1979	1856	3116	1519	1597
1957	3339	1751	1588	2630	1508	1122
1951 = 100						
1949	72	79	65	73	77	68
1950	95	99	91	104	106	100
1951	100	100	100	100	100	100
1952	93	97	90	94	86	100
1953	104	115	96	103	100	104
1954	115	129	103	118	119	116
1955	99	108	91	162	158	165
1956	81	85	77	195	200	188
1957	70	75	65	165	198	132

1) I.N.S.E.E., Mouvement économique en France de 1944 à 1957, a.a.o., S. 194;

Indexreihen vom Verfasser berechnet.

Das bedeutet, daß die Zahl der Betriebe sich verringerte, das Leistungsvermögen der übriggebliebenen jedoch stieg.

R i v e s ¹⁾ gibt eine Aufstellung, welche die Bewegung der Verkaufsstellen im Handel von 1951 bis 1956 zeigt. Als Zugang wird auch die Erweiterung eines bestehenden Betriebes um eine zusätzliche Abteilung gewertet.

Neben Globalzahlen werden Zahlen für den Lebensmittel- und Textilhandel genannt (Tabelle 26).

Tabelle 26

Bewegung in der Zahl der Verkaufsstellen im Handel von 1951 bis 1956²⁾

	1951	1952	1953	1954	1955	1956
Gesamter Handel	+ 28894	+ 17076	+ 12599	+ 2694	+ 866	+ 27
Nahrungsmittel	+ 3304	+ 4466	+ 3960	- 1355	- 797	- 523
Textilien	+ 913	+ 2757	+ 1129	- 1915	- 2197	- 1798

Besonders für die Jahre 1954 und 1955 läßt sich eine Konzentration der Verteilung und die Abkehr vom Spezialgeschäft feststellen³⁾.

Die Verringerung der Verkaufsstellen im Nahrungsmittel- und Textilhandel ab 1954 stellt eine beginnende Korrektur der Massengründung von Betrieben in diesen beiden Handelszweigen während und nach dem Kriege dar.

Das I.N.S.E.E. gibt 1956 die Zahl der Geschäftsaufösungen im Einzelhandel mit 9.140, die Zahl der Geschäftserweiterungen mit 5.800 und die Neugründung von Filialen mit 310 an⁴⁾.

1) Rives, Marcel, Tome II, a.a.O., S. 435.

2) Rives, Marcel, Tome II, a.a.O., S. 435.

3) ders., S. 437.

Vgl. auch: Wiebel, Martin, Zuviel Ballast in Frankreichs Einzelhandel, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 107 vom 11. Mai 1959, S. 14.

4) I.N.S.E.E., Mouvement économique en France de 1944 à 1957, a.a.O., S. 103.

Geschäftsauflösung bedeutet in den meisten Fällen auch Auflösen des Betriebes. Die Schließung nur einer Abteilung, welche in der Statistik als Geschäftsauflösung gewertet wird, dürfte selten sein. De l i l l e¹⁾ schätzt die Zahl der Betriebsauflösungen im Einzelhandel für 1954 auf rund 8.000, für 1955 auf 11.000. Der Kontraktionsprozeß während der Periode der relativen Währungsstabilität ist unverkennbar. Jedoch muß angenommen werden, daß die Zahl der Betriebsschließungen sich während der fortschreitenden inflatorischen Entwicklung in den Jahren 1956 bis 1958 wieder verringerte.

Für Industrie und Handwerk liegen ähnliche Zahlen nicht vor²⁾. Wahrscheinlich nahm die Zahl der mittelständischen Handwerks- und Industriebetriebe in den ländlichen Gegenden leicht ab, in den industriellen Ballungsgebieten, besonders in der Region von Paris, zu.

2. Umsatzentwicklung

Umsatz- und Gewinnzahlen des gewerblichen Mittelstandes lassen sich nur auf Grund der Einkommensteuerstatistik feststellen. Da jedoch über ein Drittel der mittelständischen Betriebe keine Einkommensteuer zahlt, sind die Zahlen in ihrer Aussagekraft begrenzt.

Der gewerbliche Mittelstand stellte 1955 89,6 % der Industrie- und Handelsbetriebe und erzielte 23,7 % der gesamten Umsätze (Tabelle 27). Jedoch muß der Anteil am Gesamtumsatz etwas höher veranschlagt werden, da die Umsätze der von der Gewinnsteuer befreiten Unternehmen in die Berechnung nicht einbezogen sind. Die genannten Zahlen können nur ein Bild von der Umsatzlage des gewerblichen Mittelstandes im Jahre 1955 geben. Die zeitliche Entwicklung der Umsätze läßt sich nicht feststellen.

Hinsichtlich der Handelsumsätze allein gibt das "Ministère de l'Industrie et du Commerce" für den Zeitraum von 1953 bis 1957 Indexzahlen auf der Basis der Monatsdurchschnitte 1950 (Tabelle 28). Angaben für 1951 und 1952 fehlen.

1) Delille, Robert, a.a.O., S. 68.

2) Vgl. Art. 232, Dekret Nr. 59-443 v. 19.3.1959, J.O. v. 22.3.59, S. 3421.

Tabelle 27

Umsatzkennziffern des gewerblichen Mittelstandes¹⁾ Jahr 1955

	Im Pauschalverfahren be- steuerte Betr.	Im Realverfahren be- steuerte Betr.	Mittelständ. Betriebe insgesamt
Zahl der Betriebe	1.194.800	285.000	1.479.800
Umsatz	2.224 Mrd frs	3.986 Mrd frs	6.210 Mrd frs
Durchschnittsumsatz	1,76 Mio "	13,98 Mio "	
Anteil an der Gesamt- zahl der Industrie- u. Handelsbetriebe	73 %	16,6 %	89,6 %
Anteil am gesamten Industrie- u. Han- delsumsatz	8,5 %	15,2 %	23,7 %

Tabelle 28

Entwicklung des Umsatzes und des Verkaufsvolumens im Handel²⁾

Zeitraum: 1953 - 1957

Basis der Indices: MD 1950 = 100

	Nahrungsmittelhandel			Kaufhäuser		Nichtnahr- Handel	Insg.
	Selbst. E.-Handel	Filial- untern.	Konsum- genoss.	Paris	Prov.		
A. Umsatz							
1953	141	162	168	160	161	-	-
1954	153	177	182	176	179	-	-
1955	160	189	198	199	201	160	170
1956	174	213	219	229	240	178	188
1957	188	241	242	269	275	205	211
B. Verkaufsvolumen							
1953	118	136	141	129	130	-	-
1954	133	154	158	142	144	-	-
1955	139	164	180	160	162	127	135
1956	154	188	199	182	190	139	146
1957	166	213	218	204	208	154	159

1) Etudes statistiques, April - Juni 1958, S. 45 und 48-50.

2) Ministère de l'Industrie et du Commerce, Direction du Commerce intérieur, La Documentation Française,

Le commerce intérieur en 1954, Paris 1955, S. 14 u. 16,

" " " 1956, " 1957, S. 4 u. 6.

Im Nahrungsmittelhandel haben die selbständigen Einzelhändler in Umsatz und Verkaufsvolumen geringeren Zuwachs aufzuweisen als ihre Konkurrenten. Jedoch darf "selbständig" nicht generell mit "klein" gleichgesetzt werden. Für die Masse der kleinen Einzelhändler war die Entwicklung sicherlich noch ungünstiger.

S c h o e n b r u n ¹⁾ schätzt, daß 60 % (600.000) der Einzelhändler in Frankreich nicht einmal 105.000 frs. im Monat umsetzen. Selbst bei einem Reingewinn von 20 % ergibt das nur ein bescheidenes Einkommen.

Der Anteil der Großunternehmen und Hauptkonkurrenten des selbständigen Handels am gesamten Umsatz betrug 1952 nach R i v e s ²⁾ 12 bis 15 %. Davon entfielen auf:

Konsumgenossenschaften	2 %
Kaufhäuser	2 %
Filialunternehmen	7 - 9 %
Einheitspreisgeschäfte	1 - 1,5 %

Das I.N.S.E.E. ³⁾ glaubt, diesen Unternehmen kaum 10 % am Gesamtumsatz zubilligen zu können, und zwar davon den Kaufhäusern und Einheitspreisgeschäften 4 %, den Filialunternehmen 3,5 % und den Konsumgenossenschaften 1,5 %.

Die Zahl dieser Unternehmen steigt stetig. 1949 gab es in Frankreich 200 Einheitspreisgeschäfte, 1957 waren es 500 ⁴⁾. Jedes Jahr entstehen 200 neue Läden von Konsumgenossenschaften. Die Zahl der Filialunternehmen im Lebensmittelhandel hat von 130 Unternehmen im Jahre 1950 bis 1955 um über 2.000 zugenommen ⁵⁾

1) Schoenbrun, David, Was ist los mit Frankreich? Bern - Stuttgart - Wien 1958, S. 189. S c h o e n b r u n gibt statt 105.000 frs. 250 Dollar an.

2) Rives, Marcel, Tome II, a.a.O., S. 343, 360, 365, 375, 380.

3) I.N.S.E.E., Mouvement économique en France de 1944 à 1957, a.a.O., S. 190; Die genannten Prozentsätze werden vom I.N.S.E.E. angegeben, obwohl die Addition der drei Anteile nur 9 % ergibt.

4) Rives, Marcel, Tome II, a.a.O., S. 365.

5) ders., S. 360.

Wenn auch Zahlen über die Umsatzentwicklung dieser Hauptkonkurrenten des selbständigen Einzelhandels nicht vorliegen, so läßt das Steigen der Anzahl dieser Betriebe auf einen ständig wachsenden Umsatzanteil schließen¹⁾.

Genauere Ergebnisse über die Umsatzentwicklung im Handel könnten nur dann ermittelt werden, wenn die Gesamtgrößen nach Handelszweigen, Betriebsgrößen und Regionen aufgespalten würden.

Angaben über die Umsatzentwicklung im Handwerk und in dem Teil der Industrie, der zum gewerblichen Mittelstand gehört, sind nicht vorhanden. Es ist hier jedoch mit einer ähnlichen Entwicklung zu rechnen.

3. Einkommensverhältnisse

Die Einkommensentwicklung des gewerblichen Mittelstandes läßt sich nur anhand der Einkommensteuerstatistik feststellen. Der Index des Durchschnittseinkommens der im Pauschalverfahren besteuerten Handwerker hat sich auf der Basis 1951 = 100 auf 134 im Jahre 1956 erhöht, der Index der nach dem tatsächlichen Gewinn besteuerten auf 158²⁾. Für Handel und Industrie lauten die Zahlen 141 und 158³⁾. Sie lassen darauf schließen, daß für die Masse der mittelständischen Gewerbetreibenden die durch die Inflation bedingte laufende Einkommensteigerung geringer war als für die hohen Einkommen.

R i v e s⁴⁾ glaubt zwar feststellen zu können, daß der Reingewinn des Handels in den Jahren 1953 bis 1955 von 5,23 % des Umsatzes auf 4,99 % abgenommen habe, jedoch fußen seine Berechnungen auf steuerstatistischen Angaben und berücksichtigen weder die Steuerhinterziehung noch die Befreiungen. Diese haben aber gerade in diesem Zeitraum beträchtlich zugenommen. Sehr wahrscheinlich liegen die Gewinnsätze höher.

1) Vgl. Romieu, Jean, a.a.O., S. 393; Rives, Marcel, Tome II, a.a.O., S. 448.

2) Vgl. die Tabellen 10 und 11.

3) Vgl. die Tabellen 14 und 15.

4) Rives, Marcel, Tome II, a.a.O., S. 546.

Wegen der Währungsstabilität während der genannten drei Jahre erzielte nicht nur der Handel, sondern der gesamte gewerbliche Mittelstand wahrscheinlich geringere Gewinne als vorher. Über die Größenordnung läßt sich jedoch nichts aussagen¹⁾.

Außerdem verläuft die Entwicklung regional verschieden. In den Departements südlich der Linie Saint-Lô/Genf²⁾ hat sich das allgemein niedrige Einkommen ungünstiger entwickelt als in den nördlichen Landesteilen³⁾.

Das ist verständlich, wenn man bedenkt, daß das Einkommen der mittelständischen Gewerbetreibenden von der Höhe der Einkommen der übrigen Bewohner des Ortes oder der Region abhängt. Es stieg in den Industriegebieten schneller als in den überwiegend landwirtschaftlichen Regionen. Folglich muß die Einkommensbildung der Gewerbetreibenden die gleichen Unterschiede aufweisen.

Der Einkommensanteil der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit am gesamten Volkseinkommen verringert sich ständig (Tabelle 29), während der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit steigt. Das Einkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit schließt das der Landwirtschaft ein. Auch ist die jeweilige Zahl der Unternehmer nicht angegeben. Daher läßt sich nicht unmittelbar auf die Einkommensentwicklung des gewerblichen Mittelstandes schließen. Es ist jedoch anzunehmen, daß die geringere Steigerung des Unternehmereinkommens gegenüber dem Einkommen aus unselbständiger Arbeit auch für einen großen Teil des gewerblichen Mittelstandes zutrifft.

4. Die Gesamtentwicklung

Insgesamt läßt sich die wirtschaftliche Entwicklung des gewerblichen Mittelstandes nach dem Zweiten Weltkrieg nicht genau bestimmen.

1) Vgl. I.N.S.E.E., Etudes et Conjoncture, numéro spécial, 1955
L'espace économique français, S. 72, im folgenden zitiert:
L'espace économique français.

2) Vgl. I.N.S.E.E., Mouvement économique en France de 1944 à 1957, a.a.O., S. 194.

3) Vgl. Rives, Marcel, Tome II, a.a.O., S. 456-460.

Tabelle 29

Einkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit und aus unselbständiger Arbeit¹⁾

Zeitraum: 1950 - 1957

	in Mrd frs.			in % des VE		1950 = 100		
Jahr	VE	E _U	E _A	E _U	E _A	VE	E _U	E _A
1950	7520	2680	4010	36,6	53,5	100	100	100
1951	9070	3010	5090	33,2	56,1	121	112	127
1952	10700	3530	6120	33,0	57,2	142	132	153
1953	11190	3490	6380	31,2	57,0	149	130	159
1954	11850	3660	6930	30,9	58,5	158	137	173
1955	12970	3990	7510	30,8	57,9	173	149	185
1956	14230	4270	8410	30,0	59,1	189	159	210
1957	15680	4690	9240	29,9	58,9	209	175	230

VE = Volkseinkommen
 E_U = Unternehmereinkommen
 E_A = Einkommen aus unselbständiger Arbeit

Die angeführten Zahlen deuten jedoch darauf hin, daß die wirtschaftliche Lage eines großen Teils des gewerblichen Mittelstandes sich ab 1950 ungünstiger entwickelte als zuvor. Die größten Schwierigkeiten brachten die Jahre 1953 bis 1955, in denen es der Regierung nahezu gelang, der ständigen Geldentwertung Einhalt zu gebieten (vgl. S. 153).

Die soziale Stellung des gewerblichen Mittelstandes wird entscheidend durch die Entwicklung seiner Einkommensverhältnisse bestimmt. Diese bleibt zum Teil hinter der allgemeinen Entwicklung zurück.

1) Ministère des Finances, des Affaires économiques et du Plan, Rapport sur les comptes de la nation, Rapport et Comptes 1949-1955, Paris 1955, S. 83 u. 84; Rapport sur les comptes de la nation de l'année 1957, Paris 1958, S. 144 u. 145.

Bei den davon betroffenen Personen dürfte es sich ausschließlich um Inhaber von Familienbetrieben handeln, die sich der veränderten Lage durch Einschränkungen in ihrer Lebensführung anpassen. Damit sinken sie in ihrer sozialen Stellung herab, während ein großer Teil der Arbeiter und Angestellten nach Einkommen und Leistung zu den Mittelschichten aufschließt und allmählich eine Unterscheidung zwischen Arbeiterschicht und Mittelstand hinfällig macht. Der Teil des gewerblichen Mittelstandes, der sein Einkommen nicht genügend steigern kann, muß sich mit der untersten Stufe der sozialen Rangordnung abfinden oder aber die Selbständigkeit aufgeben und abhängige Arbeit leisten.

B. Die allgemeinen Gründe für die wirtschaftliche und soziale Lage des gewerblichen Mittelstandes

1. Die Zentralisation der staatlichen und wirtschaftlichen Verwaltung sowie des Verkehrswesens

Seit der Zeit der Capetinger wird Frankreich zentral regiert. Nach der Revolution von 1789 wurde der Zentralismus durch die Einteilung des Landes in 90 Departements verschärft. Die Entwicklung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens im 19. und 20. Jahrhundert hat die Abhängigkeit der an der Spitze der Departements stehenden Präfekten von der Regierung in Paris erhöht. Angelegenheiten von nur regionaler oder selbst lokaler Bedeutung werden in Paris entschieden. Dort besteht ein riesiger Verwaltungsapparat, dessen Organisation immer schwieriger wird. Damit mindert sich seine Produktivität. Da die Pariser Behörden mit den lokalen Verhältnissen nicht genügend vertraut sind, werden Rückfragen, Erkundigungen und Besprechungen an Ort und Stelle nötig. Ehe eine Angelegenheit entschieden ist, können je nach Lage des Falles Monate oder Jahre vergehen.

Die starke Abhängigkeit der Wirtschaft vom Staate wirkt hemmend auf die Initiative der Unternehmer, die vielfach eine Auseinandersetzung mit der Bürokratie scheuen. Je weiter ein Unternehmer von der staatlichen Verwaltung entfernt ist, desto weniger persönlichen Einfluß kann er auf ihre Entscheidungen nehmen. Das führte dazu, daß alle größeren französischen Wirtschaftsunternehmen ihren Geschäftssitz in Paris einrichteten. Heute werden 60 % der Umsätze der französischen Wirtschaft im Departement Seine getätigt¹⁾.

Das französische Verkehrsnetz ist gleichfalls zentral angelegt. Alle Eisenbahnlinien und Straßen gehen sternförmig von Paris aus. Das Straßen-, Wasser- und Eisenbahnnetz entsprach früher in seiner Anlage den Bedürfnissen der Hauptstadt. Es machte Paris zum Knotenpunkt und Umschlagplatz des ganzen Landes und förderte die wirtschaftliche Konzentration in dieser Region. Heute schafft man in erhöhtem Maße Querverbindungen. Die zentrale Stellung der Hauptstadt wurde jedoch noch nicht erschüttert.

1) Romus, Paul, Expansion économique régionale et communauté européenne, Leyde 1958, S. 200.

2. Die räumliche Struktur der französischen Wirtschaft

Nördlich der Linie Caen-Grenoble ist Frankreich industriell hoch entwickelt und fortschrittlich, südlich dieser Linie überwiegend agrarisch und rückständig¹⁾. Die Region von Paris stellt im Vergleich zum übrigen Frankreich eine industrielle Agglomeration ungeheueren Ausmaßes dar. Auf 2,2 % der Bodenfläche Frankreichs wohnen 17 % der Bevölkerung²⁾. Im Departement Seine befinden sich 15,3 % der französischen Industrie- und Handelsbetriebe³⁾.

Paris hat gerade die Industrien an sich gezogen, welche größtes berufliches Können erfordern und den höchsten Gewinn abwerfen⁴⁾: 100 % der Filmindustrie⁵⁾, 74 % der Lichtdruckindustrie, 72 % der Saffianverarbeitung, 72 % der pharmazeutischen, 70 % der Automobil-, 63 % der Kabel-, 60 % der optischen und Präzisions-, 59 % der Luftfahrt-, 56 % der Elektro- und 41 % der chemischen Industrie. Dagegen sind die Schuh- und Textilindustrie, welche sich beide in einer Krise befinden, nur mit 9 % und 4 % vertreten. Begleitet ist diese industrielle Konzentration von einer Ballung der "tertiären Tätigkeiten" (Fourastié). 1954 gab es im französischen Einzelhandel 714.620 Verkaufsstellen, davon 108.730 (15 %) in Paris⁶⁾.

1) Vgl. Dekret Nr. 59-443 vom 19.3.1959; Art. 89 spricht von "vitalité et progrès" einerseits, "anémie et stagnation" andererseits.

Dekret Nr. 59-443 v. 19.3.1959, J.O. v. 22.3.1959, S. 3421.

2) Romus, Paul, a.a.O., S. 199.

3) I.N.S.E.E., Les établissements industriels et commerciaux en France, a.a.O., S. 208.

4) Romus, Paul, a.a.O., S. 200 und 201.

5) In Frankreich erzielt die Filmindustrie hohe Gewinne, da sie anders als die Filmindustrie in der Bundesrepublik, eine verhältnismäßig hohe Inlandsnachfrage vorfindet, bedeutende Deviseneinnahmen bringt und hauptsächlich aus diesem Grunde vom Staate gefördert wird.

6) Le commerce intérieur français en 1954, a.a.O., S. 9.

Das Departement Seine allein registriert 30 % der freien Berufe und der höheren Angestellten, 25 % der mittleren Angestellten, 33 % der einfachen Angestellten und 23 % der Arbeiter ganz Frankreichs¹⁾.

Die Region von Paris bringt 25 % des Sozialprodukts hervor, die Departements des Nordens 16 %, die des Ostens 9 %, die Region von Lyon 8 % und einige weitere Departements ebenfalls 8 %. 26 Departements liefern 65 % der französischen Produktion an Gütern und Dienstleistungen²⁾. In 57 Departements von 63 südlich der Linie Le-Havre-Genf liegt das departementale Durchschnittseinkommen unter dem Landesdurchschnitt, nördlich dieser Linie nur in 6 von 27³⁾.

Die Linie Le-Havre-Marseille schafft zwei Zonen, in denen die landwirtschaftliche Erzeugung gleich ist. 78 % der industriellen Produktion Frankreichs entfallen auf die östliche Hälfte, nur 22 % auf die westliche. In den übrigen wirtschaftlichen Bereichen hat der Osten mit 75 % das Übergewicht⁴⁾.

Die nächstbedeutenden industriellen Regionen sind der Norden und der Nordosten mit der Kohle im Pas-de-Calais und den Eisenerzen in Lothringen, weiterhin die Region von Lyon und einige andere Zentren wie Marseille, Toulouse und Clermont-Ferrand.

Die französische Wirtschaft leidet sehr unter der regionalen Unausgeglichenheit. Die wirtschaftliche Aktivität konzentriert sich in einigen wenigen Gebieten, die wirtschaftlich kaum Verbindung miteinander haben. Mittelfrankreich und in geringerem Maße auch der Westen stagnieren bisher wirtschaftlich⁵⁾.

1) Romus, Paul, a.a.O., S. 200.

2) I.N.S.E.E., L'espace économique français, a.a.O., S. 51.

3) I.N.S.E.E., L'espace économique français, a.a.O., Carte 81.

4) Maillet, Pierre, La structure économique de la France, a.a.O., S. 79.

5) Vgl. Romus, Paul, a.a.O., S. 206.

Seit 1950 bemüht sich die Regierung um eine Verbesserung der Wirtschaftsstruktur. In der Region Paris verbietet das Dekret Nr. 55-36 vom 5. Januar 1955 die Schaffung neuer und die Ausdehnung bestehender Betriebe von einer Größe über 500 qm oder 50 Beschäftigten. Weiterhin betrifft eine ganze Reihe von Dekreten regionale Aktionsprogramme¹⁾. Wie R i v e s ²⁾ feststellt, beginnt sich das Wirtschaftsleben trotz der großen Pariser Konzentration um andere Regionalzentren mit einem Aktionsradius von 60 - 120 km zu entfalten.

Der Unterschied in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes wirkt sich auch auf den Lebensstandard aus. Dessen Grundlage ist das Einkommen. Im Jahre 1954 betrug das jährliche Durchschnittseinkommen eines Einwohners im Nordosten 286.000 frs., im Südwesten 208.000 frs.³⁾.

Regionale Preisunterschiede bestehen vor allem bei landwirtschaftlichen Produkten. Sie beruhen auf unterschiedlichen Erzeugerpreisen⁴⁾. Gerade das ist der Grund, warum das Einkommen im bauerlichen Südfrankreich niedriger ist als im industriellen Norden.

Bei industriellen Erzeugnissen bestehen kaum regionale Preisunterschiede; wohl werden ihre Preise im Norden in manchen Fällen niedriger sein als im Süden. Die Einkommensdifferenzen werden aber nicht durch die unterschiedlichen Preise wettgemacht.

Die genannten Unterschiede gelten auch für den gewerblichen Mittelstand. Die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst in besonders starkem Maße die Lage des Handwerks, des Einzelhandels und des Dienstleistungsgewerbes, da diese von der lokalen Kaufkraft abhängig sind.

1) Vgl. Jeanneney, J.M., und Perrot, Marg., Textes de droit économique et social français 1789 - 1957, Paris 1957, S. 620 ff.

2) Rives, Marcel, Tome II, a.a.O., S. 460.

3) Romus, Paul, a.a.O., S. 206.

4) Vgl. Maurois, André, Frankreich ändert sein Gesicht, Düsseldorf 1958, S. 131.

3. Bevölkerungswanderung

Frankreichs Einwohnerzahl hat sich von 1910 bis 1935 nur um 1 % erhöht¹⁾. Seit dem letzten Kriege jedoch steigt sie beträchtlich. Einer der wichtigsten Gründe für die Bevölkerungszunahme ist in der staatlichen Bevölkerungspolitik zu sehen. Die Einwohnerzahl erhöhte sich von 1946 bis 1954 um 5,3 %²⁾. Am 10.5.54 hatte Frankreich 42,8 Millionen Einwohner, Anfang 1959 44,8 Millionen. Wenn auch der Bevölkerungszuwachs während eines Jahrhunderts praktisch stagnierte, so war die Bevölkerungsbewegung innerhalb des Landes doch bedeutend. Paris zählte zu Anfang des Second Empire 2 Millionen, 1938 6,5 Millionen Einwohner, die Provinz dagegen hatte 1938 weniger Einwohner als 1875³⁾. Die Bevölkerungswanderung wendet sich heute mehr den industriellen Regionen des Nordens und des Ostens als dem Gebiet von Paris zu. Daneben vermögen noch kleinere Zentren im Süd-Osten und in der Region Lyon die Landbevölkerung anzuziehen. Von 1901 bis 1954 wuchs die Bevölkerung des Nordens um 3,2 Millionen, davon allein um 2,5 Millionen im Pariser Becken, während die Bevölkerung des Südens um 1,1 Millionen abnahm. Da jedoch der Midi, das Dreieck Lyon-Perpignan-Nizza, 340.000 Personen gewann, verloren der übrige Süden 1,5 Millionen und Mittelfrankreich 800.000 Einwohner⁴⁾.

Im Zeitraum von 1946 bis 1954 hat nur noch Mittelfrankreich eine absolute Verminderung seiner Bevölkerung zu verzeichnen (100.000 Personen). In den übrigen Gebieten nimmt die Bevölkerung zu, jedoch hält die Wanderung zum Norden an. In den Departements Seine-et-Oise, Moselle und Alpes-Maritimes erhöhte sich die Bevölkerung durch Wanderung um 10 - 12 %, in den Departements Lozère, Cantal, Côtes-du Nord, Corse und Mayenne verminderte sie sich um 10 - 13%⁵⁾.

1) Romus, Paul, a.a.O., S. 194.

2) Le commerce intérieur français en 1957, a.a.O., S. 3.

3) Romus, Paul, a.a.O., S. 196.

4) Romus, Paul, a.a.O., S. 197.

5) ders., S. 198.

Im Jahre 1954 lag die durchschnittliche Bevölkerungsdichte bei 78 Einwohnern je qkm. Die Unterschiede innerhalb des Landes sind jedoch groß. Das zeigt folgende Aufstellung:¹⁾

Departement:	Bevölkerungsdichte:
Seine	1.100 Einwohner je qkm
Seine-et-Oise	1.100 Einwohner je qkm
Nord	363 Einwohner je qkm
Rhône	336 Einwohner je qkm
Lozère	16 Einwohner je qkm
Hautes-Alpes	15 Einwohner je qkm
Basses-Alpes	12 Einwohner je qkm

Die am dichtesten bevölkerten Regionen sind die Randgebiete Frankreichs mit einer Insel von Grenoble bis Clermont-Ferrand. Paris zählt in geographischer Sicht zu den Randgebieten.

Von 1946 bis 1954 sind 4 % der Landbevölkerung in die Städte abgewandert. Am stärksten ist die Landflucht in der Normandie, der Bretagne und dem Massif Central mit mehr als 1 % Nettoabwanderung im Jahr. Allgemein jedoch verlangsamt sich das Wachstum der großen Agglomerationen. Die Hauptstadt selbst hat eine geringe Abwanderung zu verzeichnen²⁾.

Die Bevölkerungswanderung ist eine Folge der wirtschaftlichen Ungleichgewichte des Landes. Die Industrieballungen im Norden und Nordosten werden immer größer. In den Entvölkerungsgebieten wird den bestehenden kleinen und mittleren Unternehmen die Existenzgrundlage entzogen, nämlich die lokale und regionale Nachfrage nach ihren Produkten. Am stärksten werden Einzelhandel und Handwerk betroffen, da die Kaufkraft ihrer Kunden mit der allgemeinen Entwicklung nicht Schritt hält und deren Zahl selbst abnimmt oder stagniert. Diese Entwicklung gilt für Stadt und Land, tritt jedoch für die ländlichen Handwerker und Einzelhändler deutlicher in Erscheinung. Auf Grund ihrer monopolistischen Marktstellung, welche

1) Maillet, Pierre, La structure économique de la France, Paris 1958, S. 74.

2) Vgl. I.N.S.E.E., L'espace économique français, a.a.O., S. 14.

sie vor allem auf dem Lande innehaben, fordern sie überhöhte Preise, können aber trotzdem kaum existieren.

Während Kleinhandel und Handwerk von der aufgezeigten Entwicklung voll getroffen werden, bestehen für die kleine und mittlere Industrie Ausweichmöglichkeiten, die umso größer werden, je unabhängiger die Betriebe von der örtlichen Nachfrage sind.

Ein Ende der Bevölkerungswanderung ist nicht abzusehen und nicht eher zu erwarten, als bis es dem Staat gelingt, eine bessere Verteilung der Industrie auf das ganze Land zu erreichen. Das mag bei gewissen standortgebundenen Industrien nicht möglich sein. Aber der Kreis der Industrien, die nicht oder nur noch in geringem Maße an das Vorkommen bestimmter Rohstoffe gebunden sind, wird immer größer. Der Energietransport bietet kaum noch Schwierigkeiten. Jedoch ist die Beschaffung von Arbeitskräften umso wichtiger geworden. Gerade sie sind in den rückständigen Gebieten genügend vorhanden. Eine Industrialisierung jener Gegenden könnte der Bevölkerungswanderung ein Ende machen und zudem eine ganze Reihe wirtschaftlicher Tätigkeiten nach sich ziehen sowie schließlich auch der Landwirtschaft und dem bestehenden Gewerbe zu höheren Einkommen verhelfen.

4. Inflation

Seit dem Ersten Weltkrieg ist der Franc einer außerordentlich starken Entwertung unterworfen. Setzt man seine Kaufkraft im Jahre 1913 gleich 100, so sank sie auf 18,2 im Jahre 1926 und betrug im September 1946 1,8¹⁾. Die Dollarparität des Franc änderte sich ab 1946 wie folgt²⁾:

Dezember 1946	120 frs. = 1 ₤
Januar 1948	214 frs. = 1 ₤
Oktober 1948	264 frs. = 1 ₤
September 1949	350 frs. = 1 ₤
August 1957	420 frs. = 1 ₤
Dezember 1958	494 frs. = 1 ₤

1) Maurois, André, Histoire de la France, a.a.O., Tome II, S.340.

2) Müller-Ohlsen, Lotte, a.a.O., S. 108.

Tabelle 30

Die Entwicklung der Haushaltsdefizite, des Großhandelspreisindex, des Preisindex für die Lebenshaltung und der Entwertung des Franc von 1947 bis 1958 ¹⁾

Jahr	Haushalts- defizite	Löhne	Index d. Großhand- Preise	Preisind. f.d.Lebens- haltung	Index der Entwertung des Franc
	in Mrd.frs	in frs pro Std.	1950 = 100		
1947	-	-	-	66	245
1948	570	68,1	-	76	172
1949	611	-	92	90	106
1950	570	84,8	100	100	100
1951	517	-	128	117	84
1952	668	133,8	134	131	73
1953	652	139,7	128	129	73
1954	664	146,6	125	129	72
1955	662	153,8	125	130	71
1956	1.004	168,3	131	133	68
1957	1.041	184,2	138	137	65
1958	1.133	207,0	154	157	56

1) Haushaltsdefizite:

bis 1951: Müller-Ohlsen, a.a.O., S. 121,

ab 1952: Rapport du Comité Rueff, Archives Internationales
des Finances Publiques, Fascicule Nr. 473, Doc. 1392,

Löhne, Großhandelspreisindex und Preisindex für die Lebenshaltung: I.N.S.E.E., Tableaux de l'économie française, Paris 1959, S. 93.

Basis: 1939; vom Verfasser umbasiert.

Seit 1946 ist der Außenwert des Franc damit auf ein Viertel gesunken. Die Entwertung betrug im Jahre 1946 44 %, 1947 30 % und 1948 38 %¹⁾

Abgesehen von den Jahren 1952 bis 1955, in denen eine annähernde Stabilität erreicht wurde, hat sich der Tauschwertverlust stetig fortgesetzt (vgl. Tabelle 30).

Als Ursache der Inflation nach dem Zweiten Weltkrieg ist zunächst der aus der Besatzungszeit herrührende Geldüberhang anzusehen. Die Regierung hat es 1945 versäumt, einen Währungsschnitt vorzunehmen. Die Modernisierung der verstaatlichten Industrien, eine kostspielige Sozialpolitik, hohe Subventionen an verschiedene Wirtschaftszweige und der ununterbrochene Krieg, zunächst in Indochina, dann in Algerien, verursachten hohe Ausgaben. Die Steuern wurden aus innenpolitischen Gründen nicht entsprechend erhöht. Die fehlenden Einnahmen mußten auf dem Kreditwege beschafft werden. Infolge der jahrzehntelangen Inflationserfahrungen war die Ersparnisbildung der Bevölkerung jedoch beträchtlich gesunken. Das Schatzamt konnte seine Anleihen nur zum Teil auf dem Kapitalmarkt unterbringen. Der Kreditmarkt war gleichfalls unergiebig und genügte nicht einmal zur Zwischenfinanzierung. Der Staat war gezwungen, einen in den letzten Jahren steigenden Teil des Haushaltsdefizits durch Notenbankkredite zu decken²⁾.

Dies war umso eher möglich, als die Banque de France verstaatlicht ist. Sie war im Jahre 1800 von Napoleon I. als private Bank ins Leben gerufen worden. 1806 begrenzte man die Zahl der Aktionäre, die das Grundkapital von 30 Millionen frs. in der Generalversammlung vertreten durften, auf 200³⁾.

1) Müller-Ohlson, Lotte, a.a.O., S. 113.

2) Vgl. Rapport du Comité Rueff, Archives Internationales des Finances Publiques, Fascicule Nr. 473, Doc. 1392, S. 3 ff.

3) Seither bekannt als "les deux cent familles", d. h. als Elite der französischen Wirtschaft.

1936 ergriff die Regierung die ersten Maßnahmen zur Nationalisierung. Das Stimmrecht in der Generalversammlung wurde auf alle Aktionäre ausgedehnt, Gouverneur und Vizegouverneur betrachtete man fortan als Staatsbeamte. Den Regentenrat, der bisher aus 15 Mitgliedern bestand, wandelte man in einen erweiterten Generalrat (Conseil Général) um, in den hauptsächlich Vertreter der Staatsbehörden und sonstiger staatlicher Organisation entsandt wurden.

1945 verstaatlichte die Regierung die Banque de France und schuf den "Conseil National du Crédit". Präsident des "Nationalen Kreditrats" ist der Finanzminister, Vizepräsident der Gouverneur der Banque de France. Seine 41 Mitglieder vertreten Wirtschaft und Staat. Aufgaben des "Nationalen Kreditrats" sind die Kreditkontrolle, die Kreditlenkung und die Beratung des Staates in seiner Kreditpolitik¹⁾.

Da die Notenbank nach dem Kriege wegen ihrer engen Bindung an den Staat keinen restriktiven Kurs verfolgen konnte, mußte die Geldentwertung immer weiter fortschreiten. Alle Bankberichte des Gouverneurs ab 1947 klagen über die ständig zunehmenden Defizite des Staatshaushaltes, die direkt durch Staatsvorschüsse oder indirekt durch Rediskontierung von Wechseln der staatlichen Finanzierungsbanken gedeckt werden mußten.

5. Staatsauffassung und Wirtschaftsgesinnung im gewerblichen Mittelstand Frankreichs

Es gibt kaum ein zweites europäisches Volk, dessen Gegenwart so sehr von der Vergangenheit bestimmt ist wie das französische. Je mehr Macht der Feudaladel unter der Herrschaft der absoluten Könige verlor, desto größer wurde der Einfluß des städtischen Mittelstandes. "Die Schicht der wohlhabenden Bürger, der Kaufleute und Kleinfabrikanten war nur insoweit revolutionär, als sie ihre ökonomische Macht durch politische Unabhängigkeit untermauern wollte. Nachdem ihr das 1789 gelungen war, richtete der fran-

1) Die Ausführungen stützen sich in der Hauptsache auf:
(ohne Verfasser) Art: "Frankreich (Geschichte des Bankwesens)", Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, herausgegeben von M. Palyi und P. Quittner, Band 1, Frankf./M. 1957, S. 600 ff.

Auf Seite 616 dieses Werkes finden sich weitere Literaturhinweise zur Geschichte der Banque de France.

zösischer Mittelstand seine ganze Energie auf die Erhaltung seiner privilegierten Stellung in Staat und Gesellschaft und auf die Vereitelung wirtschaftlicher oder sozialer Umwälzungen" ¹⁾.

Durch die Revolution ist der Mittelstand einschließlich der Bauern an die Stelle des Feudaladels getreten. Die Position des vorrevolutionären Mittelstandes hat im Laufe des 19. Jahrhunderts die Arbeiterschicht übernommen. Die Revolution von 1789 hat die sozialen und politischen Unterschiede in Frankreich nicht beseitigt. An die Stelle einer privilegierten Schicht ist eine andere getreten.

Das Bürgertum benutzt bis heute den Staat als Werkzeug zur Erhaltung seiner Vorrechte. Daraus erklärt sich auch, warum es 1830 Louis-Philippe und zu Beginn des Second Empire Napoleon III. unterstützte ²⁾, obwohl es selbst in der Revolution von 1789 die Monarchie auf blutigste Weise beseitigt hatte. Louis-Philippe, dem das Bürgertum viel verdankte, wurde später verspottet, weil man seine Friedensliebe als Feigheit ansah ³⁾. Napoleon III. galt als verhaßter Diktator, sobald er sich zur Friedenspolitik entschloß und zudem noch Sympathien für die Arbeiterklasse bekundete ⁴⁾.

Die Dritte Republik gehörte dem Bürgertum. Die Verfassung gab dem Parlament alle Macht; die Regierung war vollkommen von ihm abhängig. Die Mittelschichten, vor allem das Kleinbürgertum, konnten auf legalem Wege alle wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen verhindern. Die Macht des Bürgertums wurde eingesetzt, um die "situations acquises" zu bewahren; das hemmte die industrielle Entwicklung. Frankreichs Wirtschaftsstruktur ist weitgehend vor-kapitalistischer Natur geblieben. "Seit der Jahrhundertwende hat sich dieses Frankreich der kleinen Stadt, der kleinen Werkstätten und des kleinen Gütchens langsam in ein immer dichteres Netz von Gewohnheitsrechten und Privilegien für alles Kleine, Alte, Bewährte, Unrationelle und Stillstehende, von Verboten und Strafen gegen

1) Schoenbrun, David, a.a.O., S. 180.

2) Vgl. Maurois, André, Histoire de la France, Tome II, Paris 1958, S. 146 und 195.

3) ders., S. 154.

4) ders., S. 202.

alle Neuerung und alle Beunruhigung eingesponnen, von den Schutzzöllen der Ära Méline¹⁾ bis zur praktischen Befreiung des Kleinhandels und Kleingewerbes von Besteuerung und Konkurrenz in der Zwischenkriegszeit, bis endlich jede ererbte Position zum Rententitel wurde."²⁾

"Das heutige Frankreich ist nur dem verständlich, der sieht, daß der Staat vom zahlenmäßig weit Überwiegenden (und außerdem durch eine überholte Wahlkreiseinteilung begünstigen) gewerblichen und bäuerlichen Mittelstand und dessen einflußreichen Verbänden beherrscht wird. Genauso wie die Arbeiterschaft bilden auch die Großunternehmen - (L ü t h y s grundlegende Darstellung betont immer wieder deren inselhafte Isolierung im Wirtschaftskörper) - nur eine Rolle zweiten Ranges."³⁾

In der Vierten Republik war der Einfluß der Arbeiter im Vergleich zur Vorkriegszeit größer geworden. Er genügte jedoch nicht, die Vormachtstellung des Bürgertums zu beseitigen.

Die umfassende Sozialgesetzgebung von 1945 wurde von der provisorischen Regierung geschaffen. Das Parlament wählte man erst 1946. Die Regierung wurde nun wieder ein gefügiges Werkzeug des Mittelstandes. Das war umso eher möglich, als durch die Ausschaltung der Kommunistischen Partei aus der Regierung im Jahre 1947 ein großer Teil der Arbeiter ohne Einfluß auf die Gesetzgebung blieb.

Die Entwicklung in der Fünften Republik läßt sich noch nicht absehen. Die mittleren Schichten des Volkes stellen die Anhänger-schaft der Gaullisten dar. Jedoch kann wegen der neuen Verfassung, die im äußersten Gegensatz zur Dritten und Vierten Republik das Parlament entmachtet hat, noch nicht gesagt werden, wie der Mittelstand seinen Einfluß geltend machen wird. De Gaulle, der als Präsident alle Macht besitzt, ist mit dem Gaullismus als politischer Richtung nicht gleichzusetzen. Entscheidend wird sein, inwieweit der Präsident auf seine eigene Partei Rücksicht nimmt.

1) M é l i n e, Jules, 1838 - 1925, Politiker, Protektionist.

2) Lüthy, Herbert, Frankreichs Uhren gehen anders, a.a.O., S. 231.

3) Mohler, Armin, Die französische Rechte, München 1958, S. 18.

Die starke Gruppierung konservativ-nationalistischer Elemente um Jacques S o u s t e l l e innerhalb dieser Partei läßt vorerst nur auf günstige Ausgangspositionen des Mittelstandes schließen. Im übrigen unterscheidet sich die Politik der Fünften Republik hinsichtlich des Mittelstandes nicht im geringsten von der ihrer Vorgänger.

Die bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges stagnierende Bevölkerungszahl und die zeitweise beträchtliche Geldentwertung bestimmen weitgehend die W i r t s c h a f t s g e s i n n u n g des gewerblichen Mittelstandes.

Die seit den napoleonischen Kriegen stationäre Geburtenziffer und ab 1913 stagnierende Gesamtbevölkerungszahl haben zum sogenannten "wirtschaftlichen Malthusianismus"¹⁾ geführt. "Seit anderthalb Jahrhunderten haben die französischen Produzenten gewußt, daß sie mit keinen neuen Abnehmerkreisen mehr rechnen konnten."²⁾ Ein weiterer Grund für das "wirtschaftliche Liliputanertum"³⁾ liegt darin, daß der Durchschnittsfranzose alles selbst machen möchte und seinen Lebensunterhalt möglichst mühelos zu verdienen sucht. Beides läßt sich mit wirtschaftlicher Dynamik nicht vereinbaren. Der französische Produzent und Kaufmann zieht beinahe instinktiv einen kleinen Umsatz mit hoher Gewinnspanne dem Massenumsatz mit geringer Gewinnspanne vor. Unterstützt wird dieses Bestreben durch offene und geheime Preisabsprachen und durch kartellähnliches Vorgehen der Beteiligten. Im Handel versuchen die moderneren Unternehmen nicht, die Spanne zu senken⁴⁾.

Die ein halbes Jahrhundert anhaltende Inflation konnte nicht ohne Auswirkungen auf die Wirtschaftsgesinnung der Franzosen bleiben. Für Produzenten und Händler ist es selbstverständlich geworden, umfangreiche Läger zu halten⁵⁾. Damit wichen sie der Entwertung

1) Schoenbrun, David, a.a.O., S. 191.

2) ebenda.

3) Lüthy, Herbert, Frankreichs Uhren gehen anders, S. 242.

4) Verschiedene "Actions de baisse des prix", wie sie hin und wieder gemeldet werden, können über die geschilderte Grundhaltung des Handels nicht hinwegtäuschen.

Vgl. Wiebel, Martin, a.a.O., S. 14.

5) Schoenbrun, David, a.a.O., S. 192.

des Franc weitgehend aus, während Lohn- und Rentenempfänger die Kaufkraft ihrer Einkommen ständig gemindert sahen und um Aufbesserung kämpften.

Bei vielen Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes ist die geschilderte Gesinnung so fest verwurzelt, daß sie sich in Zeiten annähernder Währungsstabilität, wie von 1952 bis 1955, nicht mehr umstellen können.

Für auftretende Schwierigkeiten wird der Staat verantwortlich gemacht, den man als Steuererheber ohnehin **haßt**. Dazu unterstellen diese Gesellschafts- und Wirtschaftsgruppen dem Staat eine besondere Fürsorgepflicht ihnen gegenüber, der er aber nicht nachkommt.

C. Die Auswirkungen der Besteuerung auf die wirtschaftliche und soziale Lage des gewerblichen Mittelstandes

Inwieweit die allgemeinen Gründe für die wirtschaftliche und soziale Lage des gewerblichen Mittelstandes die dargestellte Entwicklung beeinflußt haben, wurde gezeigt. Es bleibt zu untersuchen, welchen Anteil die staatliche Finanzpolitik daran hatte.

1. Die wirtschaftlichen Auswirkungen

Im Bestreben, die Existenz der selbständigen Gewerbetreibenden zu sichern, trachtet die französische Steuergesetzgebung danach, auch die unproduktivsten Unternehmen am Leben zu halten. Lüthy schildert die Auswirkungen dieser Politik wie folgt: "Das ganze französische Steuersystem ist durch seine systematische Privilegierung der 'Schwachen', der handwerklichen, kleinhändlerischen und kleinbäuerlichen Familienbetriebe, ein eigentliches System von Verboten und Strafen gegen den Fortschritt geworden. Die Last der direkten Steuern wird fast vollständig auf die großen, modernen und leistungsfähigen Betriebe abgewälzt."¹⁾

Die Folgen der Steuerpolitik zeigen sich beim Handwerk am deutlichsten. Der Handwerker wird dazu verleitet, seinen Betrieb möglichst klein zu halten und wenig Maschinen einzusetzen. "In den Handwerksbetrieben werden unter Außerachtlassung aller wirtschaftlichen Überlegungen, wie Ertrag und Produktivität, Fertigungsverfahren angewandt, die in einem kapitalistischen Betrieb lange aufgegeben worden wären."²⁾

Steuerpolitik und Inflation verhindern im Handel die Ausschaltung unrentabler und unnötiger Betriebe. Vielen Betriebsinhabern fehlt die fachliche Eignung zur Führung eines Betriebes vollständig. "In Frankreich glauben immer noch zu viele Leute, daß man ein Geschäft ohne jede Vorkenntnisse eröffnen könne. Im 19. Jahrhundert

1) Lüthy, Herbert, Frankreichs Uhren gehen anders, a.a.O., S. 250.

2) Monteil, J., Les privilèges fiscaux et la taxe sur la valeur ajoutée, in: R.S.L.F., 1958, S. 297. Ähnlich: Delille, Robert, a.a.O., S. 64.

war für viele ein Laden das Ziel ihrer Laufbahn. Noch heute kaufen sich Pensionäre ein kleines Geschäft und scheinen zu glauben, daß jeder Beliebige jede beliebige Ware an den Mann bringen kann¹⁾ Diese Gewerbetreibenden können nur auf Grund der Steuerfreiheit und der Inflation ihre Selbständigkeit erhalten. Die Produktivität der Arbeit könnte im Handel, vor allem im Lebensmittelhandel, beträchtlich erhöht werden²⁾. Die Ansicht, daß die augenblickliche Handelsstruktur den französischen Bedürfnissen entspreche³⁾, trifft nicht zu. Warum hatte Frankreich gerade in der Zeit der Güterknappheit einen zusätzlichen Bedarf von 200.000 bis 300.000 Händlern? Die Zunahme der Bevölkerung macht eine solche Erhöhung der Zahl der Händler nicht notwendig. Die besondere Sozialstruktur mag eine höhere Anzahl von Händlern erfordern als in den übrigen europäischen Ländern, eine derartige Dichte jedoch besteht nicht zu Recht.

"L'opinion est favorable, par sentiment, aux 'petits'. Elle a été alertée contre les 'trusts', successivement par le Front populaire en 1936, par le gouvernement de Vichy en 1940 et 1941, par le parti communiste enfin. L'idée s'est en outre répandue, née de doctrines corporatives, que toute entreprise a un droit naturel à subsister. Une concurrence ayant pour résultat d'éliminer quiconque est dénoncée comme abusive. Les forts ont d'autant plus volontiers une attitude bienveillante à l'égard des faibles qu'elle est conforme à leur intérêt. La mauvaise productivité de certaines entreprises sert à justifier des prix de vente élevés qui quoiqu' à peine suffisants pour couvrir des coûts excessifs, procurent de larges profits aux affaires mieux équipées ou mieux gérées."⁴⁾

-
- 1) Maurois, André, Frankreich ändert sein Gesicht, a.a.O., S. 116.
"Der Aufstieg des französischen Arbeiters erfolgt bevorzugt in Richtung des kleinbürgerlichen Kleinhandels unter Vernachlässigung des Werkmeisters oder Handwerkers."
 - 2) Vgl. Maurois, André, Frankreich ändert sein Gesicht, a.a.O., S. 131.
 - 3) Vgl. hierzu: I.N.S.E.E., Mouvement économique en France de 1944 à 1957, S. 194; Rives, Marcel, Tome II, a.a.O., S. 438; Maurois, André, Frankreich ändert sein Gesicht, a.a.O., S. 114.
 - 4) Jeanneney, J.M., Forces et faiblesses, a.a.O., S. 260.

Die Steuerpolitik erhält eine Wirtschaftsstruktur, der jegliche Dynamik fehlt. Die fortschrittlichen Unternehmen werden durch erhöhte Steuersätze und Sondersteuern benachteiligt. Der Staat arbeitet der wirtschaftlichen Entwicklung, die auf Massenfertigung, Produktivitätssteigerung und Rationalisierung drängt, entgegen. Um Gruppeninteressen zu erfüllen, wird auf eine bessere allgemeine Güterversorgung verzichtet.

Frankreichs Schlüsselindustrien wurden zwar nach dem Kriege großenteils verstaatlicht und auf den neuesten Stand der technischen Entwicklung gebracht. Sie können sich mit denen anderer Länder ohne weiteres messen. Ebenso gibt es einige andere fortschrittliche, produktiv und rationell arbeitende Industriezweige. Die Produktivitätsfortschritte jedoch kommen nicht den Verbrauchern zugute. Sie werden zu höheren Gewinnen der betreffenden Unternehmen oder aber vom gewerblichen Mittelstand aufgesogen¹⁾. Alle Zwischenstufen der Verarbeitung und der Verteilung nehmen einen größeren Teil des Wertes eines Gutes für sich in Anspruch, als ihrer Leistung entspricht. Jeanneney bezeichnet die Rückständigkeit mancher Wirtschaftsbereiche, die zu einer nur geringen Produktivität führt, als ein großes Übel, auf dessen Auswirkungen die Schwächen der französischen Wirtschaft beruhen. Die rückständigen Betriebe in diesen Wirtschaftsbereichen überleben auf Grund der Schwächung der Konkurrenz oder des staatlichen Schutzes und stellen eine Gefahr für die ganze Wirtschaft dar²⁾.

1) Lüthy, Herbert, Frankreichs Uhren gehen anders, a.a.O., S. 240.

2) "Ces faiblesses sont l'effet d'un mal profond: la vétusté de certains secteurs de l'économie. Un grand nombre d'entreprises agricoles, industrielles et commerciales ont une trop faible productivité. Elles survivent grâce à un affaiblissement de la concurrence ou à la protection que l'Etat leur accorde. Elles sont souvent misérables et ne pourront subsister longtemps encore sans mettre en péril l'économie nationale. Les structures mêmes de la Nation sont en cause."

Jeanneney, J.M., Forces et faiblesses, a.a.O., S. 272.

Als Ergebnis zeigt sich, daß die staatliche Finanzpolitik in dem Bestreben, die Selbständigkeit der mittelständischen Gewerbetreibenden zu erhalten, zu wirtschaftlicher Rückständigkeit in weiten Teilen von Handel, Handwerk und Industrie führt.

2. Die sozialen Auswirkungen

Die soziale Zielsetzung der Steuerpolitik nützt dem Handwerk am meisten. Dazu schreibt Penouil¹⁾: "Die Erhaltung des kleinen, auf Handarbeit beruhenden Familienunternehmens ist ein wesentliches Element des sozialen Gleichgewichts der französischen Gesellschaft. In Frankreich herrscht mehr als in jedem anderen Lande der Kult des 'petit' und 'moyen'. Gewisse soziale Schichten genießen traditionelle Vergünstigungen, die nach einiger Zeit selbstverständlich werden. Die Handwerkspolitik ist also nur ein Teil einer konstanten und allgemeinen Tendenz in der französischen Innenpolitik".

Die soziale Lage einer Bevölkerungsgruppe wird weitgehend durch ihre Einkommen bestimmt. Wie festgestellt wurde, hat das Einkommen verschiedener Gruppen des gewerblichen Mittelstandes mit der allgemeinen Entwicklung nicht Schritt gehalten. Ursache ist die wirtschaftliche Unausgeglichenheit des Landes, die sich einerseits in den Industrieballungen des Nordens und andererseits in der wirtschaftlichen Rückständigkeit vor allem der westlichen Hälfte Frankreichs widerspiegelt. Die unterschiedliche Wirtschaftskraft der einzelnen Landesteile hat auch unterschiedliche Einkommen der Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes zur Folge. Im hochindustrialisierten Norden und Nordwesten des Landes liegen Einkommen und Kaufkraft der Bevölkerung bedeutend höher als im überwiegend bäuerlichen Südosten, Süden und Südwesten.

Infolge der mannigfachen Steuerbefreiungen ist das Gesamtaufkommen an direkten Steuern verhältnismäßig gering. Um seinen ständig steigenden Finanzbedarf zu decken, nimmt der Staat immer wieder zu höheren oder neuen indirekten Steuern Zuflucht. Das bedeutet jedoch eine stärkere Belastung der Einkommensverwendungen. Wie alle Schichten des Volkes mit geringen Einkommen sind damit die selbständigen

1) Penouil, Marc, a.a.O., S. 539.

Gewerbetreibenden mit niedrigen Einkünften, die überwiegend in den weniger entwickelten Gebieten Frankreichs leben, im Grunde genommen die Leidtragenden der staatlichen Finanzpolitik.

In der Praxis wirkt die Steuerpolitik so ihrer Zielsetzung entgegen. Sie will den sozialen Status der unteren Schichten des gewerblichen Mittelstandes erhalten oder gar verbessern. Stattdessen werden gerade diese Schichten, wenn auch ungewollt, benachteiligt.

Die steuerlichen Vorteile bei den betrieblichen Steuern verbessern die Einkommensverhältnisse der mittelständischen Gewerbetreibenden, ohne aber eine wesentliche Steigerung der Einkünfte herbeizuführen. Die Vergünstigungen in der Einkommenbesteuerung können sich nur bei den Personen auswirken, die bisher Einkommensteuer zahlten. Die Handwerker und Händler mit niedrigen Einkünften aber gehen schon im Rahmen der allgemeinen Besteuerung steuerfrei aus. Daher wirken sich zusätzliche Steuererleichterungen zur Mittelstandsförderung bei ihnen nicht aus. Die dem gewerblichen Mittelstand gebotenen Vorteile werden hauptsächlich von Steuerpflichtigen mit mittleren und höheren Einkommen in Anspruch genommen. Nennenswerte Vorteile bringt die staatliche Finanzpolitik daher auch nur ihnen.

D. Die Poujade-Bewegung

1. Entstehung, Ausbreitung und Niedergang

Im Juli 1953 nahm in Frankreich eine Steuerrevolte ihren Anfang, die weit über die Grenzen des Landes hinaus als Poujade-Bewegung bekannt wurde. Ihren Namen erhielt sie von Pierre P o u j a d e, Papierwarenhändler und Stadtrat in St. Céré, Département Lot. Anlaß war die Benachrichtigung von 30 Geschäftsleuten in St. Céré seitens der Finanzverwaltung, daß Steuerkontrollen beabsichtigt seien. Die Geschäftsleute beschlossen, sich zu wehren, und der Stadtrat, an den sie sich wandten, riet ihnen unter maßgeblichem Einfluß P o u j a d e s, ihre Läden zu schließen¹⁾. Die Kontrollen konnten nicht durchgeführt werden. Das Beispiel machte Schule, zuerst im Département Lot, dann in den benachbarten Départements. Im Oktober 1953 wurden auf einer Versammlung eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die den anspruchsvollen Namen "Programm" erhielten. Im November 1953 gründete P o u j a d e eine "Steuerverweigerungsliga", die U.D.C.A.²⁾, deren Mitglieder ausschließlich Einzelhändler und Handwerker waren. Man beschloß folgende Kampfmaßnahmen³⁾:

Steuerstreik, gemeinsame Verhinderung von Steuerkontrollen, Streik der Kaufleute und Abzug der Guthaben bei öffentlichen und privaten Kassen.

In den folgenden Monaten gelang es der Bewegung, die Mehrheit in einer ganzen Reihe von Handelskammern zu erringen. Bis zum Frühjahr 1955 hatte sie ungefähr 30 Départements in Mittel- und Südwestfrankreich sowie im Pariser Gebiet erfaßt. P o u j a d e schätzte zu dieser Zeit seine Anhängerschaft auf 600.000 bis 900.000⁴⁾. Im Januar 1955 wurde eine Poujade-Delegation von einer

1) Vgl. (ohne Verfasser) Etudes biographiques: P. Poujade, Président de l'Union de Défense des Commerçants et Artisans, in: Bilans politiques et sociaux hebdomadaires, Nr.460 v.24.3.55, S. 28 f.

2) Union de Défense des Commerçants et Artisans.

3) Mérigot, J.G., Fiscalité et politique: le mouvement Poujade, in: R.S.L.F., 1956, S. 539.

4) Bilans politiques, économiques et sociaux hebdomadaires, a.a.O., S. 29.

Gruppe von Parlamentariern empfangen. Während des Frühjahrs 1955 übte die Bewegung beträchtlichen Einfluß auf das Parlament aus und erreichte eine Erleichterung der Steuerkontrollen und -strafen¹⁾.

Der Druck auf das Parlament war so stark, daß L a u r é, der zuständige Direktor für Steuerkontrollen in Paris, entlassen wurde.

Inzwischen versuchte P o u j a d e, seine Bewegung auch auf andere Bevölkerungsschichten auszudehnen. Während er zu Beginn noch behauptete, der Industrielle gehöre weder seiner Gesinnung noch seinen Interessen nach zum Mittelstand, schränkte er später ein, daß Unternehmer mit 10. 20 oder gar 50 Arbeitern sich der Bewegung anschließen dürften²⁾. P o u j a d e begrenzte seine Tätigkeit jedoch nicht auf den gewerblichen Mittelstand. Er gründete der U.D.C.A. ähnliche Organisationen für die Bauern, die freien Berufe, die Arbeiter und die Jugend³⁾. Erfolg hatte er jedoch nur bei den Bauern. Die freien Berufe und die Arbeiter verhielten sich ablehnend⁴⁾. Mit der Ausdehnung auf andere Bevölkerungsgruppen wurde aus der Interessenvereinigung eine politische Bewegung.

Im November 1955 übertrafen die Erfolge der Poujadisten bei den Sozialwahlen⁵⁾ alle offiziellen Erwartungen, jedoch spaltete sich im gleichen Monat von der Bewegung eine Gruppe ab, die sich gegen die Politisierung wehrte.

Inzwischen hatte die Bewegung auch das nördliche Frankreich erreicht.

1) Vgl. Coulbois, P., Chronique de législation fiscale, in: R.S.L.F., 1955, S. 642.

2) Hoffmann, Stanley, a.a.O., S. 222.

3) U.D.P.F., Union de Défense des Paysans de France,
U.D.P.L.I., Union de Défense des Professions Libérales et
Intellectuelles,

U.D.T.F., Union de Défense des Travailleurs de France,

U.D.J.F., Union de Défense de la Jeunesse Française.

4) Mérigot, J.G., a.a.O., S. 540.

5) Elections sociales, Wahl der Verwaltungsräte der 121 caisses de Sécurité sociale und der 111 caisses d'Allocations familiales. Hoffmann, Stanley, a.a.O., S. 95 und 146.

In den Wahlen zur Nationaversammlung am 2. Januar 1956 errang die Poujade-Bewegung einen unerwarteten Erfolg: 52 von 593 Sitzen fielen an die Poujadisten. Mit diesem Wahlerfolg hatte die Bewegung ihren Höhepunkt erreicht. Bis zum Sturz der Vierten Republik im Mai 1958 verringerte sich die Zahl der Poujadisten im Parlament auf 30 Abgeordnete. Ein Teil der Abtrünnigen schloß sich anderen Parteien an, einige blieben unabhängig, distanzierten sich jedoch von P o u j a d e . Mit dem Ende der Vierten Republik verlor die Poujade-Bewegung jegliche Bedeutung. Die wirtschaftlichen Interessen des gewerblichen Mittelstandes werden wie vor 1953 von der "Confédération Générale des Petites et Moyennes Entreprises" (C.G.P.M.E.) wahrgenommen, deren mächtiger Präsident Lion G i n g e m b r e ist. Politisch steht P o u j a d e allein. Seine Anhängerschaft ist zur neuen gaullistischen Partei, der "Union pour la Nouvelle République" (U.N.R.) übergegangen.

2. Hintergründe und Ziele

Die Ursachen der Poujade-Bewegung sind nicht in einer ungerechten Besteuerung der Handwerker und Kleinhändler zu suchen. Bei den Einkommensteuern dürfte der Pauschalgewinn, nach dem die meisten veranlagt werden, den tatsächlichen Gewinn nicht übersteigen, da die Möglichkeit der Option besteht. Wie gezeigt wurde, werden die Betriebe dieser Gewerbetreibenden gegenüber den Konkurrenzbetrieben steuerlich sogar bevorzugt.

Die Gründe für das Entstehen der Poujade-Bewegung sind wirtschaftlicher und sozialer Natur. Die Bevölkerungswanderung und die Rückständigkeit und Stagnation im wirtschaftlich weniger entwickelten Frankreich südlich der Loire, in dem die Poujade-Bewegung den größten Zulauf fand, bewirkten eine verhältnismäßige Armut der Kleinhändler und Handwerker. Zum Beispiel ist die Bevölkerung des Amtsbezirks St. Céré im letzten Jahrhundert von 12.000 auf 7.000 Personen gesunken. Die Einwohnerzahl der Stadt St. Céré selbst blieb mit 3.000 konstant. Von den 1.500 Erwerbspersonen in St. Céré sind 300 in Handel und Handwerk beschäftigt. Das ist die gleiche Zahl wie um die Mitte des 19. Jahrhunderts¹⁾. In einer seiner Reden

1) Hoffmann, Stanley, a.a.O., S. 13.

charakterisierte P o u j a d e die Wirtschaftskraft seines Departements mit folgendem Satz¹⁾: "Le département Lot ne produit que des noix et des ministres." Ähnliches gilt für eine große Zahl von Departements im südlichen Frankreich.

Vor allem der Handel ist überbesetzt: In 16.000 Gemeinden mit weniger als 100 Einwohnern gibt es 200.000 Einzelhandelsbetriebe²⁾. Außerdem führt die technische und wirtschaftliche Entwicklung zu Verschiebungen in der Handels- und Produktionstätigkeit. Die Umsätze im Handel verlagern sich unter dem Einfluß ständig besser werdender Verkehrsbedingungen immer mehr vom Lande in die Stadt. Dort jedoch besteht die Tendenz zur Konzentration, da moderne Unternehmen ausreichend Kundschaft finden, um existieren zu können. Zentralisation und Konzentration bedrohen die Existenz der kleinen selbständigen Händler, zumal ihnen in der Regel die Schulung fehlt, sich gegen die mit kaufmännisch ausgebildeten Fachkräften arbeitenden Konkurrenzunternehmen erfolgreich zur Wehr zu setzen.

Nach Ansicht der Handwerker reichen ihre steuerlichen Vergünstigungen nicht aus, um die Vorteile, die höhere Produktivität und günstiger Einkauf den Großunternehmen bringen, auszugleichen³⁾. Hinzu kommt, daß die industrielle Entwicklung einer Reihe von Handwerkszweigen die Existenzgrundlage nimmt. Wenn auch neue Zweige entstehen, so wird der Ausgleich doch vornehmlich dort erzielt, wo die Industrie die Voraussetzungen schafft, also hauptsächlich im wirtschaftlich fortschrittlichen Nordfrankreich. In den von der wirtschaftlichen Entwicklung ausgeschlossenen Gebieten hat das Handwerk dagegen allgemein mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Ausnahmen dürften nur die größeren Städte bilden.

Zu den strukturellen Veränderungen in Handel und Handwerk treten die Auswirkungen von Krisen in anderen Wirtschaftsbereichen: im Weinbau, in der Holzwirtschaft, in der Textilindustrie. Eine regional ausgeglichene, in gleichmäßiger Expansion befindliche Wirtschaft hätte Anpassung und Neugruppierung in kontinuierlichem Prozeß ermöglicht.

1) Hoffmann, Stanley, a.a.O., S. 11.

2) Wiebel; Martin, a.a.O., S. 14.

3) Vgl. Penouil, Marc, a.a.O., S. 546.

Mit der Besteuerung ist der Franzose von jeher unzufrieden gewesen¹⁾. Ohne Zweifel aber muß man die Poujade-Bewegung als die stärkste und umfassendste Steuerrevolte in der Geschichte Frankreichs ansehen. Die 1953 beginnende Preisstabilisierungspolitik verhinderte oder beschränkte die Überwälzung der Steuern.

Gleichzeitig verschärfte die Regierung Steuerkontrollen und -strafen²⁾ und kündigte eine Vielzahl von Reformen und Wandlungen in der Besteuerung an³⁾. Die Poujade-Bewegung nahm die neue Steuerpolitik zum äußeren Anlaß des Kampfes gegen die Steuerverwaltung⁴⁾.

Die Forderungen der Bewegung waren zunächst steuerlicher Art⁵⁾:

1. Gleiche steuerliche Behandlung aller Kaufleute und Handwerker. Jeder sollte, wie bisher nur die großen Gesellschaften, vom Gewinn Investitionsaufwand und eigene Gehälter absetzen dürfen,
2. Gleiche steuerliche Behandlung wie die Filialunternehmen, die für eine unbeschränkte Anzahl von Abteilungen und Spezialerzeugnissen nur die doppelte Gewerbesteuer zahlen, während der kleine Kaufmann steuerrechtlich nur zum Handel in einer Branche berechtigt ist,
3. Einmalige Besteuerung eines Produkts zur Vermeidung von Steuerhinterziehung, Steuerkontrolle und unnötiger Bürokratie,
4. Gewährung eines Freibetrages in der Höhe eines Angestelltengehaltes oder eines Facharbeiterlohnes bis zur Verwirklichung der Steuerreform,
5. Beseitigung der steuerlichen Begünstigung der Konsum-Genossenschaften,

1) Vgl. Hoffmann, Stanley, a.a.O., S. 9.

2) I.N.S.E.E., Mouvement économique en France de 1944 à 1957, a.a.O., S. 207.

3) Hoffmann, Stanley, a.a.O., S. 400.

4) Mérigot, J.G., a.a.O., S. 538.

5) Programme de Gramat, Oktober 1953, abgedruckt in: Hoffmann, Stanley, a.a.O., S. 53

6. Abschaffung der Steuerkontrollen,
7. Steueramnestie und Aufhebung der Steuerstrafen,
8. Gleichstellung mit den Lohn- und Gehaltsempfängern bei der Sécurité Sociale, den Familienzulagen und Ruhegeldern.

Zu den einzelnen Punkten des Programmes ist folgendes zu sagen:

Wenn Kaufleute und Handwerker fordern, eigene Gehälter vom Gewinn absetzen zu dürfen, so verlangen sie damit eine neue steuerliche Begünstigung und keineswegs eine Gleichstellung mit den großen Gesellschaften. Zwar stellen die Gehälter der Geschäftsführer für die großen Gesellschaften Kosten dar und vermindern entsprechend den Gewinn, jedoch unterliegen diese Gehälter bei den Einkommensempfängern der Einkommensteuer. Außerdem wird der Gewinn der Gesellschaft mit der höheren Körperschaftsteuer belastet.

Der Absetzung des Investitionsaufwandes kommt nur geringe Bedeutung zu, da er bei kleinen Gewerbetreibenden zumeist unbedeutend ist, andererseits aber auch bei der aktuellen Veranlagung berücksichtigt wird.

Die Behauptung, daß der kleine Geschäftsmann für jede Branche, in der er tätig wird, die Gewerbesteuer nach den für diese Tätigkeiten geltenden Sätzen zu zahlen habe, trifft nicht zu. Artikel 1458 C.G.I. bestimmt, daß ein Gewerbesteuerpflichtiger, der mehrere Tätigkeiten im gleichen Betrieb ausübt, nur *e i n e r* fixen und *e i n e r* proportionalen Abgabe unterliegt, und zwar jeweils der höchsten, die zu entrichten wäre, wenn er für jede Tätigkeit einzeln veranlagt würde¹⁾. Übt er die unterschiedliche Tätigkeit in mehreren Betrieben aus, so wird er nicht anders behandelt als die Filialunternehmen. Im übrigen verdoppelt man bei den Filialunternehmen die Gewerbesteuer erst, wenn eine bestimmte Anzahl von Betrieben überschritten ist²⁾.

Fußnoten siehe Seite 171!

P o u j a d e hat nie erklärt, wie er sich die Einführung einer einmaligen Besteuerung eines Produkts vorstellt. Die Erhebung der Steuer an der "Basis" (impôt unique à la base) kann denn auch entsprechend den übrigen Zielen der Bewegung nur bedeuten, daß Händler und Handwerker von jeglicher Besteuerung befreit werden.

Die Konsumgenossenschaften werden steuerlich nur insofern begünstigt, als ihre Rückvergütungen steuerfrei sind¹⁾.

Die zwischenzeitliche Gewährung eines Freibetrages in der Höhe eines Angestelltegehaltes hätte eine eindeutige Bevorzugung der kleinen Gewerbetreibenden bedeutet. Vier Fünftel des gewerblichen Mittelstandes wären damit einkommensteuerfrei geblieben.

1) Vgl. Mémento Lamy fiscal, a.a.O., S. 232 und 233.

Fußnoten zu Seite 170

- 1) Beispiel: Ein Dorfkaufmann verkauft in seinem Laden gleichzeitig Lebensmittel, Textilien und Haushaltswaren.

	fixer Satz	proportionaler Satz
Lebensmittel	60 frs.	1/20
Textilien	<u>75 frs.</u>	1/15
Haushaltswaren	70 frs.	<u>1/10</u>

Folglich: fixe Abgabe: 75 x Hebesatz,
 prop. " : 1/10 der Steuerbemessungsgrundlage x Hebesatz.

Vgl. Mémento Lamy fiscal, S. 189 und 190.

P o u j a d e dagegen behauptet, der Dorfkaufmann zahle dreimal die fixe Abgabe (Hebesatz x 60, 70 und 75 frs.) und dreimal die proportionale Abgabe (Steuerbemessungsgrundlage in frs x Hebesatz x 1/10, 1/15 und 1/20).

Vgl. Programme de Gramat, Oktober 1953, abgedruckt in: Hoffmann, Stanley, a.a.O., S. 53.

- 2) Vgl. S. 116.

Die Abschaffung der Steuerkontrollen und -strafen hätte die stillschweigende Duldung der Steuerhinterziehung dokumentiert.

Schließlich ist Punkt acht ein Appell an den Versorgungsstaat: Die staatliche Fürsorge soll an die Stelle der individuellen Vorsorge treten.

Das Programm von Gramat (vgl. S. 169) ist nichts weiter als eine Aneinanderreihung demagogischer Forderungen. Kenntnis und Verständnis wirtschaftlicher und steuerlicher Zusammenhänge fehlen vollkommen. Nur dadurch, daß die Forderungen nicht präzisiert wurden, konnten sie die Masse der kleinen Gewerbetreibenden begeistern. Es handelt sich um die typischen Forderungen einer Interessenorganisation, die nur den eigenen Vorteil sieht. Es kommt hinzu, daß sie von Dilettanten aufgestellt wurden. Für die Allgemeinheit mußte das Programm unannehmbar bleiben. Wenn P o u j a d e zunächst Erfolge bei den Parlamentariern zu verzeichnen hatte, so nur, weil diese um ihre Wählerstimmen fürchteten. Sobald P o u j a d e beschloß, eigene Kandidaten zu den Wahlen aufzustellen, fand er im Parlament nur noch Gegner.

Mit ihrer Ausdehnung auf die Bauern, Arbeiter und freien Berufe wuchs die Bewegung über eine Steuerrevolte hinaus. Die wirtschaftlichen Interessen dieser verschiedenen Bevölkerungsgruppen kann man nicht in e i n e r Bewegung vereinigen.

Die öffentliche Verurteilung der "Großen", der Juden, der hohen Beamten und schließlich der direkten Konkurrenzorganisation, der C.G.P.M.E. von Lion Gingembre, lassen denn auch bald den politischen Charakter erkennen¹⁾. Anfänglich war die Politik ein Mittel im Steuerkampf, später wird die Steuer ein Mittel im politischen Kampf.

P o u j a d e wußte, daß die Zugkraft seiner Steuerparolen zeitlich begrenzt war, umso mehr, als die Regierung im Laufe der Jahre 1954/55 die Steuerlast des gewerblichen Mittelstandes beträchtlich verminderte²⁾.

1) Vgl. Mérigot, J.G., a.a.O., S. 538.

2) Vgl. die Tabellen 21 und 24.

Den politischen Kampf führte P o u j a d e gegen die bestehende staatliche Ordnung. Auf dem Kongreß von Paris im Juli 1955 forderte er die Auflösung des Conseil Economique und verlangte statt dessen eine nach Berufen organisierte Ständerversammlung.

Wie schon angeführt wurde¹⁾, konnte die wirtschaftliche und soziale Lage eines großen Teils des gewerblichen Mittelstandes gerade im Ursprungsgebiet der Bewegung durch Steuererleichterungen nicht verbessert, sogar nicht einmal erhalten werden. Man kann annehmen, daß P o u j a d e , ohne die Zusammenhänge genau zu erkennen, sich dieser Tatsache bewußt war und mit der Schaffung der "Generalstände" einen anderen, sichereren Weg zur Erhaltung des selbständigen Mittelstandes suchte.

P o u j a d e hat keine genaue Darstellung der von ihm geforderten ständischen Gesellschaftsordnung gegeben. Immer wieder verlangte er jedoch die Einberufung der Generalstände. Gemeint war ohne Zweifel die Herstellung einer berufsständischen Ordnung, die dem selbständigen Mittelstand eine politische und soziale Vorrangstellung garantieren sollte.

Auf wirtschaftlichem Gebiet forderte die Bewegung die Privatisierung aller staatlichen Unternehmen, das Ende des staatlichen Interventionismus und die Kontrolle aller Märkte durch eine Kommission, die sich in ihrer Mehrheit aus Vertretern der Berufsstände zusammensetzen sollte²⁾.

Die Erfüllung dieser Forderungen hätte bedeutet, daß die verlorengegangene wirtschaftliche Vormachtstellung des Kleinbürgertums zu dessen alleinigen Nutzen wiederhergestellt worden wäre.

Der Poujadismus erzielte seinen Wahlerfolg ohne jedes Programm gegen die Programme der anderen Parteien³⁾. Die Bewegung war eine Sammlung der Unzufriedenen geworden: solche, die mit der Besteuerung unzufrieden waren, Feinde des Staates, Gegner der Außenpolitik, Extremisten und Faschisten. Alle sahen im Poujadismus als po-

1) Vgl. S. 164.

2) Hoffmann, Stanley, a.a.O., S. 235.

3) Mérigot, J.G., a.a.O., S. 541.

litischer Bewegung eine Kraft, die sich zum Ziel gesetzt hatte, die bestehende staatliche Ordnung zu beseitigen. In dieser Zielsetzung waren sich alle einig. Über das, was nachher kommen sollte, aber gingen die Meinungen weit auseinander.

3. Beurteilung der Poujade-Bewegung

Es ist das Verdienst der Bewegung, die Kompliziertheit des französischen Steuersystems eindringlich zum Bewußtsein gebracht, die Aufmerksamkeit auf die entscheidende Rolle des Steuerbetrugs bei der Verteilung der Steuerlast gelenkt und schließlich eine Erleichterung der Besteuerung und der Kontrollen für die mittelständischen Gewerbetreibenden erreicht zu haben¹⁾.

Gemessen an den Nachteilen haben diese Verdienste für die gesamte Bevölkerung nur geringe Bedeutung. Zahlt der gewerbliche Mittelstand weniger Steuern, so müssen andere Staatsbürger mehr zahlen. Eine Steuerrevolte trägt, zumal wenn sie zum Teil Erfolg hat, immer dazu bei, das Ansehen der Finanzverwaltung und die Steuermoral der übrigen Steuerzahler zu vermindern. Die Einschränkung der Kontrollen kommt einer stillschweigenden Duldung des Steuerbetrugs gleich. Der massive, direkte Druck auf das Parlament und der demagogische Charakter der gesteckten Ziele, ohne jedes positive Programm, können nur unheilvolle Auswirkungen haben: Abwertung der Autorität des Staates und Radikalisierung der Massen.

Die Poujade-Bewegung bewies eindeutig die Dringlichkeit einer gründlichen Steuerreform, zu ihrer Verwirklichung trug sie nichts bei. Im Gegenteil, sie hat den Wirrwarr noch vergrößert.

Die Poujade-Bewegung ist mehr als eine der in Frankreich häufigen Steuerrevolten²⁾. Sie verkörpert die Auflehnung einer Gesellschaftsschicht, die langsam ihre traditionelle Stellung verliert. Sie richtet sich gegen wirtschaftliche und soziale Umwälzungen, welche man

1) I.N.S.E.E., Mouvement économique en France de 1944 à 1957, a.a.O., S. 207. Vgl. aber hierzu auch die Ausführungen S. 164.

2) Vgl. Lüthy, Herbert, Aufstand in der Wüste, Pierre Poujade und seine Bewegung, Brief aus Paris, in: Der Monat, Eine internationale Zeitschrift, Mai 1955, H. 80, S. 120.

mehr als ein Jahrhundert zu verhindern wußte, und gegen einen Staat, der nicht mehr ausschließlich ihren Interessen dient und ihre Privilegien nicht unbeschränkt garantieren kann und will. "Es ist ein Gesetz des politischen Lebens in Frankreich, daß die Revolten gegen die Proletarisierung im Mittelstand das Ausmaß einer Erhebung gegen den Staat annehmen."¹⁾

M o h l e r ²⁾ bezeichnet das Entstehen der Bewegung als Schreckreaktion des alten kleinbürgerlichen Frankreichs angesichts der Reformbestrebungen des Radikalen Mendès-France, die nur dem krankhaft gewucherten kleinen Mittelstand gelten konnten. Die Bewegung entstand jedoch schon vor der Regierung Mendès-France, die im Jahre 1954 gebildet wurde. Sicherlich haben die Reformen, welche zu einer Verschärfung der Situation führten, der Bewegung entscheidenden Auftrieb gegeben. Ihre Ursache aber ist die allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

M é r i g o t ³⁾ vertritt die Ansicht, daß die Poujade-Bewegung den Sturz des Kabinetts Mendès-France verursacht habe. Das trifft jedoch nicht zu. Mendès-France mußte abtreten, weil er sich anschickte, die für Frankreich entscheidenden afrikanischen Fragen ebenso radikal und schnell wie den Indochinakonflikt zu lösen⁴⁾.

Die Bewegung bekam politischen Charakter, als der Staat die Forderungen nicht erfüllte. Die tiefgreifenden wirtschaftlichen Umwälzungen vollzogen sich auf Kosten der kleinen Gewerbetreibenden, ohne daß der politische Apparat sie verhindern konnte, und manchmal schien es sogar, als ob die Politik der Regierung die eigentliche Antriebskraft sei⁵⁾. Wenn der bestehende Staat anscheinend nicht mehr bereit war, die traditionellen Privilegien zu erhalten,

1) Hoffmann, Stanley, a.a.O., S. 22.

2) Mohler, Armin, a.a.O., S. 55.

3) Mérigot, J.G., a.a.O., S. 539.

4) Vgl. Schoenbrun, David, a.a.O., S. 250 und

Maurois, André, Histoire de la France, Tome II, a.a.O., S. 335.

5) Hoffmann, Stanley, a.a.O., S. 214.

dann mußte man für einen Staat kämpfen, in dem man selbst wieder die Vormachtstellung innehatte. Daher P o u j a d e s unerbittlicher Kampf gegen die bestehende Staatsform und für die Einberufung der Generalstände.

Mit zunehmender Politisierung minderten sich die steuerlichen Erfolge der Bewegung. Solange die Poujade-Bewegung sich auf ihre wirtschaftlich-steuerlichen Ziele beschränkte und in der Nationalversammlung nicht vertreten war, glaubten alle Parteien, auf sie Rücksicht nehmen zu müssen. Im Parlament blieben die poujadistischen Abgeordneten auf Grund ihrer gewollten Isolierung und ihrer antiparlamentarischen Einstellung ohne jeden Erfolg. Bald bestand für die Anhänger Poujades kaum noch ein Unterschied zwischen ihrer eigenen Partei und den anderen. Zudem hat die im Jahre 1956 neu einsetzende Inflation die Steuerlast der Gewerbetreibenden wieder vermindert. Diese Tatsache und die schon früher einsetzenden Bemühungen der Finanzverwaltung beendeten die Steuerrevolte. Es blieb der Poujadismus als politische Bewegung.

P o u j a d e konnte seine mit materiellen Versprechungen erworbene Anhängerschaft nicht halten, nachdem er ihr nur noch verschwommene Ideen zu bieten hatte. Wie schnell die Zugkraft des Poujadismus nachgelassen hat, zeigen die Wahlen zur ersten Nationalversammlung der Fünften Republik. Zwei Jahre nach seinem Wahlerfolg von 1956 hat P o u j a d e jeden politischen Einfluß verloren.

V.

Schlußbetrachtungen

Die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten des gewerblichen Mittelstandes in Frankreich beruhen auf strukturellen Wandlungen in Produktion und Verteilung. Diese Erscheinungen treten nicht nur in der französischen Wirtschaft auf, sondern entsprechen einer bestimmten wirtschaftlichen Entwicklungsphase eines jeden Volkes.

Letztlich geht es um die Frage, ob die Entwicklung zu großbetrieblichen Unternehmungsformen die selbständigen Gewerbetreibenden verdrängt. Zweifellos besteht bei verschiedenen Wirtschaftszweigen die Tendenz, sich zu großen Produktions- und Verteilungseinheiten zusammenzuschließen. Die wirtschaftliche Vereinigung der sechs EWG-Länder verstärkt diese Tendenz. Der erweiterte europäische Wirtschaftsraum, der 165 Millionen Menschen umfaßt, bietet den bestehenden Großunternehmen neue Ausdehnungsmöglichkeiten. In Europa muß man mit der gleichen Entwicklung rechnen wie in den USA. Dort haben aber die Großunternehmen die Klein- und Mittelbetriebe keineswegs verdrängen können. Vielmehr gewinnt das "small business" in den letzten Jahren mehr an Boden¹⁾.

Steigende Einkommen bewirken eine Differenzierung der Verbraucherswünsche. Andererseits bedingt die Automation die Erzeugung in großer Serie. Um die Endprodukte bei gleichzeitiger Massenproduktion dauernd variieren zu können, sind die "Großen" auf die Zusammenarbeit mit den "Kleinen" angewiesen. Für die Großunternehmer ist es vielfach wirtschaftlicher, Teile und Zubehör zuzukaufen als selbst herzustellen. Als Zulieferer spielen die Klein- und Mittelbetriebe eine bedeutende Rolle. Weiterhin kann eine Reihe von Gü-

1) Vgl. Gross, Herbert, Die Zukunft gehört dem Mittelstand, Handelsblatt, Nr. 143 v. 6/7. Dez. 1957, S. 5; Hieronimi, Theo, Mittelstandspolitik ohne Phrasen, Handelsblatt Nr. 147 vom 16. Dez. 1957, S. 1 (Beilage).

Rüstow, Böhm, Reif, Lang, Schmölders, Erhard, "Der mittelständische Unternehmer in der Sozialen Marktwirtschaft", Wortlaut der Vorträge auf der vierten Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V. am 17.11.1955 in Bad Godesberg, Ludwigsburg 1956, S. 14 (Böhm) und S. 30 (Reif).

tern nicht in Serien oder Massen produziert werden. Hier haben alle Unternehmungsgrößen die Möglichkeit, miteinander zu konkurrieren. Schließlich steigt das Bedürfnis nach bestehenden und neuen Dienstleistungen ständig.

Es steht fest, daß die traditionellen Tätigkeiten der Klein- und Mittelbetriebe vielfach von Großunternehmen übernommen werden. Dafür bieten sich den betroffenen Betrieben jedoch neue Existenzmöglichkeiten. Der gewerbliche Mittelstand muß auf andere Produktion ausweichen. Er muß sich umstellen und anpassen können.

Im Handel führen die Menschenansammlungen in den Städten und die Verbesserung des Verkehrswesens zu großbetrieblichen Unternehmensformen. Der räumliche Absatzbereich der "Großen" dehnt sich in den Städten und auf dem Lande aus. Zwar kann der selbständige Handel versuchen, dieser Konkurrenz durch Spezialisierung zu begegnen, jedoch dürfte ihm die Umstellung schwerer fallen als den entsprechenden Produktionsbetrieben.

Die gesellschaftliche Position mancher Arbeitnehmer ist heute höher als die von Angehörigen des Mittelstandes. In der Arbeitnehmerschaft besteht ein beachtliches Solidaritätsgefühl. Bei der Mittelschicht der Selbständigen in der gewerblichen Wirtschaft aber herrscht der Eindruck der Zersplitterung und Ohnmacht vor. Sie fühlt sich durch die technische und wirtschaftliche Entwicklung überrundet. Man glaubt und fürchtet, gegenüber anderen in den letzten Jahren stärker hervortretenden Schichten oder Konkurrenzformen nicht bestehen zu können¹⁾.

Daher wendet sich heute der Mittelstand in fast allen industriell entwickelten Ländern um Hilfe an den Staat. Die Selbständigkeit der mittelständischen Gewerbetreibenden hat nicht nur wirtschaftliche und soziale, sondern auch politische Bedeutung. Die Hilfe

1) Vgl. Albrecht, Karl, und Schüren, Peter, Der Mittelstand zwischen Bedrängnis und Bewährung in der sozialen Marktwirtschaft, Heft 12 der Schriftreihe der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf, Düsseldorf 1957, S. 8 ff.

des Staates ist deshalb berechtigt. Sie soll aber nicht den bisherigen Zustand zu erhalten trachten, vielmehr dem gewerblichen Mittelstand die Anpassung an die neuzeitliche technische und wirtschaftliche Entwicklung erleichtern und ermöglichen.

Die Steuerpolitik stellt ein wirksames staatliches Mittel zur Beeinflussung der wirtschaftlichen und sozialen Stellung einer Bevölkerungsgruppe dar. Im Hinblick auf die Situation des gewerblichen Mittelstandes sollte sie dazu eingesetzt werden, die Wettbewerbsfähigkeit der selbständigen Gewerbetreibenden zu erhalten. Dies ist auf die Dauer nur möglich, wenn sie am wirtschaftlichen und technischen Fortschritt teilnehmen.

In Frankreich aber wirkt die Besteuerung eher entgegengesetzt. Die Steuerpolitik belohnt die wirtschaftliche Rückständigkeit und verlängert die Agonie mancher Unternehmen. Anpassung und Umstellung werden nicht erleichtert, sondern verzögert oder ganz verhindert. Daher bestehen die im Vergleich zu anderen Ländern erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten des gewerblichen Mittelstandes in Frankreich weiter.

Abkürzungsverzeichnis

B.I.C.	Bénéfices industriels et commerciaux
C.G.I.	Code général des impôts
C.G.P.M.E.	Confédération générale des petites et moyennes entreprises
I.N.S.E.E.	Institut national de la statistique et des études économiques
J.O.	Journal officiel
R.S.L.F.	Revue de science et de législation financière
U.D.C.A.	Union de défense des commerçants et des artisans

Tabellenverzeichnis

Tab.	Bezeichnung	Seite
1	Zahl der Industrie- und Handelsbetriebe 1954	26
2	Die französischen Unternehmen nach ihrer Rechtsform und der Zahl der Beschäftigten im Jahre 1954	28
3	Umsatz und Gewinn der nach der Besteuerungsart gruppierten Unternehmen im Jahre 1954	30
4	Die Zahl der Selbständigen in Industrie und Handel 1954	32
5	Arbeitnehmer des gewerblichen Mittelstandes im Jahre 1954	32
6	Steuereinnahmen und Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen in Frankreich von 1949 - 1957	52
7	Die Sätze der Proportionalsteuer von 1949 - 1959	54
8	Steuereinnahmen von 1949 - 1957	73
9	Durchschnittlicher Anteil der beiden Veranlagungsverfahren an der Gesamtzahl der Handwerker im steuerrechtlichen Sinne, ihrem steuerpflichtigen Einkommen und ihrer Steuerleistung	90
10	Belastung der nach dem Pauschalgewinn besteuerten Handwerker durch die Gewinnsteuer	90
11	Belastung der nach dem tatsächlichen Gewinn besteuerten Handwerker durch die Gewinnsteuer	92
12	Aufteilung des steuerpflichtigen Einkommens der Handwerker nach dem angewendeten Steuersatz; Bruttosteuer, Abschläge und Nettosteuer	94
13	Gewinnsteuer eines Handwerkers mit zwei Kindern 1952 und 1956	95
14	Belastung der nach dem Pauschalgewinn besteuerten Händler und Fabrikanten durch die Gewinnsteuer	98
15	Belastung der nach dem tatsächlichen Gewinn besteuerten Händler und Fabrikanten durch die Gewinnsteuer	99

Tab.	Bezeichnung	Seite
16	Gewinnsteuer eines Händlers oder Fabrikanten mit zwei Kindern 1952 und 1956	99
17	Nominelle und effektive Freibeträge bei der allgemeinen Einkommensteuer ab 1950	102
18	Die allgemeine Einkommensteuer auf die Einkommenskategorie der Industrie- und Handelsgewinne in den Jahren 1951 bis 1956 nach Einkommensstufen	103
19	Belastung der Industrie- und Handelsgewinne bis zu 900 000 frs. jährlich durch die allgemeine Einkommensteuer	105
20	Belastung der gewerblichen mittelständischen Unternehmer mit hohem Einkommen (0,9 - 3 Mio frs. jährlich) durch die allgemeine Einkommensteuer	106
21	Durchschnittliche Belastung des gewerblichen Mittelstandes durch die Einkommensteuer in den Jahren 1952 bis 1956.	109
22.	Der gewerbliche Mittelstand als Einkommensteuerzahler. Durchschnitt der Jahre 1952 - 1956	110
23	Besteuerung des gewerblichen Mittelstandes ab 1955 (im Jahre 1956)	120
24	Vergleich der steuerlichen Belastung der Einkommen von Vierpersonenhaushalten in den Jahren 1952 und 1956	124
25	Konkurse und Vergleiche von 1949 bis 1957	137
26	Bewegung in der Zahl der Verkaufsstellen im Handel von 1951 bis 1956	138
27	Umsatzkennziffern des gewerblichen Mittelstandes	140
28	Entwicklung des Umsatzes und des Verkaufsvolumens im Handel; Zeitraum: 1953 - 1957	140

Tab.	Bezeichnung	Seite
29	Einkommen der privaten Haushalte aus Unternehmer- tätigkeit und aus unselbständiger Arbeit	144
30	Die Entwicklung der Haushaltsdefizite, des Groß- handelspreisindex, des Preisindex für die Lebens- haltung und der Entwertung des Franc von 1947 bis 1958	153

Literaturverzeichnis

1. Monographien und Lehrbücher

- Albers, Willi Die Einkommenbesteuerung in Frankreich seit dem ersten Weltkrieg, Kiel 1957
- Albrecht, Karl und Schüren, Peter Der Mittelstand zwischen Bedrängnis und Bewährung in der sozialen Marktwirtschaft, Heft 12 der Schriftenreihe der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf, Düsseldorf 1957
- Association nationale des sociétés par actions, La contribution des patentes, Paris 1958
- Bernard, Stéphane Les conséquences sociales du progrès technique, Méthodologie, Paris 1956
- Blancher, René Les impôts des entreprises industrielles et commerciales, Paris 1954
- Bouman, P.J. Allgemeine Gesellschaftslehre, Eine Einführung in die Soziologie, in: Soziale Forschung und Praxis, Auslandsreihe Bd. 1, Dortmund O.J.
- Bouvyer L'imposition des bénéfices fictifs dans les entreprises industrielles et commerciales françaises du fait de l'instabilité économique, Paris 1956
- Calvet, Henri La société française contemporaine, Paris 1956
- Chardonnet, Jean L'économie française, Tome I, Paris 1958, Tome II, Paris 1959
- Dahrendorf, Ralf Soziale Klassen und Klassenkonflikte, Stuttgart 1957
- Duverger, M. Partis politiques et classes sociales en France, Cahiers de la Fondation nationale des Sciences politiques, Paris 1955
- Geiger, Theodor Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln 1949
- Gravier, J.F. Paris et le désert français, Paris 1947
- Hoffmann, Stanley Le mouvement Pujade, Paris 1956.
- Jakob, Erich Der Steuer- und Soziallastenvergleich, Eine finanzstatistische Studie, Mainzer staatswissenschaftliche Dissertation, Mainz 1955
- Jeanneney, J.M. Forces et faiblesses de l'économie française de 1945 - 1956, Paris 1956
- derselbe Les commerces de détail en Europe occidentale, Essai de comparaison internationale de la productivité des magasins et du travail commercial, Cahiers de la Fondation nationale des Sciences politiques, Paris 1954

- Jeanneney, J.M. und
Perrot, Marg.
Lacroix, Jean
Lamy, René
Laufenburger, Henry

derselbe
derselbe

derselbe

Lauré, Maurice
Lüthy, Herbert

Maillet, Pierre

Marbach, F.
Marchal, Jean und
Lecaillon, Jean
Maurois, Andre

derselbe

Mehl, Lucien

Mohler, Armin
Müller-Ohlsen, Lotte

Poujade, Pierre
Recktenwald, Horst C.

Rives, Marcel
- Textes de droit économique et social
français 1789 - 1957, Paris 1957
La distribution coopérative en France,
Paris 1957
Mémento Lamy fiscal 1954, Paris 1954
Economie du système fiscal français
national et local, Tome II du Traité
d'économie et de législation financiè-
res, 5^e édition entièrement refondue,
Paris 1954
La réforme fiscale de 1949, Paris 1949
Traité d'économie et de législation
financières, Revenu, Capital et Impôt,
4^e éd. remaniée et mise à jour, Paris
1950
Théorie économique et psychologique
des finances publiques, Tome I du
Traité d'économie et de législation
financières, Paris 1956
Traité de politique fiscale, Paris 1956
Frankreichs Uhren gehen anders, Zürich-
Stuttgart-Wien 1954
La structure économique de la France,
Paris 1958
Theorie des Mittelstandes, Bern 1942
La répartition du revenu national,
Tome I, Paris 1958
Frankreich ändert sein Gesicht, Düssel-
dorf 1958
Histoire de la France, Tome I und Tome II,
Paris 1958
Science et technique fiscales, Paris
1959
Die französische Rechte, München 1958
Strukturwandlungen und Nachkriegsprob-
leme der Wirtschaft Frankreichs, Kiel
1952
J'ai choisi le combat, Saint-Céré 1955
Steuerinzidenzlehre, Grundlagen und
Probleme, Volkswirtschaftliche Schrif-
ten, H. 35, Berlin 1958
Traité d'économie commerciale, Tome II,
La structure de la distribution en
France, Paris 1958,
Tome III, Coût de la distribution et
politique commerciale, Paris 1958

- Romus, Paul Expansion économique régionale et communauté européenne, Leyde 1958
- Schmölders, Günter Das Irrationale in der öffentlichen Finanzwirtschaft, Probleme der Finanzpsychologie, Hamburg 1956
- derselbe Allgemeine Steuerlehre, Wien-Stuttgart 1951, S. 69.
- Schoenbrun, David Was ist los mit Frankreich? Bern-Stuttgart-Wien 1958
- Strathus, Heinrich Internationaler Steuerbelastungsvergleich, in: Schriftenreihe der Deutschen-Europa-Akademie, H. 13, Frankfurt Main 1952
- Touboul, Gilbert Le régime fiscal des artisans, Thèse, Paris 1956
- Trotobas, Louis Précis de science et technique fiscales, Paris 1958
2. Artikel und Aufsätze in Nachschlagewerken und Zeitschriften
- Armengaud, A. L'utilisation rationnelle des ressources nationales et l'équilibre du compte des balances, in: R.S.L.F., 1958, S. 204 ff.
- Benard, François Rapport, J.O., Documents parlementaires, Assemblée nationale, Annexe Nr. 9985, session de 1955
- Bernsdorf, Wilhelm Art. "Gruppe", Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1955, S. 193 ff.
- derselbe Art. "Herrschaftliche Gesellschaftsform", Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1955, S. 175 ff.
- Bickel, Wilhelm Art. "Finanzwissenschaft und Statistik", Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 1, 2. Aufl., Tübingen 1952, S. 134 ff.
- Blancher, René Réflexions sur l'imposition des entreprises personnes physiques, in: R.S.L.F., 1958, S. 43. ff.
- Böttcher, Karl, W. Die alten und die neuen Mittelschichten, in: Frankfurter Hefte, Zeitschrift für Kultur und Politik, 1956, H. 4, S. 235 ff.
- derselbe Auch für das Handwerk gibt es kein Zurück, ebenda, H. 8, S. 580 ff.
- derselbe Der Aufstieg der Angestellten, ebenda, H. 9, S. 609 ff.
- Bräuer, K. Art. "Steuerbelastungsvergleich", Handwörterbuch der Staatswissenschaft, Bd. 7, 4. Aufl., Jena 1926, S. 1101 ff.
- Bülow, Friedrich Art. "Mittelstand", Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1955, S. 338 ff.

- derselbe Art. "Gesellschaft", Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1955, S. 167 ff.
- derselbe Art. "Soziologie", Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1955, S. 498 ff.
- Capet, Marcel-Francis A propos de la fraude fiscale, in: R.S.L.F., 1954, S. 502 ff.
- Chrétien, Maxime Chronique annuelle de jurisprudence fiscale, in: R.S.L.F., 1959, S. 287 ff.
- Cluseau, Max Art. "Geschichte der französischen Finanzwirtschaft vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart", Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 1, 2. Aufl., Tübingen 1952, S. 359 ff.
- Coulbois, P. Chronique de législation fiscale, in: R.S.L.F., 1955, S. 637 ff.
- derselbe Art. "Staatshaushalt und Finanzsystem Frankreichs", Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 3, 2. Aufl., Tübingen 1958, S. 247 ff.
- Cox, O.C. Estates, Social Classes and Political Classes, in: American Sociological Review, Jg. 10 (1945), S. 467 ff.
- Delille, Robert Les classes moyennes en France, in: Economie et politique, Nr. 28, 1956, S. 56 ff.
- derselbe Situation et perspectives de l'artisanat, in: Economie et politique, Nr. 39, 1957, S. 32 ff.
- Ducos-Ader, R. La notion juridique de parafiscalité, in: R.S.L.F., 1956, S. 660 ff.
- Flamant, Maurice Remarques sur l'évolution de la composition du prélèvement fiscal en France depuis cinquante ans, in: R.S.L.F., 1954, S. 642 ff.
- Frisch, Alfred Gesellschaftsstruktur und soziale Gerechtigkeit in Frankreich, in: Der Arbeitgeber, Nr. 10 vom 20.5.1959, S. 295 ff.
- Geiger, Theodor Art. "Schichtung", Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1955, S. 432 ff.
- Gerloff, Wilhelm Art. "Die Gebühren", Unterabschnitt: Das Gebührenwesen in Frankreich, Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 2, 2. Aufl., Tübingen 1956, S. 221 ff.
- Guinot, J.P. Art. "La taxe sur la valeur ajoutée", Dictionnaire des sciences économiques, Tome II, Paris 1958, S. 1137 ff.

- Heyde, Ludwig Art. "Angestellter" Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 1, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1957, S. 198 ff.
- Lauré, Maurice Les distorsions économiques d'origine fiscale, in: Bulletin S.E.D.E.I.S., (Société d'études et de documentation économiques, industrielles et sociales) 684, 1957
- derselbe Résumé des pages du Traité de politique fiscale relatives à la fraude fiscale, in: La Revue du Trésor, 1957, Nr. 3, S. 89 - 91
- Lavau, Georges La Confédération Générale des Petites et Moyennes Entreprises, in: Revue Française de science politique, 1955, Nr. 2, S. 370 ff.
- Lüthy, Herbert Aufstand in der Wüste, Pierre Poujade und seine Bewegung, Brief aus Paris, in: Der Monat, Eine internationale Zeitschrift, Mai 1955, H. 80, S. 119 ff.
- Mérigot, J.G. Fiscalité et politique: le mouvement Poujade, in: R.S.L.F., 1956, S. 537 ff.
- Meynaud, P. Attribution à l'analyse des groupes d'intérêts dans la vie politique française, in: Revue des institutions sociales (2-3) 1956
- derselbe L'intervention des groupes d'intérêt dans la politique économique, in: Revue économique et sociale, 14, (4) 1956
- Michel, Jean Tarif fiscal, 23^e éd., à jour au 1^{er} nov. 1958, Paris 1958
- Ministère des Finances des Affaires économiques et du Plan, Rapport du comité des experts présidé par M. Jacques Rueff, Archives Internationales des Finances Publiques, Fascicule Nr. 473, Doc. 1392
- Ministère des Finances des Affaires économiques et du Plan, Aperçu sur le système fiscal français, in: La Documentation française, Notes et Etudes Documentaires Nr. 2075, Sept. 1955
- Ministère de l'industrie et du Commerce, Direction du Commerce intérieur, in: La Documentation française, Le Commerce intérieur français 1954, Paris 1955, Le commerce intérieur français en 1956 Paris 1957, Le commerce intérieur français en 1957, Paris 1958

- Monteil, J. Les privilèges fiscaux et la taxe sur la valeur ajoutée, in: R.S.L.F., 1958, S. 278 ff.
- Moulin, Léo und Aerts, Luc Les classes moyennes, Essai de bibliographie critique d'une définition, in: Revue d'histoire économique et sociale, 1954, Nr. 2, S. 168 ff, und Nr. 3, S. 293 ff.
- v. Nell-Breuning, Oswald Art. "Ständischer Gesellschaftsaufbau", Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 10, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1957, S. 6 ff.
- derselbe Art. "Stand und Ständewesen", Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1955, S. 525 ff.
- derselbe Art. "Berufsständische Ordnung", Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1955, S. 52 ff.
- derselbe Art. "Berufsständische oder leistungsgemeinschaftliche Gesellschaftsordnung", Wörterbuch der Politik, Bd. 1, 2. Aufl., Freiburg 1958, Sp. 79 ff.
- derselbe Art. "Liberalismus", Wörterbuch der Politik, Bd. 5, 2. Aufl., Freiburg 1958, Sp. 204 ff.
- Pasqualaggi, Giles Art. "Parafiscalité", Dictionnaire des sciences économiques, Tome II, Paris 1958, S. 855 ff.
- Penouil, Marc Artisanat et fiscalité, in R.S.L.F., 1958, S. 517 ff.
- Romieu, Jean Eléments d'une politique commerciale en France, in: Revue économique, 1954, S. 389 ff.
- Rüstow, A. Der mittelständische Unternehmer in der Sozialen Marktwirtschaft, Wortlaut der Vorträge auf der vierten Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V. am 17.11.1955 in Bad Godesberg, Ludwigsburg 1956
- Böhm, F.
Reif, H.
Lang, J.
Schmölders, G.
Erhard, L.
Schmölders, Günter Finanzpsychologie, Abschnitt V, Die Steuerüberwälzung als psychologisches Problem, Finanzarchiv Bd. 13, 1952, S. 26 ff.
- derselbe Art. "Die Umsatzsteuern", Handbuch der Finanzwissenschaften, Bd. 2, 2. Aufl., Tübingen 1956, S. 566 ff.
- derselbe Art. "Steuermoral", Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 10, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1957, S. 119 ff.
- Touchard, Jean Bibliographie et chronologie du poujadisme, in: Revue française de science politique, 1956, Nr. 1, S. 18 ff.
- v. Wiese, Leopold Art. "Klasse und Stand", Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 6, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1957, S. 2 ff.

- ohne Verfasser Art. "Frankreich (Geschichte des Bankwesens)", Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, zugleich zweite Auflage vom Handwörterbuch des Bankwesens, herausgegeben von M. Palyi und P. Quittner, Band 1, Frankfurt/Main 1957, S. 600 f.
- ohne Verfasser Etudes biographiques: P. Poujade, Président de l'Union de Défense des Commerçants et Artisans, in: Bilans politiques et sociaux hebdomadaires, Nr. 460 vom 24.3.1955, S. 28 ff.
- ohne Verfasser Les petites et moyennes entreprises sont-elles condamnées par le Marché Commun? Economie contemporaine, 17 (100), April 1958

3. Aufsätze in Tageszeitungen

- Cattepoel, Dirk Mittelstandspolitik ohne Mittelstand, Einen Stand im alten Sinne gibt es nicht mehr - eine notwendige Klärung, Handelsblatt Nr. 151 vom 30/31.12.1957, S. 5
- Gross, Herbert Die Zukunft gehört dem Mittelstand, Handelsblatt Nr. 143 vom 6/7. 12. 1957, S. 5
- Hieronimi, Theo Mittelstandspolitik ohne Phrasen, Handelsblatt Nr. 147 vom 16. 12. 1957, Beilage, S. 1
- Mathieu, Gilbert La réforme fiscale, Le Monde, Nr. 4413 vom 2.4.1959, S. 10
- Siegfried André Physiologie et antécédents du poujadisme, Figaro, Nr. 16 vom 18. 5. 1956
- Wiebel, Martin Zuviel Ballast in Frankreichs Einzelhandel, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 107 vom 11. 5. 1959, S. 14
- ohne Verfasser Comment calculer l'impôt sur les revenus de 1958? Le Monde, Nr. 4379 vom 22/23. 2. 1959, S. 11
- ohne Verfasser Kurzmeldung: "Unterschiedliche Steuerlasten" (AP), Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 112 vom 16. 5. 1959, S. 1.

4. Statistiken

- I.N.S.E.E. Annuaire statistique de la France
Tableaux de l'économie française, Paris 1958
Tableaux de l'économie française, Paris 1959

Etudes statistiques, supplément trimestriel du Bulletin mensuel de statistique,

Structure de la population, Juli-Sept. 1955;

Quelques données statistiques sur l'imposition en France des fortunes privées, Jan. - März 1958;

Répartition des entreprises industrielles et commerciales d'après leur forme juridique et le chiffre d'affaires, April - Juni 1958,

Etudes et Conjoncture, numéro spécial, 1955, L'espace économique français,

Bulletin hebdomadaire de statistique,

Les établissements industriels et commerciaux en France 1954, Paris 1956

Mouvement économique en France de 1944 à 1957, Paris 1958

Ministère des Finances
des Affaires économiques
et du Plan

Statistiques et Etudes financières,
revue mensuelle,

L'impôt sur le revenu des personnes physiques en 1951 (-1956),

Nr. 57, Sept. 1953,

Nr. 67, Juli 1954,

Nr. 80, Aug. 1955,

Nr. 93, Sept. 1956,

Nr. 106, Okt. 1957,

Les taxes parafiscales en 1956, Nr. 91, Juli 1956

Supplément: Finances françaises, Nr. 21, 1954,

Rapport sur les comptes de la nation,

Rapport et Comptes 1949-1955, Paris 1955;

Rapport sur les comptes de la nation de l'année 1957, Paris 1958

Ministère de l'Industrie
et du Commerce

Annuaire de statistique industrielle;

Bulletin mensuel de statistique industrielle;

Enquête statistique permanente, par la Direction du commerce intérieur

Statistisches Bundesamt,
Wiesbaden

Allgemeine Statistik des Auslandes,
Länderberichte, Frankreich 1958,
Frankreich 1959

5. Quellen zur Gesetz- gebung

- Code général des impôts, Législation applicable au 15 août 1954, Paris 1954, -(dernière édition)
- Codes annotés, Code général des impôts, impôts directs, commenté et annoté par M. René Lotte, Avec la collaboration de ..., Impôts et Sociétés (S.A.D.G.A.I.S.), Paris 1957
- Décentralisation industrielle, Nouvelle édition, mise à jour au 1^{er} mars 1959, de la brochure Nr. 1056 qui réunit les différents textes parus depuis 1953 ayant pour objet de créer une meilleure répartition des industries sur l'ensemble du Territoire, Imprimerie des J.O., Paris 1959
- Loi du 29 mars 1914 concernant la contribution foncière des propriétés bâties et non bâties et l'impôt sur le revenu des valeurs mobilières françaises et étrangères, J.O. du 31 mars 1914, S. 2967
- Loi du 15 juil. 1914 portant fixation du budget général des dépenses et des recettes de l'exercice 1914, J.O. du 18 juil. 1914, S. 6448
- Loi du 30 déc. 1916 portant ouverture sur l'exercice 1917 des crédits provisoires applicables au premier trimestre de 1917 et autorisation de percevoir pendant la même période les impôts et revenus publics, J.O. du 31 déc. 1916, S. 11208
- Loi du 31 juil. 1917 portant suppression des contributions personnelles des portes et fenêtres et des patentes et établissement d'un impôt sur diverses catégories de revenus, J.O. du 1 août 1917, S. 5975
- Loi du 25 juin 1920 portant création de nouvelles ressources fiscales, J.O. du 26 juin 1920, S. 8990
- Loi du 19 juil. 1925 relative aux contributions directes, (impositions départementales et communales) de l'exercice 1926, J.O. du 20 juil. 1925, S. 6833
- Loi du 31 déc. 1936 portant réforme fiscale, J.O. du 1 janv. 1937, S. 109
- Décret du 21 avril 1936 portant création de la taxe d'armement, J.O. du 22 avril 1939, S. 5213
- Loi du 26 juil. 1940 transformant la taxe d'armement en une taxe sur les transactions, J.O. du 27 juil. 1940, S. 4603
- Décret Nr. 48-1986 du 9 déc. 1948, portant réforme fiscale, J.O. du 1 janv. 1949, S. 60

- Loi Nr. 53-633 du 25 juillet 1953, portant aménagements fiscaux, J.O. du 26 juillet 1953, S. 6591
- Loi Nr. 54-404 du 10 avril 1954 portant réforme fiscale, J.O. du 11 avril 1954, S. 3482
- Décret Nr. 54-1319 du 31 déc. 1954 relatif à l'application des taxes sur le chiffre d'affaires aux prestations de services, J.O. du 1 janv. 1955, S. 67
- Décret Nr. 55-36 du 5 janv. 1955, tendant à favoriser une meilleure répartition des industries sur l'ensemble du territoire, J.O. du 8 janv. 1955, S.385
- Décret Nr. 55-465 du 30 avril 1955 portant réforme des taxes sur le chiffre d'affaires, J.O. du 3 mai 1955, S. 4373
- Décret Nr. 55-466 du 30 avril 1955 relatif aux impôts sur le revenu, J.O. du 3 mai 1955, S. 4376
- Décret Nr. 55-566 du 20 mai 1955 portant allègements fiscaux en faveur de la construction, J.O. du 21 mai 1955, S. 5057
- Décret Nr. 55-595 du 20 mai 1955 relatif à divers allègements fiscaux, J.O. du 21 mai 1955, S. 5115
- Décret Nr. 56-471 du 5 mai 1956 fixant les conditions d'application de l'article 231 ter du code général des impôts relatif au versement forfaitaire applicable à certaines recettes des professions non commerciales, J.O. du 12 mai 1956, S. 4439
- Loi Nr. 56-639 du 30 juin 1956 portant institution d'un Fonds national de solidarité, J.O. du 1^{er} juillet 1956, S. 6070
- Décret Nr. 56-665 du 6 juillet 1956 pris en application de l'article 1^{er} de la loi Nr. 56-639 du 30 juin 1956 et relatif à la majoration d'un décime des impôts sur les revenus et les bénéfices, J.O. du 7 juillet 1956, S. 6305
- Loi Nr. 56-760 de 2 août 1956 portant les dépenses militaires de 1956, ouverture et annulation de crédits, création de ressources nouvelles, ratification de décrets, J.O. du 3 août 1956, S. 7229
- Décret Nr. 57-335 du 19 mars 1957, instituant pour l'exercice de 1957 un prélèvement temporaire sur les suppléments de bénéfices des entreprises industrielles et commerciales et des sociétés, J.O. du 20 mars 1957, S. 2965
- Loi Nr. 57-1263 du 13 déc. 1957 tendant au rétablissement de l'équilibre économique et financier, J.O. du 14 déc. 1957, S. 11346.

- Décret Nr. 58-455 du 28 avril, 1958, pris pour l'application du paragraphe 2 A de l'article unique de la Loi Nr. 57-1263 du 13 déc. 1957 instituant pour 1958 un prélèvement temporaire sur les suppléments de bénéfices des entreprises industrielles et commerciales et des sociétés, J.O. du 29 avril 1958, S. 4199.
- Ordonnance Nr. 58-1374 du 30 déc. 1958 portant loi de finances pour 1959, J.O. du 31 déc. 1958, S. 12071
- Ordonnance Nr. 59-108 du 7 janv. 1959 portant réforme des impositions perçues au profit des collectivités locales et de divers organismes, J.O. du 9 janv. 1959, S. 622
- Ordonnance Nr. 59-110 du 7 janv. 1959 tendant à aménager les ressources des collectivités locales, J.O. du 9 janv., S. 631
- Ordonnance Nr. 59-246 du 4 févr. 1959 portant loi de finances rectificative pour 1959, J.O. du 8 févr. 1959, S. 1751
- Décret Nr. 59-443 du 19 mars 1959 portant approbation du troisième plan de modernisation et d'équipement, J.O. du 22 mars 1959, S. 3421.

Lebenslauf

Am 28. Juni 1933 wurde ich in Plein, Kreis Wittlich (Eifel), als Sohn des Landwirts Jakob Metzen und seiner Ehefrau Rosa Metzen geb. Koller geboren.

Von 1939 bis 1946 besuchte ich die Volksschule in Hahn, Kreis Zell (Mosel), und anschließend, bis 1954, das Realgymnasium in Simmern (Hunsrück).

Im Wintersemester 1954/55 begann ich das Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz. Dort bestand ich am 21. Mai 1958 die Diplom-Volkswirte-Prüfung.

Von Januar bis April 1959 hielt ich mich zum Studium der einschlägigen Literatur für meine Dissertation in Paris auf. Am 20. Dezember 1962 wurde ich von der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz zum Doktor der Staatswissenschaften promoviert.

Im Oktober 1959 begann ich meine berufliche Tätigkeit in der Organisationsabteilung der Hüttenwerk Oberhausen AG in Oberhausen. Seit Oktober 1961 bin ich bei der Fried. Krupp Konzernleitung in Essen tätig.

Essen, den 2. Mai 1963

